

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

September 1959

11. Jahrgang · Heft 9

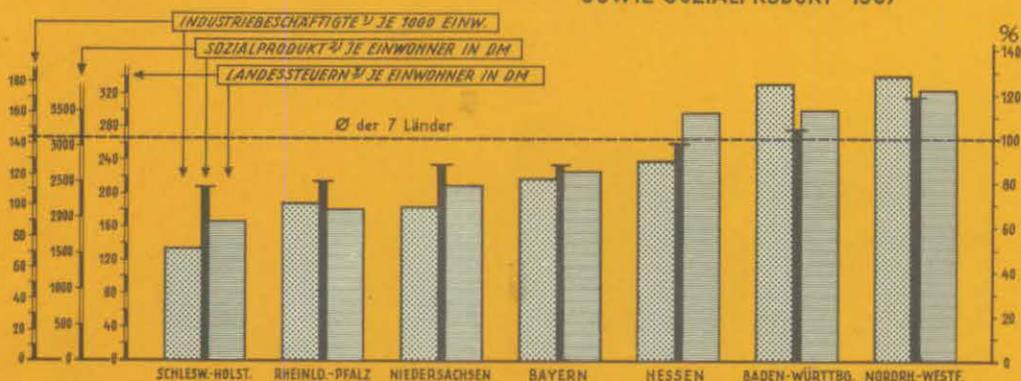


INHALT

Aktuelle Auslese	213	Die Bauwirtschaft 1958	231
Aus dem Inhalt	214	Statistik des Lastenausgleichs 1957 und 1958	238
Die Struktur der Bevölkerung in Schleswig-Holstein	216	Kurzberichte	242
Die berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein 1950-1958	220	Tabellenteil	65*
Gemeindesteueraufkommen im Rechnungsjahr 1958	226	Graphik des Monats: „Die Anteile der Länder an Bevölkerung und Wirtschaft des Bundesgebietes 1958-1959“	232

D-2821

INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND LANDESSTEUERAUFKOMMEN 1958
SOWIE SOZIALPRODUKT 1957



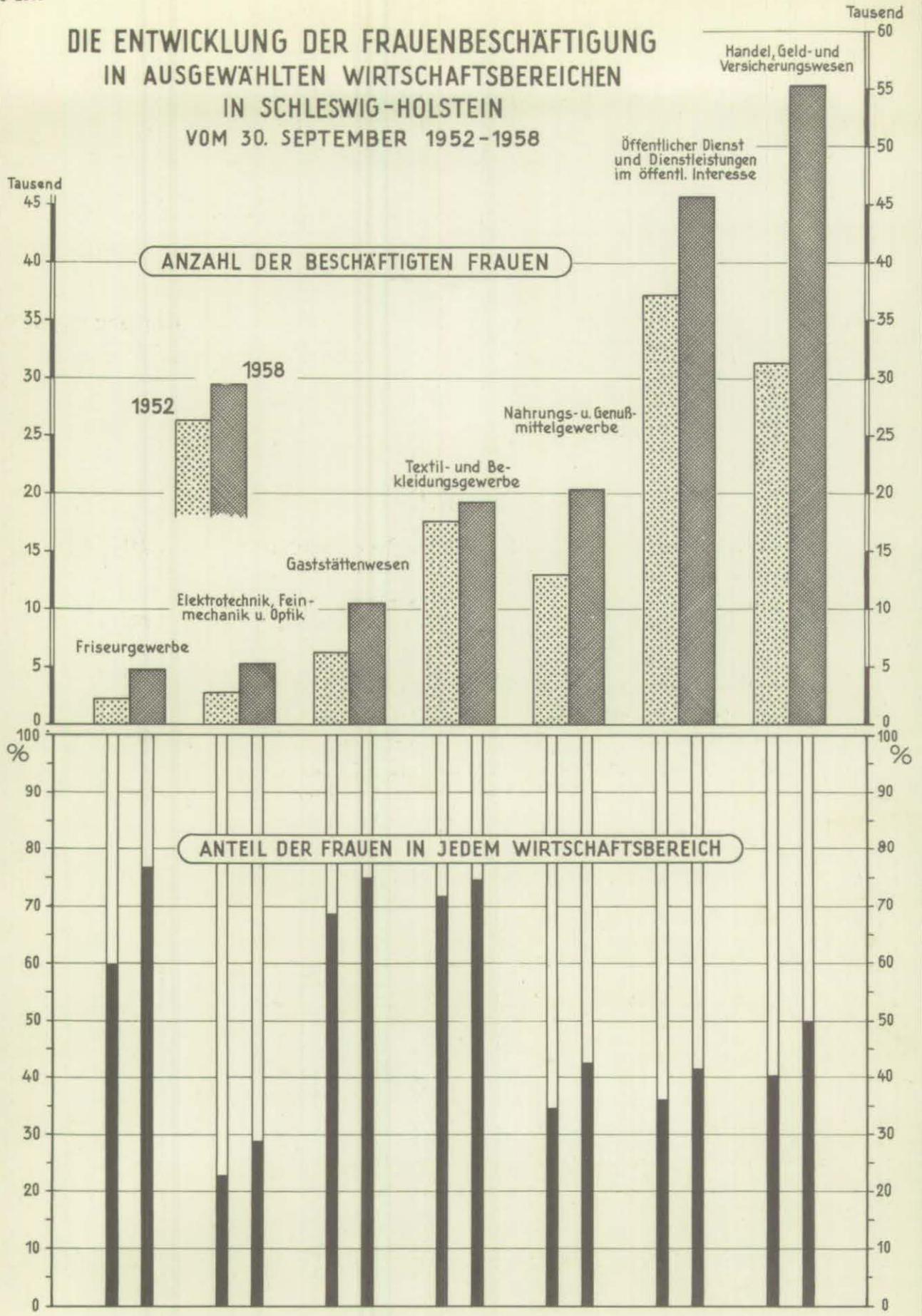
¹nach der monatlichen Industrieberichterstattung, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
²Inlandsprodukt zu Faktorkosten ³nach Abzug des Bundesanteils

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

DIE ENTWICKLUNG DER FRAUENBESCHÄFTIGUNG IN AUSGEWÄHLTEN WIRTSCHAFTSBEREICHEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN VOM 30. SEPTEMBER 1952-1958



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

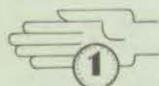
September 1959



11. Jahrgang · Heft 9

Aktuelle Auslese

BEACHTLICHER ANSTIEG DES EINKOMMENS DER KÖRPERSCHAFTEN¹



Das Einkommen der Körperschaften hat sich von 1954 bis 1957 mehr als verdoppelt (+ 123%), nämlich von 63 Mio DM auf 139 Mio DM. Der gesamte Steuerbetrag belief sich auf 59 Mio DM gegenüber 34 Mio DM im Jahre 1954. Da der Steuersatz im Normalfall von 60% auf 45% gesenkt wurde, blieb die Erhöhung des Steuerbetrages (+ 71%) hinter der Einkommenserhöhung zurück.

DIE HÄLFTE ALLER KRAFT- FAHRZEUGE SIND PKW



Vom 1. Juli 1958 bis zum 1. Juli 1959 hat sich der Bestand an Kraftfahrzeugen in Schleswig-Holstein um 27 000 (+ 11%) erhöht. Am 1. Juli 1959 waren insgesamt 273 000 Kraftfahrzeuge, darunter 140 000 Personenkraftwagen, zugelassen.

LEICHTER PREISANSTIEG IM EINZELHANDEL



Die im ersten Halbjahr 1959 stabile Preislage im Einzelhandel ist im Juni und Juli unterbrochen worden. Der Preisindex für die Lebenshaltung, der seit November vorigen Jahres auf dem Stand von 119 (1950 = 100) verharrte, stieg im Juni auf 120 und im Juli auf 121, und auch der Index der Einzelhandelspreise hat im Juli um 2 Punkte auf 113 (1950 = 100) angezogen.

Maßgeblich hierfür waren im wesentlichen saisonbedingte Preiserhöhungen auf dem Nahrungsmittelsektor. Die Preise für Obst und zum Teil auch für Gemüse wurden von der gebiets-

weise langandauernden Trockenheit und Hitze beeinflußt. Kartoffeln, bei denen der Übergang zu den Preisen für die neue Ernte im Juli jedes Jahres mit einer Indexerhöhung verbunden ist, waren merklich teurer als im Vorjahre. Ferner sind die Preise für Eier und Südfrüchte und im Juni auch für Fleisch gestiegen.

In den übrigen Warengruppen ergaben sich auch weiterhin nur vereinzelte Preisbewegungen ohne besondere Bedeutung.

HANDWERKS-GESELLEN VER- DIENTEN UNTERSCHIEDLICH



Im Mai 1959 verdienten die "Vollgesellen" im Durchschnitt aller Handwerkszweige 2,37 DM brutto je Stunde und 112,30 DM brutto je Woche, das sind 0,05 DM (2,1%) bzw. 1,55 DM (1,4%) mehr als im November 1958.

Mit Wochenverdiensten zwischen 127 DM und 113 DM lagen die Fleischer, Klempner, Bau- und Möbeltischler und Bäcker über dem Durchschnitt. Zwischen 112 DM und 106 DM je Woche bekamen die Vollgesellen in Schlossereien, Kfz.-Reparaturwerkstätten, Elektroinstallatoren und im Maler- und Anstreicherhandwerk. Mit 86 DM je Woche verdienten die Vollgesellen im Herrenschniederhandwerk am wenigsten, abgesehen von den Vollgesellinnen im Herren- und Damenschniederhandwerk, die nur 67 DM erhielten.

1959 VORAUSSICHTLICH 50% weniger Äpfel



Die Apfelernte 1959 wird voraussichtlich fast um die Hälfte niedriger ausfallen als die allerdings sehr gute Vorjahresernte. Auch bei Birnen, Pflaumen und Zwetschen werden die guten Vorjahresernten bei weitem nicht erreicht.

¹) Erste Ergebnisse der Körperschaftssteuerstatistik 1957

Aus dem Inhalt

Die Struktur der Bevölkerung in Schleswig-Holstein

Seite 216

Die ersten Ergebnisse der Repräsentativerhebung der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom Oktober 1958 geben Aufschluß über die Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Schleswig-Holstein zwischen 1950 und 1958. In diesem Zeitraum hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung des Landes durch Geburten und Sterbefälle, vor allem aber durch die Wanderungen über die Landesgrenzen, erheblich verändert. Insgesamt stand einem Bevölkerungszugang von 0,8 Mio Personen ein Abgang von 1,1 Mio gegenüber. Diese Vorgänge berührten die einzelnen Geburtsjahrgänge unterschiedlich. So nahm z. B. die Zahl der unter 15jährigen erheblich ab, während die Zahl der über 65jährigen stieg. - Die Altersstruktur der Vertriebenen hat sich in den letzten Jahren weitgehend der der übrigen Bevölkerung angeglichen. Die geringere Besetzung der höheren Altersjahre bei den Vertriebenen ist nicht mehr so offensichtlich wie 1950. - Zum Zeitpunkt der Mikrozensushebung waren 50% der männlichen und 45% der weiblichen Bevölkerung verheiratet. Der Anteil der Ledigen an der Gesamtbevölkerung hat weiterhin abgenommen. Ein Vergleich mit 1950 läßt erkennen, daß die Ehen heute durchschnittlich in einem jüngeren Lebensalter geschlossen werden. - Im Oktober 1958 hatten 28% der Bevölkerung des Landes den Bundesvertriebenenausweis A und B und 2% den Bundesflüchtlingsausweis C. - Die Stichprobenzählung ermittelte in Schleswig-Holstein 766 000 Haushalte. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,9 Personen je Haushalt. Sie hat sich seit 1950 nicht geändert. Der größte Teil aller Haushalte wird durch ein Ehepaar mit oder ohne Kinder gebildet. 1950 lebten durchschnittlich 1,7 Haushalte in einer Wohnung, 1958 dagegen nur noch 1,2.

Die berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein 1950 - 1958

Seite 220

Am 15. November 1958 gab es in Schleswig-Holstein 59 Berufsschulen, darunter waren 27 Landesberufsschulen. Landesberufsschulen werden für Lehrlinge aus Streu- und Splitterberufen eingerichtet, wenn in den Kreisen die Schülerzahl für selbständige Fachklassen nicht ausreicht. - Insgesamt bestanden 1958 3 874 Berufsschulklassen, von denen neun Zehntel Fachklassen waren. Von diesen 3 444 Fachklassen waren fast die Hälfte für gewerbliche Berufe und ein Viertel für kaufmännische Berufe vorgesehen. - Die Zahl der Berufsschüler bewegte sich seit 1953 zwischen 80 000 und 90 000. 1958 waren 91% der männlichen und 74% der weiblichen Schüler als Lehrlinge oder Anlernlinge beschäftigt. Bei den Schülern standen die Metallberufe und bei den Schülerinnen die kaufmännischen Berufe im Vordergrund. - 1958 waren 1 000 hauptamtliche Lehrkräfte (darunter 308 Frauen) an den Berufsschulen tätig. Auf jede Lehrkraft kamen im Durchschnitt 85 Schüler (1950: 103). - Von den 68 Berufsfachschulen Schleswig-Holsteins

waren am 15. November 1958 49 öffentliche und 19 private Schulen. Die Berufsfachschulen dienen überwiegend der Ausbildung für Frauenberufe. Es handelt sich dabei vor allem um Handelsschulen, Haushaltsschulen und Kinderpflegerinnenschulen. Etwa vier Fünftel der Schüler waren daher in den letzten Jahren Mädchen. Die Berufsfachschulen wurden 1958 von insgesamt rund 3 700 Vollschülern besucht. - Mitte November 1958 hatte Schleswig-Holstein 80 öffentliche und 18 private Fachschulen mit insgesamt rund 6 100 Schülern. Der Anteil der weiblichen Schüler betrug 61%. Die wichtigsten Fachschultypen sind die Landwirtschaftsschulen, die Schulen für Krankenpflege und die Frauenfachschulen. 1958 besuchten 37% aller Fachschüler eine landwirtschaftliche Fachschule.

Gemeindesteueraufkommen im Rechnungsjahr 1958

Seite 226

Im Rechnungsjahr 1958 wurden in Schleswig-Holstein 249 Mio DM Gemeindesteuern gezahlt. Das entspricht einem Betrag von fast 110 DM je Einwohner. Das Gemeindesteueraufkommen war gegenüber 1957 um 12% gestiegen. - Die bedeutendste Gemeindesteuer ist die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Ihr Anteil am gesamten Gemeindesteueraufkommen betrug 1958 55%. Ohne die Gewerbesteuern wäre die Steuerkraft zwischen den einzelnen Gemeindegrößenklassen weniger differenziert. Das Aufkommen an Gewerbesteuern je Einwohner in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern zu den kreisfreien Städten verhielt sich 1958 wie 1:5,4. Allein 45% der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital wurden in den vier kreisfreien Städten aufgebracht. - Die vom Betrag her nächstbedeutenden Gemeindesteuern waren die beiden Grundsteuern. Der Anteil der Grundsteuer B am gesamten Gemeindesteueraufkommen betrug 1958 18,6%. Die Grundsteuer A hatte einen Anteil von 11%. - Seit 1950 hat sich das Aufkommen an Gemeindesteuern mehr als verdoppelt. An diesem Mehraufkommen von 130 Mio DM waren die Gewerbesteuern mit 100 Mio DM beteiligt. Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital konnte - durch die laufend bessere Ertragslage der gewerblichen Wirtschaft - ihr Aufkommen zwischen 1950 und 1958 fast verdreifachen. Die Grundsteuer A erhöhte ihr Aufkommen in diesem Zeitraum nur um 8%. Die Grundsteuer B, die 1950 die ertragreichste Steuer war, konnte ihr Aufkommen um ein Viertel erhöhen. Das Mehraufkommen der Grundsteuer A ist fast ausschließlich den seit 1950 gestiegenen Hebesätzen zuzuschreiben. Bei der Grundsteuer B hat neben den höheren Hebesätzen die Zunahme der Bautätigkeit außerhalb des sozialen Wohnungsbaues zu einer Aufkommenszunahme geführt. - Die Durchschnittshebesätze für alle Gemeinden haben sich von 1957 auf 1958 wenig geändert. In einzelnen Gemeinden sind sie jedoch neu festgesetzt worden. - Schleswig-Holstein stand 1957 mit einem Aufkommen an Gemeindesteuern von rund 98 DM je Einwohner an letzter Stelle der Bundesländer; für

das Bundesgebiet (einschl. Hansestädte) wurden fast 133 DM je Einwohner errechnet.

werk mit 61% und die Industrie mit 39% beteiligt.

Die Bauwirtschaft im Jahre 1958

Seite 231

Bei der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe am 31. Juli 1958 wurden in Schleswig-Holstein 2 655 Betriebe mit 64 755 Beschäftigten gezählt. Die Zahl der Betriebe hatte sich gegenüber 1957 um 2% verringert, und die Zahl der Beschäftigten hatte um 12% zugenommen. Die Tendenz zum größeren Betrieb besteht also weiterhin. - In der Jahresmitte standen nur noch wenige Baufacharbeiter auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Im Juli 1958 hatte das Bauhauptgewerbe mit fast 64 800 Beschäftigten nicht nur den Höchststand der Bau-saison 1958, sondern auch den der Nachkriegszeit überhaupt, erreicht. - Die Zahl der im Juli 1958 geleisteten Arbeitsstunden betrug 11,7 Mio Stunden und war damit um 14% höher als im Juli 1957. Dabei stand der Wohnungsbau mit einem Anteil von 5,1 Mio Stunden an erster Stelle. - Im Juli 1958 wurden im Bauhauptgewerbe 28,2 Mio DM für Löhne und 1,5 Mio DM für Gehälter ausgegeben. Die gezahlte Lohnsumme war um 24% höher als im Juli 1957. - Im ersten Halbjahr 1958 ist ein Umsatz von 310 Mio DM erzielt worden. Davon entfielen 41% auf den Wohnungsbau und 40% auf den öffentlichen und Verkehrsbau. - Bei einer Gliederung der Beschäftigten nach Gewerbezweigen stand 1958 der Hoch- und Ingenieurbau mit 39% der Gesamtbeschäftigten vor dem Hoch-, Tief- und Ingenieurbau mit 23% an der Spitze. - Der gesamte Gerätebestand ist im Vergleich zu 1957 - besonders bei den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten - größer geworden. - Von den 2 655 Betrieben der Bauwirtschaft gehörten 2 444 zum Handwerk und 211 zur Industrie. Im Bauhandwerk waren am 31. Juli 1958 43 474 Personen beschäftigt, in der Bauindustrie arbeiteten 21 281 Personen. In der Industrie kamen durchschnittlich rund 110 Beschäftigte auf einen Betrieb, im Handwerk etwa 18. - Der Schwerpunkt des Handwerks lag wie auch in den Vorjahren beim Wohnungsbau. Auf diesen Tätigkeitsbereich entfielen 62% der geleisteten Arbeitsstunden. Drei Viertel der in der Bauindustrie geleisteten Stunden sind für den öffentlichen und Verkehrsbau gebraucht worden. - Am Gesamtumsatz der Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 1958 waren das Hand-

Statistik des Lastenausgleichs 1957 und 1958

Seite 238

Dem Soforthilfe- und dem Lastenausgleichsfonds sind in der Zeit vom 1. August 1949 bis 31. März 1959 aus dem Lande Schleswig-Holstein 966,7 Mio DM zugeflossen; davon entfielen auf die Rechnungsjahre 1957 und 1958 insgesamt 164,9 Mio DM. - Das Aufkommen aus der Hypothekengewinnabgabe, das 1955 45,8 Mio DM ausmachte und damit seinen Höchstwert erreichte, war in den letzten Jahren kleiner geworden. Es betrug 1958 19,8 Mio DM. - Die Vermögensabgabe machte 1955 61,5 Mio DM aus. In den folgenden Rechnungsjahren war der Abgabebetrag jeweils niedriger. Er stieg jedoch 1958 erneut an, was darauf zurückzuführen ist, daß Rückstände infolge der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage nachgezahlt wurden. - Rund 114 Mio DM wurden dem Ausgleichsfonds bisher aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt (69,9 Mio DM abzuführendes Vermögensteueraufkommen und 44,2 Mio DM Zuschüsse). - An die Geschädigten in Schleswig-Holstein sind von August 1949 bis März 1959 aus dem Soforthilfe- und dem Lastenausgleichsfonds insgesamt 2,3 Mrd DM gezahlt worden. Hiervon entfielen auf das Rechnungsjahr 1957 226,8 Mio DM und auf 1958 241,7 Mio DM. - Die Hauptentschädigung konnte erst nach Inkrafttreten des 8. ÄndG LAG im Sommer 1957 gezahlt werden. Die Auszahlungen für die Hauptentschädigung werden sich in den kommenden Jahren weiter erhöhen. 1958 wurden 18 Mio DM gezahlt. - Der größte Posten auf der Ausgabenseite des Ausgleichsfonds war bisher die Kriegsschadensrente. Über ein Drittel der Lastenausgleichsleistungen des Rechnungsjahres 1958 entfiel auf diese Ausgabenart. - Die Auszahlungen für die Hausratenschädigung haben sich in den einzelnen Jahren ungleichmäßig entwickelt. 1953 wurden dafür über 79 Mio DM ausgegeben und 1956 nur 31 Mio DM. In den Rechnungsjahren 1957 und 1958 waren die Beträge mit rund 62 Mio DM fast gleich hoch. - Ein besonders wichtiger Posten im Katalog der Lastenausgleichsleistungen in Schleswig-Holstein ist die Wohnungsbauförderung. Von August 1949 bis März 1959 sind für den Wohnungsbau aus dem Soforthilfe- und dem Lastenausgleichsfonds insgesamt 582,3 Mio DM zur Verfügung gestellt worden.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung der Zahlen; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. Zeichen statt Zahlen bedeuten:

X = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches nicht möglich oder sinnlos

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt.

Die Struktur der Bevölkerung in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Oktobererhebung des Mikrozensus 1958

Die nachstehenden Ergebnisse beruhen auf der Repräsentativerhebung der Bevölkerung und des Erwerbslebens, dem "Mikrozensus" vom Oktober 1958¹. Es handelt sich hierbei um erste vorläufige Ergebnisse.

Den Ergebnissen liegt der Zustand am 8. Oktober 1958 zugrunde. Ende September 1958 betrug die fortgeschriebene Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein

männlich	1 065 000
weiblich	1 209 000
insgesamt	2 274 000

Da aus verschiedenen Gründen von einem relativ geringfügigen Teil der Haushalte keine Angaben zu erhalten waren, wurde durch die Erhebung nicht genau das erwünschte 1% der Bevölkerung erreicht. Um dies auszugleichen, wurden alle ermittelten Stichprobenergebnisse getrennt nach Altersklassen auf die fortgeschriebene Gesamtbevölkerung hochgerechnet².

Das Alter der Bevölkerung

Der Altersaufbau der schleswig-holsteinischen Bevölkerung zum Zeitpunkt der Erhebung und seine Veränderung gegenüber den Ergebnissen der Volkszählung vom 13. 9. 1950 wird in groben Zügen durch die nachstehenden Zahlen dargestellt.

Altersgruppe	Gesamtbevölkerung in %			
	männlich		weiblich	
	1950	1958	1950	1958
0 bis unter 15 Jahre	29	22	24	19
15 bis unter 45 Jahre	39	41	42	39
45 bis unter 65 Jahre	23	25	24	28
65 Jahre und älter	10	11	10	14
Insgesamt	100	100	100	100

Die Vergleichszahlen überbrücken eine Spanne von 8 Jahren, in denen die Zusammensetzung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung durch Geburten und Sterbefälle, ganz besonders aber durch die Wanderungen über die Landesgrenzen, erheblichen Veränderungen unterworfen war, die in dem Rückgang der Bevölkerungszahl so deutlich nicht zum Ausdruck kommt. Von September 1950 bis Ende des Jahres 1958 wurden in Schleswig-Holstein folgende Bevölkerungsvorgänge registriert:

284 000 Kinder wurden geboren,
208 000 Menschen starben,
893 000 Personen zogen über die Grenzen des Landes fort,
519 000 Personen zogen nach Schleswig-Holstein zu.

1) Das Statistische Bundesamt hat bisher die Ergebnisse der Mikrozensuserhebung Oktober 1957 veröffentlicht in *Wirtschaft und Statistik* 1959, S. 173 (April) "Der Umfang der Erwerbstätigkeit im Oktober 1957". Landesergebnisse dieser Erhebung sind nicht veröffentlicht worden; sie liegen im Statistischen Landesamt vor.

2) Schätzung des Altersaufbaues zum 30.9.1958 auf der Grundlage des zum 31.12.1957 fortgeschriebenen Altersaufbaues.

Insgesamt stand einem Bevölkerungszugang von ca. 800 000 ein Abgang von ca. 1 100 000 gegenüber³. Diese Vorgänge berührten die einzelnen Jahrgänge der Bevölkerung unterschiedlich und führten, auch zusammen mit den älter werdenden extrem besetzten Jahrgängen - z.B. den stark besetzten Geburtsjahrgängen 1936 bis 1940 und den verhältnismäßig schwachen Jahrgängen 1916 bis 1919 - zu recht bemerkenswerten Verschiebungen in den Altersgruppen, wie sie in der vorstehenden Tabelle zu erkennen sind.

Besonders auffällig ist der Rückgang der Jugendlichen im Alter von weniger als 15 Jahren. Die starken Geburtsjahrgänge 1936 bis 1940 sind aus dieser Gruppe herausgewachsen. Die Anteile aller übrigen Altersgruppen haben dagegen zugenommen.

Tab. 1 Veränderung der Wohnbevölkerung 1958 gegenüber 1950 nach Altersgruppen

Altersgruppe	Männlich	Weiblich
	in 1 000	
0 bis unter 15 Jahre	- 107	- 98
15 bis unter 20 Jahre	+ 12	+ 9
20 bis unter 45 Jahre	- 50	- 121
45 bis unter 65 Jahre	- 5	+ 9
65 Jahre und älter	+ 5	+ 27
Insgesamt	- 145	- 176

Während bisher die Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung untersucht wurden, wird in der vorstehenden Tabelle die Veränderung der absoluten Besetzung der einzelnen Altersgruppen von 1950 auf 1958 dargestellt. Trotz des Rückgangs der Gesamtbevölkerung um insgesamt 12% ist die Gruppe der über 65jährigen in ihrer absoluten Höhe gewachsen. In die Gruppe der 15- bis unter 20jährigen ist die Bevölkerungswelle der geburtenstarken Vorkriegsjahre getreten, so daß diese Altersklasse heute nicht nur relativ, sondern auch in absoluter Höhe stärker besetzt ist als vor 8 Jahren bei der damaligen höheren Bevölkerungszahl. Die schwachen nachfolgenden Jahrgänge werden jedoch dieses Bild in wenigen Jahren wieder grundlegend ändern.

Der Altersaufbau der Vertriebenen weicht von dem der übrigen Bevölkerung weniger auffällig ab als noch im Jahre 1950. Die letzten Jahre haben eine weitgehende Angleichung der Altersstruktur der Vertriebenen an die der übrigen Bevölkerung gebracht. Die noch im Jahre 1950 deutlich sichtbare geringere Besetzung der höheren Altersjahre bei den Vertriebenen ist

3) Die derzeitige Zahl der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung geht auf das Ergebnis der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik vom 25.9.1956 zurück. Die fortgeschriebene Wohnbevölkerung war bis zu diesem Stichtag um ca. 20 000 (= 0,9 %) überhöht.

heute zwar noch zu erkennen, aber nicht mehr so offensichtlich wie vor 8 Jahren.

Altersgruppe	Vertriebene ¹ in %				Übrige Bevölkerung in %			
	männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	1950	1958	1950	1958	1950	1958	1950	1958
0 b.u. 15 Jahre	30	23	24	18	28	23	24	20
15 b.u. 45 Jahre	41	42	34	40	39	41	40	38
45 b.u. 65 Jahre	22	25	24	30	23	25	24	28
65 Jahre u. älter	7	10	8	13	11	12	11	14
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

- 1) 1950: Personen, die am 1.9.1939 in den deutschen Gebieten östlich der Oder/Neisse-Linie, im Saarland oder im Ausland wohnten, einschl. ihrer später geborenen Kinder
 1958: Inhaber des Bundesvertriebenenausweises A bzw. B, einschl. ihrer Kinder unter 16 Jahren

Familienstand

46% der männlichen und 38% der weiblichen Bevölkerung sind ledig. Auch die Mikrozensus-ergebnisse zeigen die schon seit langem deutliche Tendenz des Steigens des Verheiratetenanteils bei stetigem Rückgang des Anteils der Ledigen.

Jahr	Ledige		Verheiratete		Verwitwete, Geschiedene	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	in % der Gesamtbevölkerung					
1910	61	54	36	38	3	8
1925	53	49	43	42	4	9
1950	49	42	47	43	5	15
1958	46	38	50	45	5	17

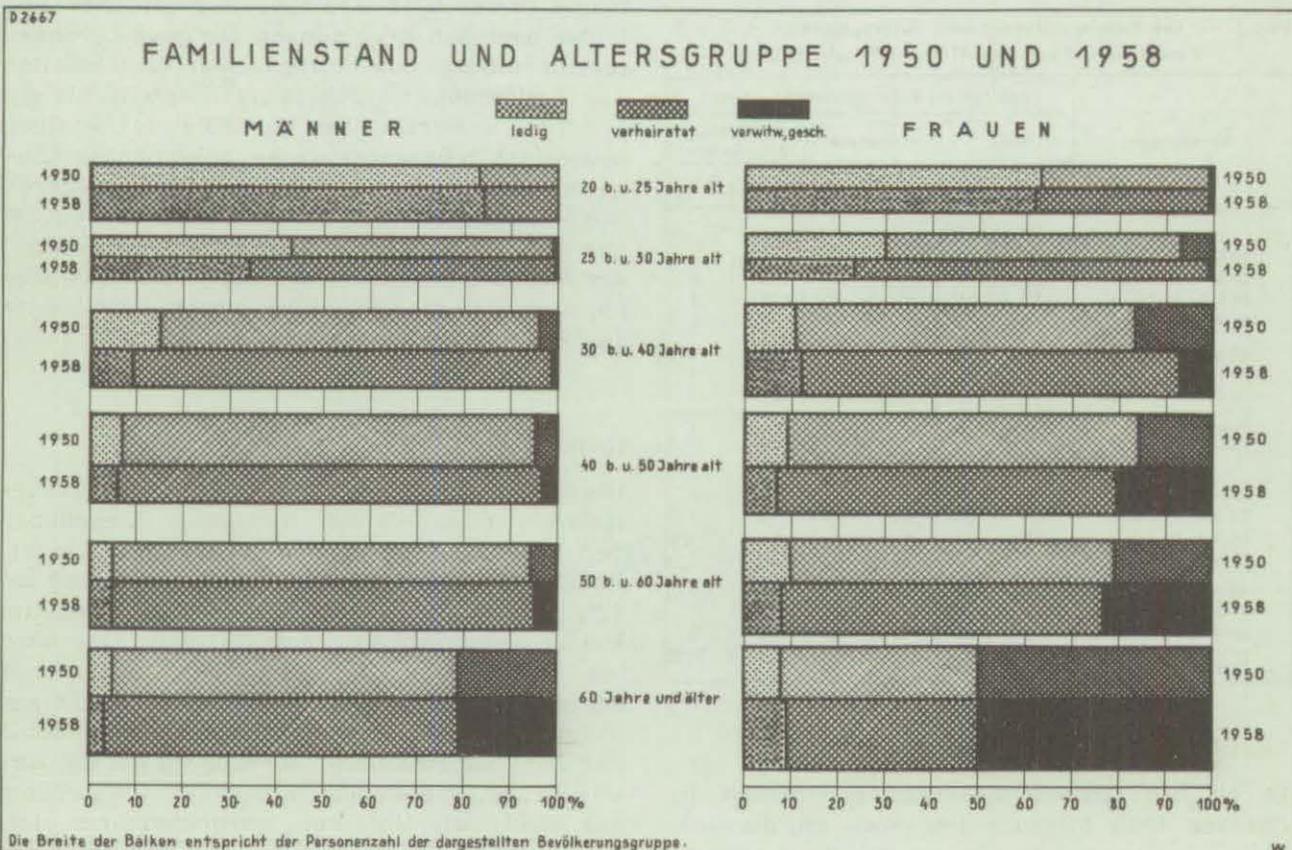
Die vorstehende Tabelle zeigt die fortschreitende Zunahme des Anteils der verwitweten und

geschiedenen Personen, insbesondere beim weiblichen Geschlecht, die auch durch die letzte Zählung deutlich wird. Die verwitweten und geschiedenen Frauen haben von 1939 (78 000) bis 1958 (204 000) eine Zunahme auf fast das Dreifache erfahren. In der Zwischenzeit ist die Bevölkerungszahl insgesamt lediglich um 43% gestiegen. Gegenüber 1950 hat sich die Zahl der verwitweten und geschiedenen Frauen trotz der damals weitaus höheren Bevölkerungszahl nur unwesentlich verringert.

Die in dieser Tabelle deutlich sichtbare Tendenz geht in erster Linie auf Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung zurück; auf die Verringerung des Anteils der Jugendlichen - diesem läuft parallel der Rückgang der Ledigen - und auf die Zunahme des Anteils der übrigen Altersgruppen, insbesondere der Personen im höheren Lebensalter - diesem läuft parallel die Zunahme der Verheirateten und besonders die Zunahme der Verwitweten.

Aufschlußreicher ist eine Untersuchung der Anteile der Ledigen, Verheirateten usw. in bestimmten Altersgruppen, also eine Betrachtungsweise, die nicht beeinflusst wird von den Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung.

In den Anteilen der Ledigen und Verheirateten sowie der Verwitweten und Geschiedenen gibt es in den einzelnen Altersgruppen und je nach Geschlecht interessante Unterschiede; Der Anteil der Ledigen sinkt mit zunehmendem Alter,



er sinkt schneller bei den Frauen, die bekanntlich früher heiraten als die Männer. Der Anteil der Verheirateten steigt ab Mitte des dritten Lebensjahrzehnts schnell an und erreicht dann im Alter ab 30. Lebensjahr bei den Männern Werte um 90%. Bei den Frauen wird der Verheiratetenanteil in diesem Alter zur Zeit noch durch die Kriegerwitwen beeinflusst, wie es der noch relativ hohe Anteil von 7% der Witwen in der Altersklasse der 30- bis 40jährigen zeigt.

Da die Ehefrauen im Durchschnitt jünger sind als ihre Ehemänner und die Lebenserwartung der Frauen im allgemeinen größer ist als die der Männer, überwiegen in den höheren Lebensjahren die verwitweten Frauen gegenüber den verwitweten Männern.

Der Vergleich mit 1950 läßt deutlich erkennen, daß die Ehen heute durchschnittlich in einem jüngeren Lebensalter geschlossen werden. Die Statistik der Eheschließungen zeigt die gleiche Tendenz auf: Das durchschnittliche Heiratsalter ist seit 1950 bei den Männern von 30,8 auf 29,1 und bei den Frauen von 26,9 auf 25,6 zurückgegangen. Der Anteil der Ledigen liegt bei den Männern wie bei den Frauen im Alter von 25 bis 30 Jahren deutlich unter dem des Jahres 1950. Die korrespondierenden Zahlen bei den Verheirateten zeigen selbstverständlich das entsprechende Bild - auch wenn man den Rückgang der Verwitweten in der Altersgruppe der 25- bis 30jährigen durch das Eintreten der Kriegswitwen in die nächsthöhere Altersgruppe berücksichtigt.

Tab. 2 Die Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht 1950 und 1958

Altersgruppe	Von 100 der Wohnbevölkerung waren					
	ledig		verheiratet		verwitwet, geschieden	
	1950	1958	1950	1958	1950	1958
männlich						
0 b.u. 20 Jahre	100	100	0	-	0	-
20 b.u. 25 Jahre	83	84	17	15	0	0
25 b.u. 30 Jahre	43	34	56	65	1	0
30 b.u. 40 Jahre	15	9	81	89	4	1
40 b.u. 50 Jahre	7	6	88	91	5	3
50 b.u. 60 Jahre	5	5	89	90	6	5
60 Jahre und älter	5	3	74	76	21	20
Insgesamt	49	46	47	50	5	5
weiblich						
0 b.u. 20 Jahre	99	99	1	1	0	-
20 b.u. 25 Jahre	63	62	36	37	1	1
25 b.u. 30 Jahre	30	23	63	76	7	1
30 b.u. 40 Jahre	11	12	72	81	16	7
40 b.u. 50 Jahre	9	7	75	72	16	20
50 b.u. 60 Jahre	10	8	69	69	21	23
60 Jahre und älter	8	9	42	41	50	50
Insgesamt	42	38	43	45	15	17

Vertriebene

Durch die Mikrozensus-erhebung wurden im Oktober 1958 folgende Personen mit Bundes-

vertriebenen- bzw. Flüchtlingsausweis (einschließlich der Kinder unter 16 Jahren) festgestellt:

Art des Bundesvertriebenen- bzw. Flüchtlingsausweises	Vertriebene bzw. Zugewanderte		davon	
	in 1 000	in % der Bevölkerung	männl. in 1 000	weibl. in 1 000
A + B (Heimatvertriebene und Vertriebene ¹⁾)	643	28	289	354
C (Sowjetzonenflüchtlinge ²⁾)	37	2	20	18

1) Vertriebene sind deutsche Staatsangehörige oder Volkszugehörige, die ihren Wohnsitz in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten ausserhalb der Grenzen des Deutschen Reichs vom 31.12.1937 ("Vertreibungsgebiete") im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges durch Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren haben.

Für den Begriff "Heimatvertriebene" ist der Wohnsitz im "einheitlichen Vertreibungsgebiet" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Baltische Staaten, Polen) vor dem oder am Stichtag 31.12.1937 massgebend.

2) Sowjetzonenflüchtlinge sind deutsche Staatsangehörige oder Volkszugehörige, die ihren Wohnsitz in der SBZ durch Flucht verlassen mussten, um sich einer von ihnen nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch ihr Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstossen haben. Eine besondere Zwangslage ist vor allem dann gegeben, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit vorliegen hat.

Demgegenüber beträgt die nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungszählung 1956 fortgeschriebene Zahl von Vertriebenen (Ausweisinhaber A und B einschließlich der Personen mit Wohnsitz am 1.9.1939 in den Vertreibungsgebieten) zu Anfang Oktober 1958 640 000. Zur gleichen Zeit lebten nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Landesamtes 144 000 Personen in Schleswig-Holstein, die am 1.9.1939 in Berlin oder im Gebiet der jetzigen sowjetischen Besatzungszone gelebt haben (Zugewanderte), einschließlich der später geborenen Kinder. Von allen diesen Zugewanderten ist nur etwa ein Viertel - wie auch durch die Zahl der überhaupt in Schleswig-Holstein ausgestellten Ausweise (ca. 37 000) bestätigt - im Besitz des Bundesflüchtlingsausweises C.

Haushalte

Die Stichprobenzählung ermittelte in Schleswig-Holstein rund 766 000 Haushalte. Gegenüber der Volkszählung im Jahre 1950, als 866 000 Haushalte gezählt wurden, ist ein Rückgang um 12% festzustellen. In der gleichen Zeit ging die Bevölkerungszahl um rund 321 000, also auch um 12%, zurück. Der Rückgang hatte somit keinerlei Veränderung der Haushaltsgröße zur Folge. Dies deutet darauf hin, daß die Abnahme der Zahl der Haushalte vorwiegend auf die Abwanderung, insbesondere auf die Umsiedlung aus Schleswig-Holstein, zurückzuführen ist.

Mit dem Nachlassen der Umsiedlungsmaßnahmen hat auch der Rückgang der Zahl der Haushalte fast aufgehört. Am 25. 9. 1956 (Wohnungszählung) wurden 771 000 Haushalte⁴ ermittelt. Seit dieser Zeit nahm die Bevölkerung um 22 000 zu, von denen allerdings ein Teil in Unterküften der Bundeswehr untergebracht ist.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,9 Personen je Haushalt. Diese Quote wurde auch, wie schon angedeutet, im Jahre 1950 festgestellt. Man hätte vermuten können, daß der umfangreiche Wohnungsbau zu einer Verkleinerung der Haushalte führte. Es sieht aber doch so aus, daß der Haushalt in seiner Abgrenzung und in seinem Umfang nur sehr gering von den Wohnverhältnissen abhängig ist. Der größte Teil aller Haushalte wird durch ein Ehepaar mit oder ohne Kinder gebildet. Durch diesen wichtigsten Typ des Haushalts wird die Haushaltsgröße schon im wesentlichen bestimmt. Verwandte, wie z. B. Eltern eines Ehepartners, in deren Wohnung die junge Familie noch lebt, haben in den meisten Fällen, in verstärktem Maße jedoch in den zurückliegenden Zeiten größerer Wohnungsnot, Wert darauf gelegt, als selbständiger Haushalt zu gelten. Auch wenn Alt und Jung den Haushalt gemeinsam führten, so hatte sich doch bei früheren Zählungen jeder für sich als selbständiger Haushalt bezeichnet. Sicherlich bedeutet die fortschreitende Reduzierung der Wohnungsnot ein Auseinanderrücken der Haushalte. Lebten im Jahre 1950 866 000 Haushalte in 523 000 Wohnungen, so waren es 1958 766 000 Haushalte in 660 000 Wohnungen⁵, d. h. 1950 1,7 Haushalte je Wohnung und 1958 dagegen nur noch 1,2.

Begriffe und Methoden

Art der Erhebung

Der Mikrozensus wird in allen Ländern der Bundesrepublik als Repräsentativstatistik in vierteljährlichen Erhebungen, bei denen Interviewer eingesetzt werden, durchgeführt. Eine dieser Erhebungen, die Oktobererhebung, erfasst 1 % der Bevölkerung. Dieser Erhebungsumfang

4) Die geringfügige Differenz gegenüber dem Mikrozensusergebnis (5 000) ist hauptsächlich wohl methodisch zu begründen: Während bei der Wohnungszählung 1956 die Erklärung des Befragten hinsichtlich der Zusammensetzung seines Haushalts ohne Überprüfung übernommen werden musste, wurde bei der Interviewerbefragung dem Gesichtspunkt der gemeinsamen Haushaltsführung als Voraussetzung für einen gemeinsamen Haushalt mehr Bedeutung beigemessen. Wurde z. B. durch die Interviewer festgestellt, dass zwei in einer Wohnung lebende Wohnparteien, von denen sich jeder als besonderen Haushalt bezeichnet hatte, gemeinsam wirtschafteten, kochten usw., so wurden sie als gemeinsamer Haushalt betrachtet und gezählt.

5) geschätzte Zahl (einschl. Notwohnungen)

bietet auch kleineren Ländern brauchbare Stichprobenergebnisse. In die übrigen drei Erhebungen im Jahr wird nur jeweils 0,1 % der Bevölkerung einbezogen. Die Auswertung und Aufbereitung dieser drei Erhebungen ist nur für das gesamte Bundesgebiet vorgesehen.

In Schleswig-Holstein wurde die 1%-Erhebung in 162 Gemeinden durchgeführt. Diese Mikrozensus-Gemeinden sind so ausgewählt worden, dass sie möglichst getreu die Gesamtheit aller Gemeinden des Landes in ihrer Struktur repräsentieren. Der Auswahlumfang in diesen Gemeinden war so bemessen, dass 1 % der Gesamtbevölkerung befragt wurde. Insgesamt waren 237 Interviewer tätig. Diese haben rund 6 300 Wohnungen aufgesucht und in diesen rund 7 600 Haushalte befragt.

Die neuartige Erfassungsmethode, schon allein durch die Interviewerbefragung im Rahmen des Mikrozensus bedingt, und neue Erfassungsmethoden, die bei bisherigen Volks- und Berufszählungen nicht zur Verfügung standen, gaben zu verschiedenen methodischen Überlegungen und Untersuchungen Anlass. Die hierbei erarbeiteten Erkenntnisse führten zu Auseinandersetzungen mit grundsätzlichen Fragen der Definition und schliesslich zu einigen Modifikationen in der Abgrenzung bestimmter Bevölkerungskreise und bestimmter Kategorien der berufstätigen Bevölkerung. Hieraus erklären sich auch bestimmte Unterschiede zu bisherigen ähnlichen Statistiken, insbesondere auf dem Gebiet der Berufsstatistik, was bei Vergleichen mit vorangegangenen Berufszählungen berücksichtigt werden muss. Die Unterschiede, die gegenüber den Ergebnissen der Arbeitsmarktstatistik, die auf Auszählungen der Arbeitnehmerkartei der Arbeitsämter fusst, festzustellen sind, sind auf Unterschiede der Begriffsabgrenzung, auf Unterschiede der Angaben über die Stellung im Beruf, auf die bei jeder Stichprobe auftretenden Zufallsabweichungen und vermutlich auf eine gewisse Überhöhung der ausgezählten Karteibestände zurückzuführen.

Stichprobenfehler

Bei der Mikrozensus-Erhebung handelt es sich um eine Stichprobenerhebung, die wie jede Stichprobe hinsichtlich ihrer Genauigkeit u. a. abhängig ist von ihrem Umfang. Der Stichprobenumfang war durch den Auswahlanteil von 1 % der Gesamtbevölkerung durch das "Mikrozensusgesetz" vorgeschrieben. Hieraus ist weitgehend bei gegebener Bevölkerungszahl auch der Umfang des Stichprobenfehlers bestimmt. Bei Merkmalen, die sehr häufig vertreten sind (z. B. Geschlecht), ist der Stichprobenfehler relativ gering, bei seltenen Merkmalen (z. B. Besitz des Bundesvertriebenenausweises B) steigt er in seiner relativen Grösse rasch an.

Einen Überblick über die Zusammenhänge zwischen relativer Merkmalshäufigkeit, deren absolute Grösse und dem relativen und absoluten (d. h. bei gegebener Bevölkerungszahl) Stichprobenfehler gibt die nachstehende Tabelle.

Merkmalshäufigkeit		Stichprobenfehler	
in %	in 1 000 ^a	in %	in 1 000 ^a
50	1 137	± 2	± 20
25	569	± 3	± 19
20	455	± 4	± 16
10	227	± 5	± 12
5	114	± 8	± 9
3	68	± 10	± 7

a) bei einer Gesamtbevölkerung von 2 274 000

Die Werte beruhen auf der binomischen Fehlerformel (zweifacher mittlerer Fehler, ± 2σ) und enthalten ausserdem einen Sicherheitszuschlag von ~33 %, der die im Mikrozensus vorliegenden Besonderheiten der Schichtung, des Klumpeneffektes und der Auswahltechnik abdecken soll.

Dipl.-Volksw. Gerhard Muske

Teil 2: "Die Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein" folgt im nächsten Heft.

Die berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein 1950-1958

Berufsschulen

Als Berufsschulen gelten sämtliche Schulen (einschl. der anerkannten Ersatzberufsschulen, wie Werkschulen, Innungsschulen

usw.), die pflichtmäßig von Jugendlichen besucht werden, die sich in der praktischen Berufsausbildung als Lehrlinge, Anlernlinge oder in sonstigem Arbeitsverhältnis befinden oder auch erwerbslos sind.

Tab. 1 Die Berufsschulen in Schleswig-Holstein

Jahr	Schulen		Klassen	Schüler			Hauptamtliche Lehrkräfte			Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte
	Anzahl	Aussenstellen		männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	
1950	52	.	2 866	47 677	22 643	70 320	494	186	680	522
1951	48	.	3 156	50 078	27 595	77 673	526	245	771	623
1952	48	256	3 360	49 413	30 068	79 481	574	250	824	635
1953	52	257	3 559	47 535	33 503	81 038	557	260	817	647
1954	53	222	3 655	47 848	36 732	84 580	562	273	835	658
1955	57	201	3 793	48 087	36 030	84 117	606	280	886	684
1956	59	186	3 932	49 977	39 008	88 985	646	283	929	1 043
1957	61	166	4 010	49 784	38 887	88 671	681	308	989	1 017
1958	59	142	3 874	47 807	37 580	85 387	692	308	1 000	829

Schulen

Die anwachsende Zahl der Berufsschüler forderte seit 1950 den Ausbau und die Neueinrichtung von Berufsschulen. Am 15. November 1958 gab es in Schleswig-Holstein 59 Berufsschulen. Der Rückgang der Zahl der Berufsschulen von 1957 auf 1958 ist auf die Auflösung von zwei Werkberufsschulen zurückzuführen. Von den Berufsschulen befinden sich 29 in den Kreisfreien Städten und 30 in den Landkreisen. Falls an einer Berufsschule die Zahl der Lehrlinge aus Streu- und Splitterberufen

sehr gering ist und zur Errichtung aufsteigender reiner Fachklassen nicht ausreicht, sollen diese Schüler - unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse - benachbarten Berufsschulen mit entsprechenden Fachklassen zugewiesen werden. Ist auch dies nicht möglich, sind die Berufsschüler möglichst in Landesberufsschulen zusammenzufassen. Landesberufsschulen werden auf Antrag oder im Benehmen mit den beteiligten Stellen der Wirtschaft eingerichtet, die auch die Schulträgerschaft übernehmen müssen. Die Einrichtung eines

Tab. 2 Regelschüler in den Landesberufsschulen nach Schularten

Beruf (Handwerk)	Schulort	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Melker	Flensburg	16	193	183	180	200	147	141	110
Buchbinder	Flensburg	-	-	-	-	-	-	56	56
Photohandel und -handwerk	Kiel	-	-	71	192	242	304	377	413
Dachdecker	Lübeck	185	188	175	200	193	228	241	209
Glaser	Lübeck	117	120	111	112	110	122	122	106
Ziegler	Lübeck	-	-	12	18	9	11	11	12
Büromaschinen-Mechaniker	Lübeck	-	-	-	45	54	73	77	93
Augenoptiker	Lübeck	-	-	-	-	58	78	95	106
Boots- und Schiffbauer	Lübeck	-	-	-	-	60	91	99	101
Mechaniker	Lübeck	-	-	-	-	-	154	185	186
Schuhmacher und Orthopädienschuhmacher	Lübeck	-	-	-	-	-	-	66	71
Weber	Neumünster	89	111	132	132	112	105	100	74
Mechanische Stricker	Neumünster	73	97	95	102	92	96	101	93
Färber und Chemischreiniger	Neumünster	69	78	88	89	114	114	93	84
Kürschner	Neumünster	43	31	37	36	30	30	33	36
Meierei	Malente	-	-	-	-	496	525	491	417
Krankenkassen	Mölln	65	66	61	81	92	106	116	133
Kutter- und Küstenfischer	Büsum	-	-	-	-	42	66	65	88
Schornsteinfeger	Neustadt	32	40	50	52	55	64	69	62
Töpfer und Ofensetzer	Neustadt	209	241	209	294	303	348	325	305
Binnenfischer	Plön	21	21	23	27	24	19	13	14
Brunnenbauer	Rendsburg	-	-	22	28	47	43	41	38
Radio- und Fernsehtechniker	Rendsburg	-	-	111	127	136	160	216	261
Stellmacher und Karosseriebauer	Rendsburg	416	313	249	192	157	132	131	114
Strassenwerker- und Strassenbauer	Rendsburg	63	66	68	63	82	87	87	74
Sattler, Polsterer und Dekorateur	Kellinghusen	569	526	570	555	555	438	438	371
Müller und Mühlenbauer	Reinbek	228	221	212	184	143	127	104	97
Dentisten	Flensburg	55	30	16	-	-	-	-	-
Insgesamt	Flensburg	2 250	2 342	2 495	2 709	3 406	3 668	3 893	3 724

Schülerwohnheimes muß gesichert sein. Die Zahl der Landesberufsschulen ist von 16 im Jahre 1951 auf 27 im Jahre 1958 gestiegen. Aufgehoben wurde die Landesberufsschule für Dentisten, da es diesen Beruf neben dem Zahnarzt nicht mehr gibt.

Klassen

Als Auswirkung der steigenden Schülerzahlen ergab sich die Notwendigkeit, von Jahr zu Jahr weitere Fachklassen einzurichten. Die Klassen nahmen von 2 866 im Jahre 1950 auf 4 010 im Jahre 1957 zu. Durch den Rückgang der Schülerzahl von 1957 auf 1958 verminderte sich auch die Klassenzahl wieder etwas:

	1953		1958	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Fachklassen	3 180	89,4	3 444	88,9
Berufsgruppenklassen	285	8,0	150	3,9
Gemischtberufliche Klassen	94	2,6	19	0,5
Sonstige Klassen ¹⁾	-	-	261	6,7
Alle Klassen	3 559	100	3 874	100

1) das sind Klassen für Jungarbeiter (ungelernte), Beschäftigungslose, Hilfsschüler u. ä.

Angestrebt wird die Zusammenfassung der Berufsschüler in Fachklassen, das sind Klassen für anerkannte gleiche oder einander nahestehende Berufe, z. B. Bäcker- und Schlachterfachklassen oder Fachklassen für Maler, Tüncher und Lackierer. 1958 waren neun von zehn Klassen in den Berufsschulen Fachklassen. Die Zahl der Berufsgruppenklassen und Gemischtberufsklassen liegt 1958 niedriger als 1953, weil seit 1955 besondere Klassen für Jungarbeiter und Arbeitslose gezählt werden. Zu den Berufsgruppenklassen zählen die Klassen für verwandte Berufe, z. B. für Metallberufe, Bauberufe, Bekleidungsberufe. Die gemischtberuflichen Klassen sind für Schüler aller Berufe eingerichtet.

Die Fachklassen setzen sich folgendermaßen zusammen:

	1953		1958	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
landwirtsch. Fachklassen	317	10,0	255	7,4
ländl.-hausw. Fachklassen	256	8,1	250	7,3
gartenbauliche Fachklassen	-	-	39	1,1
gewerbliche Fachklassen	1 456	45,8	1 645	47,8
hauswirtschaftl. Fachklassen	443	13,9	305	8,9
kaufmännische Fachklassen	628	19,7	849	24,7
sonstige Fachklassen	80	2,5	101	2,9
Alle Fachklassen	3 180	100	3 444	100

Fast die Hälfte aller Fachklassen war für die gewerblichen Berufe eingerichtet. 25% der Fachklassen entfielen im Jahre 1958 auf die kaufmännischen Berufe, 1953 waren es 20% gewesen.

Schülerzahl

Die auf- und absteigende Entwicklung der Zahl der Schüler in den Berufsschulen in den Jahren 1950 - 1958 ist einerseits auf den Ausbau des Berufsschulwesens auf Grund des Gesetzes über das Berufsschulwesen vom 28. 2. 1950 zurückzuführen. In einer hierüber im November 1953 vom Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein herausgegebenen Veröffentlichung: "Das berufsbildende Schulwesen in Schleswig-Holstein" wurde hervorgehoben, daß es erforderlich war, für die hauswirtschaftliche Berufsschule und das landwirtschaftliche Berufsschulwesen besondere Maßnahmen zu treffen. Diese Maßnahmen erklären die aus der vorstehenden Übersicht zu erkennende starke Zunahme der weiblichen Berufsschülerinnen. Während die Berufsschulen 1950 von 22 643 weiblichen Berufsschülern besucht wurden (32,2% aller Berufsschüler), waren es 1958 37 580 (44,0%).

Andererseits hat auch die unterschiedlich starke Besetzung der in die Berufsschulpflicht hineinwachsenden Geburtsjahrgänge die Gesamtschülerzahlen beeinflusst. Während der Jahre 1950 - 1958 wurden die Schüler aus den Geburtsjahrgängen 1932-1943 eingeschult. Da die Zunahme der weiblichen Berufsschüler sehr stark auf den Ausbau des Berufsschulwesens für weibliche Berufe zurückzuführen ist, ist der Einfluß der geringeren oder stärkeren Besetzung der Geburtsjahrgänge nur bei den männlichen Berufsschülern zu erkennen. Von 1951 bis 1953 ist hier ein Rückgang der Schülerzahl eingetreten, der mit der verschiedenen Besetzung der Geburtsjahrgänge von 1932 - 1938 zusammenhängt. Von 1954 - 1956 nahm die Schülerzahl zu, da sich nun die nachfolgenden geburtenstärkeren Jahrgänge auswirkten. Der 1958 festgestellte Rückgang ist wiederum auf die rückläufigen Geburtenziffern der Kriegsjahre zurückzuführen. Nach den Vorausberechnungen der künftigen Schulentlassungen ist damit zu rechnen, daß bis zum Jahre 1962 die Schülerzahlen noch weiter zurückgehen werden.

Beschäftigungsverhältnis der Berufsschüler

Aus der Aufgliederung der Berufsschüler nach dem Beschäftigungsverhältnis ist die Verbesserung der Berufssituation der schulentlassenen Jugend zu erkennen. 1951 standen 39 800 = 79 % der männlichen Schüler in einer Lehre, 1954 dagegen bereits 82% und 1957 sogar 87%. Die Anteile der im Anlernverhältnis und in anderer Beschäftigung stehenden Schüler sind in der gleichen Zeit zurückgegangen. Erheblich geringer geworden ist die Zahl der Berufsschüler ohne Beschäftigung. 1951 waren noch 8,3%, 1957 dagegen nur noch 1,8% aller Schüler ohne Beschäftigung.

Ein wesentlich anderes Bild zeigen die Zahlen bei den weiblichen Schülern. Von den insgesamt 27 600 Schülerinnen standen 1951 nur 43% in einem Lehr- und 5% in einem Anlernverhältnis. Fast ein Drittel der Schülerinnen war anders beschäftigt und ein Fünftel war ohne Beschäftigung oder lebte im elterlichen Haushalt. Auch bei den Schülerinnen haben sich die Verhältnisse gebessert. 1957 waren 57% in einem Lehr- und 8% in einem Anlernverhältnis, dagegen nur noch 29% anders beschäftigt und 6% ohne Beschäftigung.

Die Feststellung der Zahl der Berufsschüler nach beruflichen Gruppen ist bei der Erhebung 1958 gegenüber den früheren Erhebungen insofern geändert worden, als nunmehr eine klare Trennung der Berufsschüler nach

Lehrlingen und Anlernlingen
Mithelfenden Familienangehörigen
Jungarbeitern und
Berufsschülern ohne Beruf und Arbeitslosen

vorgenommen wurde. Die Lehrlinge und Anlernlinge wurden nach den wichtigsten Berufsgruppen und die Mithelfenden Familienangehörigen nach solchen in und außerhalb der Landwirtschaft aufgeteilt. Durch diese Änderung sind jedoch die in der nachstehenden Übersicht enthaltenen Zahlen mit früheren Berufsschülerzahlen, die nach Berufen aufgeteilt waren, nicht vergleichbar. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß die mithelfenden Familienangehörigen bisher mit bei den einzelnen Berufsgruppen erfaßt worden waren. Ferner waren die in der Landwirtschaft tätigen berufsschulpflichtigen Jugendlichen, die keine Lehrlinge waren, dort gezählt worden (nunmehr Jungarbeiter).

Bei den männlichen Schülern waren 90,6% als Lehrlinge und Anlernlinge und 2,9% als Mithelfende Familienangehörige beschäftigt, 5% waren Jungarbeiter und 1,5% noch ohne Beruf. Bei den Schülerinnen standen 73,6% in einem Lehr- und Anlernverhältnis, 3,4% waren Mithelfende Familienangehörige, 15,8% Jungarbeiterinnen und 7,2% ohne Beruf und Arbeitslose. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1958 die im Haushalt der Eltern lebenden Mädchen ohne Beruf und Schüler in Grundausbildungslehrgängen zur Position "Ohne Beruf und Arbeitslose" gezählt wurden.

Interessante Zahlen ergeben sich aus der Aufgliederung der Lehrlinge und Anlernlinge nach beruflichen Gruppen. An der Spitze liegen bei den Schülern die Lehrlinge und Anlernlinge in den Metallberufen mit 33%, es folgen die Bauberufe mit 16%. Rechnen wir zu den Metallberufen noch die Elektrikerberufe und zu den Bauberufen noch die Holzbearbeitungsberufe, dann zählen rund 60% aller Schüler zu diesen Beru-

Tab. 3
Die Regel Schüler¹ an den Berufsschulen 1958 nach Berufsgruppen

Berufliche Gruppen	Anzahl			in %		
	männlich	weiblich	insges.	männlich	weiblich	insges.
Lehrlinge und Anlernlinge insgesamt	43 325	27 655	70 980	90,6	73,6	83,1
davon in landwirtsch., Forst- u. Fischereiberufen	1 860	25	1 885	4,3	0,1	2,7
ländl. Hauswirtschaftsberufen	-	1 935	1 935	-	7,0	2,7
Gartenbauberufen	536	165	701	1,2	0,6	1,0
bergmänn. Berufen	-	-	-	-	-	-
Bauberufen	6 774	137	6 911	15,6	0,5	9,7
Metallberufen	14 200	321	14 521	32,8	1,2	20,5
Elektrikerberufen	3 208	5	3 213	7,4	0,0	4,5
Holzbearbeitungsberufen	2 183	12	2 195	5,0	0,0	3,1
Textil- u. Bekleidungsberufen	506	2 271	2 777	1,2	8,2	3,9
Nahrungs- u. Genussmittelberufen	3 517	1 578	5 095	8,1	5,7	7,2
übrigen gewerblichen Berufen	2 909	2 540	5 449	6,7	9,2	7,7
hauswirtsch. Berufen (ohne Volks- u. Gesundheitspflegeberufe)	-	800	800	-	2,9	1,1
kaufmänn. Berufen	6 318	16 011	22 329	14,6	57,9	31,5
sonstigen Berufen	1 314	1 855	3 169	3,0	6,7	4,5
Mithelfende Familienangehörige ² insgesamt	1 375	1 274	2 649	2,9	3,4	3,1
davon in der Landwirtschaft	1 319	1 050	2 369	95,9	82,4	89,4
ausserhalb der Landwirtschaft	56	224	280	4,1	17,6	10,6
Jungarbeiter	2 400	5 927	8 327	5,0	15,8	9,8
Ohne Beruf und Arbeitslose ³	707	2 724	3 431	1,5	7,2	4,0
insgesamt	47 807	37 580	85 387	100	100	100

1) Pflicht- und freiwillige Schüler, die den Regelunterricht der Berufsschule besuchen einschl. der im Jugendaufbauwerk befindlichen Jugendlichen (ohne Besucher von Sonder- und Abendkursen)

2) Zu den mithelfenden Familienangehörigen zählen nicht die lediglich im elterlichen Haushalt tätigen Mädchen 3) Arbeitslose, Arbeitssuchende, auch im elterlichen Haushalt lebende Mädchen ohne Beruf und Schüler in Grundausbildungslehrgängen

fen. 15% der Schüler waren Lehrlinge und Anlernlinge in kaufmännischen Berufen.

Wesentlich anders ist die Besetzung der beruflichen Gruppen bei den Schülerinnen. Wie erwartet werden konnte, sind fast drei Fünftel der Schülerinnen in kaufmännischen Berufen als Lehrlinge oder Anlernlinge tätig. Die Textil- und Bekleidungsberufe wiesen 8%, die Nahrungs- und Genussmittelberufe 6% und die sonstigen gewerblichen Berufe 9% der Schülerinnen auf.

Die Lehrlinge und Anlernlinge als Familienangehörige gehörten bei den männlichen Schülern zu 96% und bei den weiblichen zu 82% zur Landwirtschaft.

Lehrpersonen

Der Ausbau des Berufsschulwesens brachte eine erhebliche Zunahme der an den Berufsschulen tätigen Lehrkräfte mit sich. Im Jahre

1950 unterrichteten 680 (darunter 186 weibliche) hauptamtliche Lehrkräfte, 1958 dagegen 1 000 (darunter 308 weibliche) an den Berufsschulen. Demnach kamen auf eine hauptamtliche Lehrkraft im Jahre 1950 noch 103, 1958 dagegen 85 Schüler. Auch die Zahl der an den Berufsschulen nebenamtlich und nebenberuflich tätigen Lehrkräfte hat sich von 522 auf 829 erhöht.

Von den hauptamtlichen Lehrkräften hatten 1958 etwas mehr als die Hälfte die Ausbildung für das Gewerbelehramt, 18% hauptamtliche Lehrkräfte waren Diplom-Handelslehrer und sonstige Handelslehrer, 17% hatten die Ausbildung für das Lehramt an landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Berufsschulen oder für das Lehramt der Landwirtschaft und des Gartenbaues.

Tab. 4 Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte an den Berufsschulen 1958

Lehrbefähigung für	Lehrkräfte			davon im Alter von ... Jahren							
	männlich	weiblich	insges.	unter 30		30 bis unter 45		45 bis unter 65		65 und mehr	
				zus.	weibl.	zus.	weibl.	zus.	weibl.	zus.	weibl.
	Gewerbelehramt (ohne Hauswirtschaft)	383	45	428	21	6	189	19	217	20	1
Gewerbelehramt für Hauswirtschaft	-	107	107	21	21	36	36	49	49	1	1
Lehramt der landwirtschaftl. Haushaltungsk. Berufsschulen	-	45	45	8	8	33	33	4	4	-	-
Lehramt an landwirtschaftl. und gartenbaul. Berufsschulen	65	23	88	7	4	63	14	18	5	-	-
Lehramt der Landwirtschaft	23	5	28	3	-	20	5	5	-	-	-
Lehramt des Gartenbaues	4	1	5	-	-	2	1	3	-	-	-
Lehramt an höheren Schulen	1	-	1	-	-	-	-	1	-	-	-
Diplom-Handelslehrer	125	42	167	26	7	39	9	102	26	-	-
Sonstige Handelslehrer	9	2	11	-	-	2	-	9	2	-	-
Diplom-Fachschulingenieure (ohne Lehramtsprüfung)	5	-	5	-	-	1	-	4	-	-	-
Diplom-Landwirte	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-
Meister	22	2	24	-	-	10	1	14	1	-	-
Religionslehrer	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-
Sonstige Lehrkräfte	53	36	89	6	5	29	12	54	19	-	-
Lehrkräfte insgesamt	692	308	1 000	92	51	426	130	480	126	2	1

Der Altersaufbau der hauptamtlichen Lehrkräfte zeigt bei einer Aufgliederung nach dem Geschlecht wesentliche Unterschiede. Von 100 hauptamtlichen Lehrkräften standen im Alter von

	unter 30	30 - 45	45 - 65	über 65 Jahren
männlich	5,9	42,8	51,2	0,1
weiblich	16,6	42,2	40,9	0,3

Die Anteile in der Altersgruppe 30 - 45 Jahre sind bei den männlichen und weiblichen Lehrkräften gleich hoch. In der Altersgruppe 45 - 65 Jahre ist aber der Anteil der Lehrer erheblich höher als der der Lehrerinnen. Umgekehrt ist es bei den unter 30jährigen Lehrkräften, wo die Lehrerinnen überwiegen. Die Erscheinung erklärt sich dadurch, daß ein Teil der weiblichen Lehrkräfte im Alter bis zu 45 Jahren infolge Heirat freiwillig ausscheidet.

Berufsfachschulen

Unter Berufsfachschulen sind Schulen mit ganz-tägigem, mindestens ein Jahr umfassendem Unterricht zu verstehen; sie werden von Jugendlichen, die nicht in einer außerschulischen praktischen Berufsausbildung stehen oder eine solche bereits durchlaufen haben, zur Vorbereitung auf einen industriellen, handwerklichen, kaufmännischen, hauswirtschaftlichen oder künstlerischen Beruf besucht. Sie vermitteln eine vorbereitende oder vollständige praktische

oder theoretische Berufsausbildung evtl. bis zur Gesellenprüfung, oder eine berufliche Grundausbildung für kaufmännische oder Büroberufe, hauswirtschaftliche und Kinderpflegeberufe u. ä. Diesen Berufszielen entsprechend gibt es in Schleswig-Holstein Berufsfachschulen für

Pflanzenbau und Tierwirtschaft
Handels- und Verwaltungsberufe
hauswirtschaftliche Berufe, Kinder- und Körperpflegeberufe
Berufe des Geistes- und Kunstlebens
seemännischen Nachwuchs.

Tab. 5 Die Entwicklung der Berufsfachschulen in Schleswig-Holstein

Jahr	Schulen	Klassen	Schüler			Hauptamtliche Lehrkräfte	Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte
			männlich	weiblich	zus.		
1950	67 ^a	-	502	2 891	3 393	139	216
1951	42	-	558	2 530	3 088	125	71
1952	43	-	440	2 640	3 080	156	77
1953	44	-	514	2 860	3 374	116	81
1954	52	129	582	3 073	3 655	114	97
1955	60	136	580	3 085	3 665	146	119
1956	65	144	698	3 311	4 009	147	197
1957	70	145	683	3 313	3 996	148	184
1958	68	150	781	2 903	3 684	153	191

a) einschl. insbesondere der Krankenpflege- und Gymnastikschulen, die ab 1951 bei den Fachschulen gezählt wurden

Von den Berufsfachschulen am 15. November 1958 waren 49 öffentliche und 19 private Schulen, 33 Berufsfachschulen befreiten die Vollschüler ganz und 35 teilweise (für die Dauer des Besuchs der Berufsfachschule) vom Besuch der

Berufsschule. In den Kreisfreien Städten befanden sich 20 öffentliche und 13 private, in den Landkreisen 29 öffentliche und 6 private Berufsfachschulen.

Seit 1951 wurden

- 12 höhere Handelsschulen
- 6 Handelsschulen
- 4 kaufmännische Berufsfachschulen
- 2 Haushaltsschulen
- 2 Sprachschulen
- 1 Schiffsjungenschule
- 1 Landesausbildungsstätte für seemännischen Nachwuchs

neu eingerichtet.

Die Berufsfachschulen dienen überwiegend der Ausbildung für typische Frauenberufe. Der Anteil des weiblichen Geschlechts machte in allen Jahren vier Fünftel und mehr der Gesamtschülerzahl aus. Über die Veränderung der Schülerzahl gilt das bei den Berufsschulen über die Besetzung der Geburtsjahrgänge Gesagte in gleicher Weise. 84% der männlichen und 74% der weiblichen Berufsfachschüler besuchten Handels- und kaufmännische Berufsfachschulen. Die Haushaltsschulen wurden von 14% und

die Kinderpflegeschulen von 9% aller Schülerinnen besucht.

An den öffentlichen Berufsfachschulen unterrichteten 106 (darunter 54 weibliche) und an den privaten Schulen 47 (darunter 20 weibliche) hauptamtliche Lehrkräfte. Außerdem waren an beiden Schularten noch 148 nebenamtliche und nebenberufliche sowie 43 nicht vollbeschäftigte Lehrkräfte tätig. Von den hauptamtlichen Lehrkräften hatten 55 die Lehrbefähigung als Diplom-Handelslehrer, 34 waren Handelslehrer. 21 weibliche hauptamtliche Lehrkräfte hatten die Lehrbefähigung für das Gewerbelehramt, darunter 17 für Hauswirtschaft. Die Zahl der sonstigen Lehrkräfte einschl. der technischen Lehrkräfte (Stenographie, Schreibmaschine usw.) betrug 43.

Hinsichtlich der hauptamtlichen Lehrkräfte ist darauf hinzuweisen, daß sie teilweise an den Berufsfachschulen und an den Fachschulen unterrichten. Sie sind dort gezählt, wo sie die meisten Unterrichtsstunden erteilen.

Tab. 6 Die Berufsfachschulen nach der Fachrichtung 1958

Fachrichtung	Schulen	Klassen	Vollschüler			Hauptamtliche Lehrkräfte	Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	Sonstige nicht vollbeschäftigte Lehrkräfte ohne Hauptberuf
			m.	w.	zus.			
Höhere und 2jährige Handelsschulen (öffentlich und privat)	33	77	560	1 587	2 147	94	84	21
Kaufmännische Berufsfachschulen (privat)	8	22	97	565	662	19	15	14
Haushaltungsschulen (öffentlich)	14	22	-	417	417	17	22	5
Kinderpflegerinnenschulen (öffentlich)	7	13	-	265	265	13	15	1
Massageschulen (öffentlich)	2	2	7	20	27	-	7	-
Berufsfachschule für Tierzüchter (öffentlich)	1	1	2	6	8	3	-	-
Berufsfachschule für seemännischen Nachwuchs (öffentlich)	1	4	106	-	106	1	1	-
Sprachschulen (privat)	2	9	9	43	52	6	4	2
Insgesamt	68	150	781	2 903	3 684	153	148	43

Fachschulen

Fachschulen sind solche nicht als Hochschulen anerkannte berufsbildende Schulen, die der landwirtschaftlichen, gartenbaulichen, bergmännischen, technischen, gewerblichen, handwerklichen, kunsthandwerklichen, kaufmännischen, verkehrswirtschaftlichen, frauenberuflichen, sozialpädagogischen, künstlerischen, sportlichen oder einer verwandten Ausbildung unter der Voraussetzung einer ausreichenden praktischen Berufsvorbildung dienen und deren Lehrgang mindestens einen Halbjahreskurs mit Ganztagsunterricht oder in der Regel insgesamt 600 Unterrichtsstunden umfaßt. Durch den Besuch der Fachschulen soll das berufliche Können nach der praktischen und theoretischen Seite vertieft werden und damit die Möglichkeit für eine höher qualifizierte und verantwortungreichere Stellung in dem erlernten Beruf geschaffen werden. Die Zahl der Fachrichtungen ist weit größer als bei den Berufsfachschulen; dem verschiedenen Ausbildungsziel ent-

spricht die unterschiedliche Ausbildungsdauer.

In Tabelle 7 sind bis einschl. 1955 in allen Angaben die Zahlen für Ingenieurschulen enthalten. Die Entwicklung der Ingenieurschulen, die ab 1956 in der Statistik gesondert nachgewiesen werden, wird in einem späteren Beitrag in den Statistischen Monatsheften behandelt werden.

Die Zunahme der Zahl der Schulen von 1957 auf 1958 ist darauf zurückzuführen, daß Schulen für medizinisch-technische Assistentinnen, die bisher zu den Berufsfachschulen zählten, jetzt zu den Fachschulen gerechnet werden. Neu hinzugekommen sind je eine Frauenfachschule in den Kreisen Hzgt. Lauenburg, Pinneberg und Südtondern und eine Kosmetikschule in Kiel. Eine Fachklasse für Gemüsebau wurde der Landwirtschaftsschule in Itzehoe angegliedert.

Die wichtigsten Fachschultypen sind die Landwirtschaftsschulen, die Schulen für Krankenpflege und die Frauenfachschulen.

Tab. 7
Die Entwicklung der Fachschulen in Schleswig-Holstein¹

Jahr	Schulen	Klassen	Schüler			Hauptamtliche Lehrkräfte	Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte
			männlich	weiblich	zus.		
1950	50	.	3 180	1 407	4 587	360	147
1951	82	.	2 941	2 082	5 023	394	285
1952	88	.	2 991	2 299	5 290	441	330
1953	89	.	3 190	2 532	5 722	404	340
1954	90	349	3 277	2 687	5 964	395	373
1955	91	347	3 549	3 055	6 604	414	395
1956	90	287	2 553	3 069	5 622	336	393
1957	90	314	2 447	3 230	5 677	369	450
1958	98	375 ^a	2 370	3 732	6 102	388	481
darunter landwirtschaftliche Fachschulen							
1950	29	.	2 003	479	2 482	156	33
1951	27	.	1 666	439	2 105	145	31
1952	27	.	1 737	529	2 266	170	40
1953	27	.	1 883	584	2 467	165	39
1954	27	95	1 923	602	2 525	157	55
1955	26	78	1 990	566	2 556	160	50
1956	26	82	1 950	572	2 522	154	64
1957	26	85	1 772	559	2 331	164	70
1958	26	88	1 693	557	2 250	166	71

a) ohne die Klassen einer Schule mit 139 Schülern
1) bis 1955 einschl., ab 1956 ohne Ingenieurschulen

Die Fachschulen wurden am 15. November 1958 von insgesamt 6 102 Schülern besucht. Dabei entfielen fast neun Zehntel auf die öffentlichen Fachschulen, der Rest auf die privaten. Seit 1950 ist die Entwicklung der Zahl der männlichen und weiblichen Schüler unterschiedlich verlaufen. Bis 1955 stiegen beide Zahlen an, wenn auch bei den weiblichen Schülern stärker. Der Anteil der weiblichen Fachschüler betrug 1950 erst 30,7%, 1955 dagegen 46,3%.

Die starke Abnahme der Zahl der männlichen Fachschüler von 1955 auf 1956 ist - wie bereits erwähnt - durch die Herausnahme der Ingenieur- und Technikerschulen entstanden. Von 1956 bis 1958 ging die Zahl der männlichen Schüler weiter zurück, während bei den Fachschülerinnen eine Zunahme eintrat. Diese ist z. T. auf die erwähnte Umgruppierung der Schulen für medizinisch-technische Assistentinnen zurückzuführen. Der Anteil der Schülerinnen an der Gesamtschülerzahl der Fachschulen betrug 1958 61,2%.

Der weitere Rückgang der männlichen Fachschüler dürfte z. T. auf den Aufbau der Bundeswehr zurückzuführen sein. Nach abgeschlossener Lehrzeit und vollendetem Berufschulbesuch wird sich mancher Facharbeiter zum freiwilligen Eintritt in die Bundeswehr (z. B. Luftwaffe und Marine) entschlossen haben, da ihm auch hier eine weitere Fachausbildung offen stand. Deshalb konnte er auf den Besuch einer Fachschule verzichten.

Der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung beeinflusst die Schülerzahl bei den Fachschulen weniger als bei den Berufs- und Berufsfachschulen, da die Fachschulen auch von Angehörigen

älterer Altersstufen besucht werden können. Einen Einfluß kann die Wanderungsbewegung in der Weise gehabt haben, daß Lehrlinge nach Abschluß der Lehrzeit in Bundesländer mit besseren Arbeitsmöglichkeiten abgewandert sind.

Tab. 8 Die Fachschulen nach der Fachrichtung 1958

Fachrichtung	Schulen		Klassen	Fachschüler			in privaten Schulen
	öffentlich	privat		in öffentlichen Schulen			
				m.	w.	zus.	
Landwirtschaftsschulen	25	.	87	1 689	548	2 237	-
Fachschulen für Tierzüchter	1	-	1	4	9	13	-
Höhere Landbauschulen	1	-	1	53	-	53	-
Landfrauenschulen	2	-	3	-	114	114	-
Gartenbauschulen	2	-	2	32	-	32	-
Handwerkli. Meisterschulen	1	-	6	79	1	80	-
Gewerbl. Fachschulen	1	1	2	25	-	25	26
Textilfach- u. Ingenieurschulen (Abt. Fachsch.)	1	-	2	55	20	75	-
Seefahrtsschulen	1	-	9	133	-	133	-
Schulen f. medizinisch-techn. Assistentinnen	3	-	9	-	315	315	-
Frauenfachschulen	9	-	52	-	957	957	-
Schulen f. Krankenpfli.	17	7	74	21	462	483	289
Hebammenschulen	1	-	2	-	9	9	-
Schulen für Kinderkrankenpflege	3	-	12	-	139	139	-
Diätschulen	1	-	2	-	13	13	-
Schulen f. Wochenpflege	2	-	2	-	4	4	-
Schulen für Krankengymnastik	-	1	1	-	-	-	65
Schulen für Kosmetik	-	1	1	-	-	-	12
Wohlfahrts- u. Jugendpflegesschulen	1	-	2	16	28	44	-
Schulen f. Kindergärtnerinnen u. Jugendleiterinnen	6	-	18	-	320	320	-
Kunstschulen	1	-	67	113	104	217	-
Musikschulen	1	-	.	65	74	139	-
Schulen f. kirchl. Dienste (auch Diakone)	-	3	4	-	-	-	89
Schulen für Tanz und Gymnastik	-	5	16	-	-	-	219
Insgesamt	80	18	375 ^a	2 285	3 117	5 402	700

a) ohne die Klassen einer Schule mit 139 Schülern

2 449 Schüler (40%) besuchten die Landwirtschafts- und ähnliche Schulen und erstrebten demnach ein entsprechendes Berufsziel. Die Fachschülerinnen besuchten vor allem die Schulen für Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflegeberufe.

367 hauptamtliche (darunter 194 weibliche) und 316 nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte waren an den öffentlichen Fachschulen tätig, an den privaten Fachschulen waren es 21 (darunter 16 weibliche) hauptamtliche und 100 nebenamtliche. Außerdem waren 65 nicht vollbeschäftigte Lehrkräfte tätig. U. a. hatten 110 hauptamtliche Lehrkräfte die Lehrbefähigung für das Lehramt der Landwirtschaft, 33 weibliche Lehrkräfte für das Lehramt Hauswirtschaft und 69 weibliche Lehrkräfte für das Lehramt hauswirtschaftliche Haushaltungskunde.

Begriffe und Methoden

Durch das Gesetz über die Unterhaltung und Verwaltung der öffentlichen Schulen vom 28. 3. 1957 wurde die Schulträgerschaft für die Berufsschulen, die Berufsfachschulen und die Fachschulen festgelegt. Die bis dahin bestehenden Bestimmungen des Gesetzes über das Berufsschulwesen vom 28. 2. 1950 wurden aufgehoben. Nach dem neuen Gesetz sind Träger der Berufsschulen die Kreise und die Kreisfreien Städte geblieben. Ausserdem können auch die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Landwirtschaftskammern, die Innungen und Innungsverbände Träger öffentlicher Berufsschulen sein. Die Träger der Berufsfachschulen und der Fachschulen sind die Kreise, die Kreisfreien Städte und das Land. Träger der landwirtschaftlichen Berufsfachschulen und Fachschulen kann auch die Landwirtschaftskammer sein. Das Gesetz berührt nicht das Recht der Privatschulen.

Die Berufsschulpflicht ist im Abschnitt III des Gesetzes über die Schulpflicht vom 5. 12. 1955 geregelt. Sie beginnt mit dem Ende der

Volksschulpflicht und beträgt 3 Jahre. Lehrlinge und Anlernlinge sind darüber hinaus bis zur Beendigung des Lehr- und Anlernverhältnisses berufsschulpflichtig, und zwar auch dann, wenn sie es erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres begonnen haben. Die Berufsschulpflicht ruht bei Jugendlichen, die eine öffentliche oder eine genehmigte private allgemeinbildende Schule, eine Berufsfach- oder Fachschule, eine andere als ausreichenden Ersatz für den Berufsschulunterricht anerkannte Schule oder eine Hochschule besuchen.

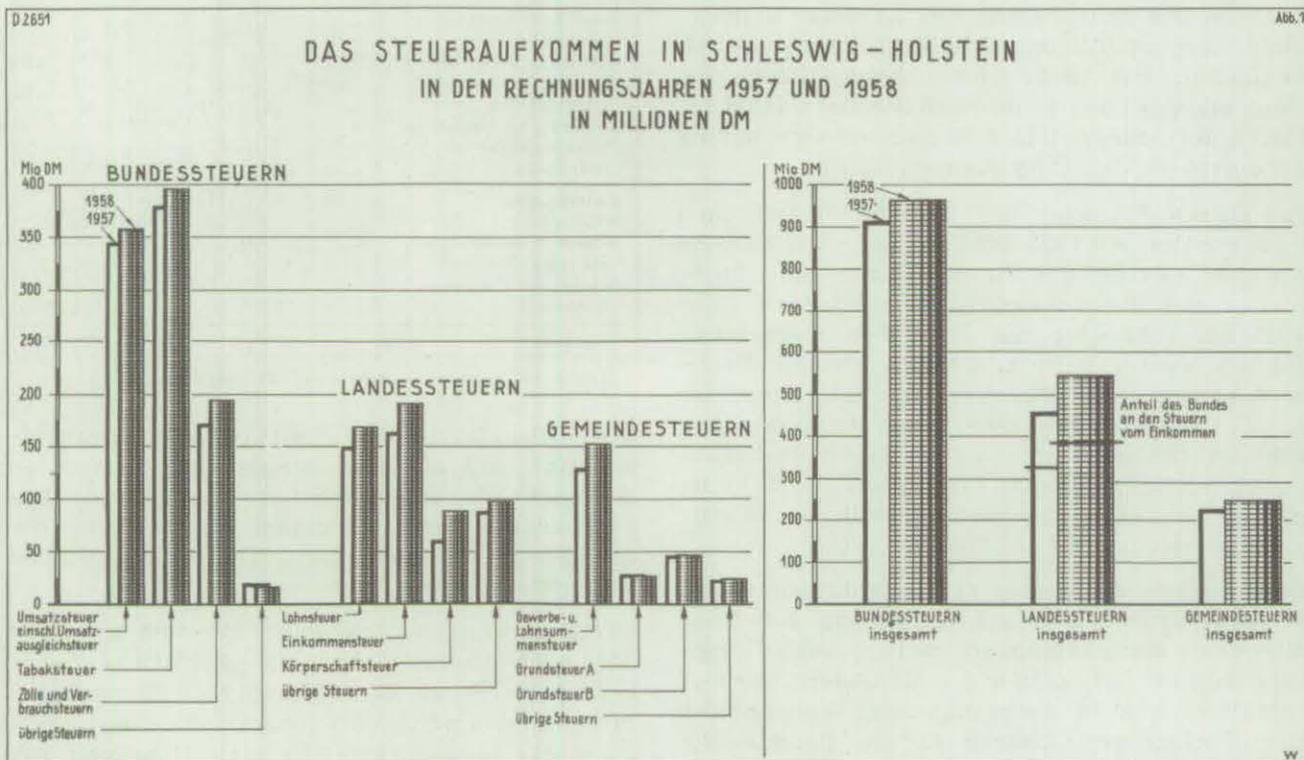
Wie bei den allgemeinbildenden Schulen werden ebenfalls jährlich, und zwar am 15. November, Erhebungen an den berufsbildenden Schulen durchgeführt, die sich auf den Aufbau der Schule, die Schüler bzw. Studierenden und die Lehrkräfte beziehen. Zu den berufsbildenden Schulen zählen die Berufsschulen, die Berufsfachschulen und die Fachschulen. Die Ingenieurschulen, die bis 1957 ebenfalls zu den Fachschulen gerechnet wurden, werden ab 1958 statistisch besonders behandelt.

Hans Klindt

Gemeindesteueraufkommen im Rechnungsjahr 1958

An Gemeinde-, Landes- und Bundessteuern sind in Schleswig-Holstein im Rechnungsjahr 1958 - nach vorläufiger Feststellung - insgesamt 1 758 Mio DM aufgekommen; das entspricht einem Betrag von 775 DM je Einwohner. Das Aufkommen verteilt sich wie folgt: 249 Mio DM Gemeindesteuern, 545 Mio DM Landessteuern (einschl. Bundesanteil an der Einkommen- und

Körperschaftsteuer) und 965 Mio DM Bundessteuern. Die Gemeinden sind demnach am gesamten Steueraufkommen zu 14%, das Land zu 31% (ohne Bundesanteil an den Einkommen- und Körperschaftsteuern 22%) und der Bund zu 55% bzw. 64% beteiligt. Dazu kommen noch die Abgaben zum Lastenausgleich in Höhe von 65 Mio DM oder 29 DM je Einwohner.



Gemeindesteueraufkommen

Die Tabelle 1 zeigt das starke Übergewicht der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Sie ist am gesamten Gemeindesteueraufkommen mit 55% beteiligt; einschließlich der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme beträgt ihr Anteil sogar

61%. Damit ist die Bedeutung der Gewerbesteuer gegenüber 1957 (50% bzw. 57%) wiederum gestiegen. An dem Mehraufkommen von 27 Mio DM ist die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital zu 88% beteiligt. Ihre Zuwachsrates betrug 21%. Das Gesamtaufkommen an Gemeindesteuern erhöhte sich nur um 12%.

Tab. 1 Gemeindesteueraufkommen nach Steuerarten
- Rechnungsjahr 1958 -

Steuerarten	Aufkommen in		Veränderung gegenüber 1957 in %
	Mio DM	DM je Einw.	
Grundsteuer A	26,8	11,8	- 0
Grundsteuer B	46,3	20,4	+ 2
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	136,0	60,0	+ 21
Lohnsummensteuer	16,5	7,3	+ 7
Vergnügungssteuer	9,6	4,2	- 0
Gemeindegetränkesteuer	4,7	2,1	+ 9
Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	6,5	2,9	+ 18
Hundsteuer	2,0	0,9	+ 2
Schankerlaubnissteuer	0,7	0,3	+ 25
Jagd- und Fischereisteuer	0,1	0,1	+ 1
Speiseeissteuer	0,0	0,0	- 0
insgesamt	249,3	109,9	+ 12

Allein 45% der Gewerbsteuer - einschl. der Lohnsummensteuer ist es die Hälfte - wurden in den vier kreisfreien Städten aufgebracht. Sie ist in diesen Städten - je Einwohner berechnet - um mehr als das Fünffache höher als in der niedrigsten Gemeindegrößenklasse. Ohne die Gewerbesteuern wäre die Steuerkraft zwischen den einzelnen Gemeindegrößenklassen weniger differenziert. Das Verhältnis des in DM je Einwohner umgerechneten Steueraufkommens zwischen der steuerschwächsten und der steuerstärksten Gemeindegrößenklasse beträgt bei Ausschluß der Gewerbesteuern 1:1,8. Diese relativ geringe Differenzierung ergibt sich daraus, daß die Grundsteuer A und die Grundsteuer B einander stark ergänzen: mit der größeren Gemeinde steigt das Aufkommen an Grundsteuer B, während das an Grundsteuer A geringer wird. Die Grundsteuer A aus landwirtschaftlichen Betrieben beträgt in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern 34 DM je Einwohner und nimmt ab bis auf 0,7 DM je Einwohner in den Kreisfreien Städten. Die Grundsteuer B dagegen steigt von 8 DM je Einwohner in den Kleinstgemeinden auf 31 DM je Einwohner in der obersten Größenklasse. Es ist bemerkenswert, daß die Hebesätze der beiden Grundsteuern die Unterschiede im Aufkommen je Einwohner - ohne die Gewerbesteuern - zwischen den Gemeindegrößenklassen kaum verändern (von 1:1,76 auf 1:1,80). Die Hebesätze bewirken lediglich eine Anhebung des Steueraufkommens um 70% (Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern) bis maximal 91% (Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern). Auffällig ist dabei das fast gleiche Niveau der 4 Gemeindegrößenklassen mit 3 000 bis unter 50 000 Einwohnern sowie die geringe Aufkommensspanne zwischen kleinster und größter Gemeindegrößenklasse.

Die Steuerkraftunterschiede zwischen den einzelnen Gemeindegrößenklassen werden durch die Gewerbesteuern vertieft, da das Aufkommen

Tab. 2 Gemeindesteueraufkommen im Rechnungsjahr 1958 nach Gemeindegrößenklassen - in DM je Einwohner -

Gemeindegrößenklasse	Steuer-aufkommen (ohne Gewerbesteuern ¹)		Gewerbsteuern ¹ mit Gewerbesteuer-ausgleichszuschüssen	Steuer-aufkommen	
	mit Hebesätze(n) der Grundsteuer A + B	ohne		ins-ges.	ohne Gewerbe-steuer-ausgleich-zu-schüsse
Kreisfreie Städte	45,6	24,6	114,1	159,7	162,8
Kreisangeh. Gemeinden mit ... Einw.					
20 000 b.u. 50 000	34,4	18,0	79,7	114,1	115,0
10 000 " 20 000	31,2	18,3	88,5	119,7	117,8
5 000 " 10 000	32,4	18,7	57,3	89,7	86,0
3 000 " 5 000	33,3	19,0	47,6	80,9	78,1
2 000 " 3 000	25,4	14,1	35,7	61,1	51,8
weniger als 2 000 ²	43,4	23,1	21,3	64,7	59,6

1) Gewerbesteuern nach Ertrag und Kapital und Lohnsummensteuer

2) repräsentativ erhoben

an Gewerbsteuer in sehr viel stärkerem Maße als das der Grundsteuer B mit wachsender Gemeindegrößenklasse ansteigt. Das Aufkommen an Gewerbesteuern je Einwohner in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern zu dem der Kreisfreien Städte verhält sich wie 1:5,4. Dieser beträchtliche Unterschied bewirkt eine Spannweite des Gesamtsteueraufkommens je Einwohner zwischen den Gemeindegrößenklassen von 1:2,6. Dabei ist zu beachten, daß jetzt die Extremwerte (s. Tab. 2) bei den kreisfreien Städten und den Gemeinden mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern liegen. In den Gemeinden bis 2 000 Einwohner ist die Grundsteuer A so ergiebig, daß auch das geringe Aufkommen an Gewerbsteuer diese Größenklasse nur auf den vorletzten Platz verweist. Ohne die steuerkraftausgleichende Wirkung der Gewerbesteuerausgleichszahlungen würde das Steueraufkommen je Einwohner zwischen den geringsten und höchsten Aufkommen sich wie 1:3,1 verhalten.

Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse von Betriebsgemeinden haben von 0,8 Mio DM im Rechnungsjahr 1950 auf über 10 Mio DM im Rechnungsjahr 1958 zugenommen. Umgekehrt wurden - von schleswig-holsteinischen Gemeinden - an Wohngemeinden 6,3 Mio DM im Rechnungsjahr 1958 geleistet (Rechnungsjahr 1950 waren es 0,5 Mio DM). Die Differenz ergibt sich überwiegend dadurch, daß unter Beibehaltung ihres Wohnsitzes Schleswig-Holsteiner in Hamburg arbeiten. Die Zunahme der Ausgleichszahlungen ist in Schleswig-Holstein durch das Gesetz vom 17.10.1955 bedingt, daß die Zahlungen zwischen Betriebs- und Wohngemeinden auf eine neue Grundlage gestellt hat.¹ Durch

1) Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes sind 1. Erhöhung des Höchstbetrages je Arbeitnehmer von 40 auf 70 DM, 2. Anspruch auf Ausgleichszuschüsse besteht ohne Rücksicht auf eine bestimmte Mindestzahl von Arbeitnehmern (bisherige Mindestzahl 11 Arbeitnehmer).

dieses Gesetz erhöhten sich die Gewerbesteuer- ausgleichszuschüsse an Wohngemeinden von 3,5 Mio DM im Rechnungsjahr 1955 auf 7,1 Mio DM im Rechnungsjahr 1956.

Das Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ist um fast das Dreifache höher als das der Grundsteuer B, der vom Betrag her nächstbedeutenden Gemeindesteuer. Der Anteil der Grundsteuer B am gesamten Gemeindesteueraufkommen beträgt im Rechnungsjahr 1958 18,6%. Die Grundsteuer B verbesserte ihr Aufkommen gegenüber dem Rechnungsjahr 1957 um 2%.

Die ihrem Aufkommen nach an 3. Stelle stehende Grundsteuer A erbrachte ein gegenüber dem Rechnungsjahr 1957 im wesentlichen unverändertes Aufkommen. Ihr Anteil am gesamten Gemeindesteueraufkommen beträgt 11%. In den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern ist sie jedoch von entscheidender Bedeutung, dort macht sie 52,5% des gesamten Steueraufkommens aus. Allerdings sinkt die Bedeutung dieser Steuer mit wachsender Gemeindegrößenklasse sehr schnell. In den Gemeinden mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern ist sie nur noch mit 16,8%, in der nächsten Größenklasse (3 000 bis unter 5 000 Einwohner) mit 10,7% beteiligt.

Alle übrigen Steuern sind betragsmäßig von relativ geringer Bedeutung. Mit einem Anteil von 3,8% am Gemeindesteueraufkommen ist noch die Vergnügungssteuer zu erwähnen, deren Aufkommen 9,6 Mio DM erreichte und ebenfalls gegenüber dem Rechnungsjahr 1957 unverändert blieb. Auch das Aufkommen an Vergnügungssteuer steigt mit wachsender Gemeindegrößenklasse von 0,5 DM je Einwohner in den kleinsten Gemeinden auf 6 DM in den Kreisfreien Städten.

Entwicklung des Gemeindesteueraufkommens seit dem Rechnungsjahr 1950

Seit dem Rechnungsjahr 1950 hat sich das Aufkommen an Gemeindesteuern mehr als verdoppelt (+ 109%). An diesem Mehraufkommen von 130 Mio DM sind die Gewerbesteuern allein mit 100 Mio DM beteiligt. Die Steigerung erklärt sich durch die laufend bessere Ertragslage der gewerblichen Wirtschaft². Eine stärkere Ausschöpfung der Steuerquelle liegt nicht vor, da die gewogenen Durchschnittshebesätze dieser Steuer 1958 sogar geringfügig unter denen von 1950 liegen (vgl. Tabelle 4). Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital hat ihr Aufkommen zwischen 1950 und 1958 fast verdreifacht (+ 275%). Dabei hat das Aufkommen je Ein-

2) Nach der Gewerbesteuerstatistik des Jahres 1938 setzt sich das Gewerbesteueraufkommen zu 85 % aus der Gewerbeertragsteuer und nur zu 15 % aus der Gewerkekaptalsteuer zusammen. Diese Anteile dürften sich inzwischen noch mehr zugunsten der Gewerbeertragsteuer verschoben haben.

wohner sogar um 322% zugenommen. Die Lohnsummensteuer stieg mit 129% (je Einwohner + 158%) ebenfalls überdurchschnittlich an. Durch die in jedem Jahr überdurchschnittlichen Zuwachsraten stieg der Anteil der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital von 30,5% im Rechnungsjahr 1950 - einschließlich der Lohnsummensteuer 36,5% - auf mehr als die Hälfte des gesamten Gemeindesteueraufkommens im Rechnungsjahr 1958. Bei diesen Zuwachsraten ist allerdings zu berücksichtigen, daß hier die Entwicklung der Gewerbesteuern nach dem Ist-aufkommen dargestellt wird; die Entwicklung des Aufkommens verläuft wesentlich flacher, wenn die Gewerbesteuermeßbeträge den Zeiträumen zugeordnet werden, für die sie angeschrieben sind.

Die beiden Grundsteuern haben mit der Entwicklung der Gewerbesteuer nicht Schritt halten können. Die Grundsteuer A erhöhte ihr Aufkommen zwischen 1950 und 1958 lediglich um 1,9 Mio DM (+ 8%). Ihr Anteil am Gesamtaufkommen betrug 1950 noch 21%. Die Grundsteuer B konnte ihr Aufkommen um 9 Mio DM bzw. ein Viertel erhöhen. Ihr Anteil betrug im Rechnungsjahr 1950 noch 31%. Sie war damals die ertragreichste Steuer. Die geringen Zuwachsraten der beiden Grundsteuern erklären sich durch die Erstarrung ihrer Bemessungsgrundlagen: die Grundsteuern werden immer noch nach den Sätzen aus dem Jahre 1935 berechnet. Das Mehraufkommen der Grundsteuer A ist fast ausschließlich den seit 1950 gestiegenen Hebesätzen zuzuschreiben. Bei der Grundsteuer B hat neben den höheren Hebesätzen die Zunahme der Bautätigkeit außerhalb des sozialen Wohnungsbaues zu einer gewissen Aufkommenssteigerung geführt. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß sich bei dieser Steuer auf Grund des 1. und 2. Wohnungsbaugesetzes ein relativ hoher Steuerausfall ergab. Er betrug in der Zeit von 1951 bis 1958 insgesamt rund 46,5 Mio DM.

Tab. 3
Ausfälle an Grundsteuer B auf Grund der Steuervergünstigungen des ersten und zweiten Wohnungsbaugesetzes - Anschreibungsjahr (Rechnungsjahr) 1958 -

Gemeindegrößenklassen ¹	Ausgefallene Grundsteuer- messbeträge ²	Ausfall an Grundsteuer- aufkommen	
		in 1 000 DM	
			DM je Einw.
Kreisfreie Städte	1 690	5 052	7,6
Kreisangeh. Gemeinden mit ... Einwohnern			
20 000 b. u. 50 000	647	1 566	6,9
10 000 " 20 000	701	1 487	7,1
5 000 " 10 000	790	1 667	6,2
3 000 " 5 000	391	821	4,7
2 000 " 3 000	203	404	4,6
1 000 " 2 000	721	1 369	2,1
mit weniger als 1 000			
Schleswig-Holstein	5 142	12 365	5,8

1) Zuordnung zu den Größenklassen entsprechend der für die Finanzstatistik geltenden Regelung 2) fortgeschriebene Beträge

Dieser Ausfall ist infolge der anhaltend großen Bautätigkeit im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues von Jahr zu Jahr größer geworden. Während er sich noch im Rechnungsjahr 1951 auf 135 000 DM belief und 1952 mit 1,4 Mio DM die Millionengrenze überschritt, erreichte er im Rechnungsjahr 1958 insgesamt 12,4 Mio DM.

Da die Steuervergünstigungen für den sozialen Wohnungsbau 10 Jahre nach Erstellung des Gebäudes wegfallen, ist in den nächsten Jahren mit einem steigenden Steueraufkommen auch der Grundsteuer B zu rechnen. Das Aufkommen wird bei Voraussetzung gleicher Bemessungs-

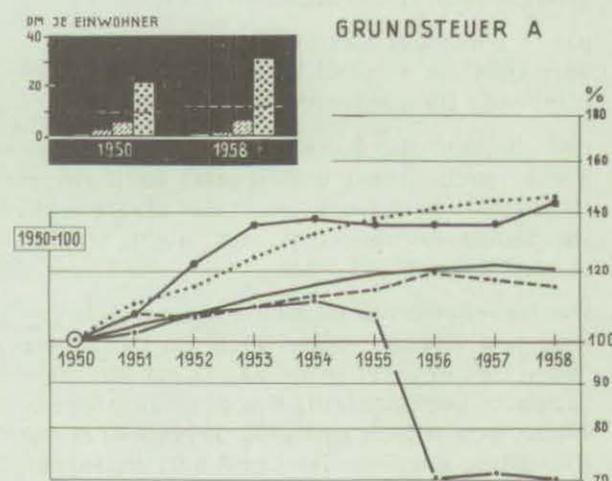
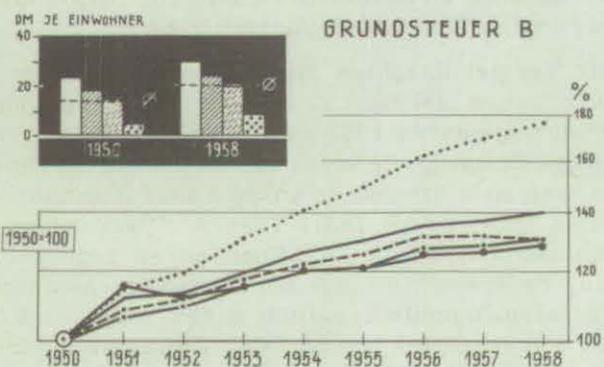
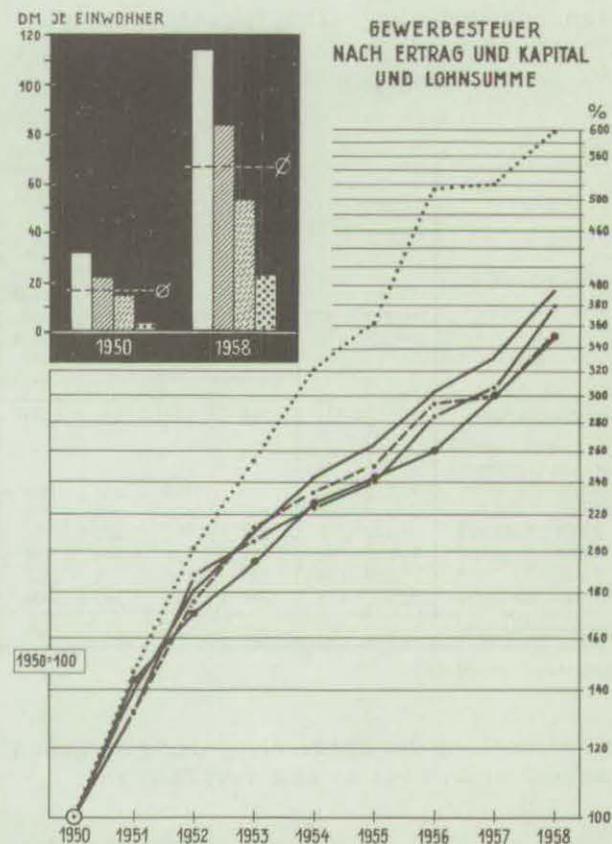
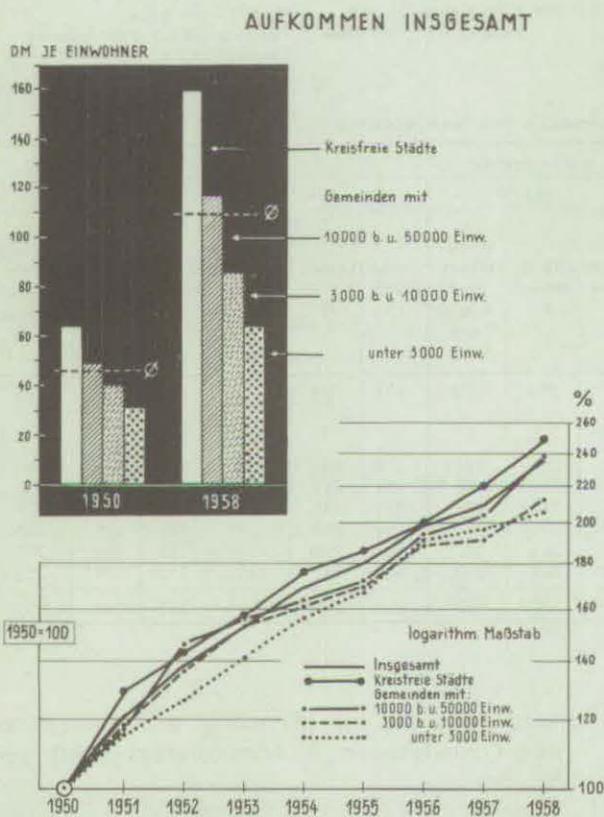
grundlagen und gleicher Hebesätze mindestens in etwa dem Maße wie 10 Jahre vorher die Ausfälle anwachsen.

Der Ausfall an Grundsteuer A auf Grund des 1. und 2. Wohnungsbaugesetzes war relativ gering; er erreichte etwa 1% des aus gleichem Grunde ausgefallenen Aufkommens an Grundsteuer B und stellte sich in der Zeit von 1951 bis 1958 auf insgesamt etwa eine halbe Mio DM. Auch hier erhöhte sich der Ausfall im Laufe der Zeit stark, und zwar von 6 000 DM im Rechnungsjahr 1952 auf 142 000 DM im Rechnungsjahr 1958. Gemessen am Aufkommen der Grundsteuer A

D-2645

Abb. 2

DIE ENTWICKLUNG DES GEMEINDESTEUERAUFKOMMENS JE EINWOHNER NACH GEMEINDEGRÖßENKLASSEN



betrug der Verlust 0,2% dieser Gemeindesteuer.

Die Verschiebungen der Anteile der Steuerarten am Steueraufkommen in den Gemeindegrößenklassen in den Rechnungsjahren 1950 bis 1958 sind zum Teil recht erheblich. Darüber hinaus haben sich aber auch die Unterschiede in der Steuerkraft vertieft: das Gesamtaufkommen je Einwohner der kreisfreien Städte hat sich um 148%, das der Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern nur um 105% erhöht.

Entwicklung der Hebesätze

Die Hebesätze haben sich im letzten Jahr nur geringfügig geändert, sofern sich der Vergleich auf die Durchschnittshebesätze aller Gemeinden zusammen bezieht. Der gewogene Durchschnittshebesatz der Grundsteuer A ist von 186% im Rechnungsjahr 1956 auf 188% im Rech-

nungsjahr 1957 gestiegen und beträgt nunmehr 191%. Die gewogenen Durchschnittshebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit 242% bzw. 279% haben sich seit 1956 nicht geändert. Die unverändert gebliebenen Durchschnittshebesätze besagen jedoch nicht, daß auch in den einzelnen Gemeinden die Bewegung der Hebesätze zum Stillstand gekommen ist. So wurden z. B. die Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in Schleswig-Holstein im Rechnungsjahr 1958 relativ häufig neu festgesetzt.

Es veränderten ihre Hebesätze gegenüber 1957

von den 4 kreisfreien Städten	1 Stadt (Flensburg, Senkung von 300 % auf 285 %)
von 137 Gemeinden mit mehr als 2 000 Einw.	4 Gemeinden nach oben und 3 Gemeinden nach unten
und von 1 258 Gemeinden mit weniger als 2 000 Einw.	rd. 150 Gemeinden darunter rd. 90 % mit höheren Hebesätzen

Tab. 4 Gewogene Durchschnittshebesätze der Realsteuern

Größenklasse	Rechnungsjahr														
	1950			1952			1954			1956			1958		
	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital
Kreisfreie Städte	183	296	297	187	299	300	195	299	300	191	299	285	194	299	283
Kreisangeh. Gemeinden mit ... Einw.															
20 000 b.u. 50 000	190	235	284	193	237	286	203	244	291	198	242	287	198	242	286
10 000 " 20 000	180	200	265	188	204	272	194	214	280	194	214	276	193	212	272
5 000 " 10 000	178	201	275	182	208	276	183	210	279	184	212	280	184	211	279
3 000 " 5 000	180	198	275	183	203	272	185	209	275	186	208	273	189	210	277
2 000 " 3 000	172	195	256	178	198	266	185	201	272	181	200	269	181	199	270
weniger als 2 000 ¹⁾	175	179	246	182	182	246	185	185	250	186	187	252	192	190	253
Landesdurchschnitt	175	235	281	180	239	285	185	243	287	186	242	279	191	242	279

1) repräsentativ erhoben

Bei Betrachtung der Entwicklung der gewogenen Durchschnittshebesätze seit 1950 fällt auf:

1. das ständige Steigen der Hebesätze der Grundsteuer A im Landesdurchschnitt
2. die - ebenfalls im Landesdurchschnitt - seit 1954 im wesentlichen unverändert gebliebenen Hebesätze der Grundsteuer B
3. das Sinken der Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital nach einem Höchststand im Rechnungsjahr 1955 sowohl im Landesdurchschnitt als auch in den oberen 3 Größenklassen
4. Die Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital haben sich im Laufe der Jahre immer stärker um den Durchschnittshebesatz konzentriert. Die geringste Streuung weisen jedoch seit 1950 unverändert die Hebesätze der Grundsteuer A auf; im Gegen-

satz dazu ist die Streuung der Hebesätze der Grundsteuer B unverändert groß geblieben.

Aufkommen an Gemeindesteuern im Vergleich zu den Ländern des Bundesgebietes

Als Vergleichszahlen für das Gemeindesteuer-aufkommen stehen z. Z. nur die Ergebnisse des Rechnungsjahres 1957 zur Verfügung. Danach steht Schleswig-Holstein mit 98,38 DM je Einwohner an letzter Stelle knapp hinter Rheinland-Pfalz mit 98,56 DM. Diesen Platz nimmt Schleswig-Holstein in allen Jahren seit 1950 ein. Es erreichte 1957 den Bundesdurchschnitt (ohne Hansestädte) lediglich zu 76% und (einschl. der Hansestädte) nur zu 74%. Bei einem überdurchschnittlich hohen Aufkommen an Grundsteuer A nimmt Schleswig-Holstein bei der Grundsteuer B in etwa eine Mittelstellung ein, während es bei der Gewerbesteuer nach Ertrag

und Kapital mit 59% weit unter dem Bundesdurchschnitt (ohne Hansestädte) bleibt.

Tab. 5 Das Gemeindesteueraufkommen in den Bundesländern¹
- Rj. 1957 -

Land	Steuerart				
	Gemeindesteuern insgesamt	darunter			
		Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	Lohnsummensteuer
in DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein	98,4	11,9	20,0	49,7	6,8
Hamburg	196,5	0,3	28,7	139,9	19,8
Niedersachsen	111,3	11,4	18,2	69,5	3,9
Nordrhein-Westfalen	159,1	2,5	22,5	100,4	23,8
Bremen	197,1	0,1	30,3	112,7	37,7
Bayern	105,1	8,8	17,9	68,9	0,0
Hessen	127,8	7,5	19,9	82,9	7,4
Baden-Württemberg	141,0	9,2	18,2	104,8	0,0
Rheinland-Pfalz	98,6	10,1	17,1	58,6	4,3
Bundesgebiet					
einschl. Hansestädte	132,8	7,0	20,1	86,2	10,0
ohne Hansestädte	129,6	7,3	19,7	83,9	9,3
Schleswig-Holstein in % des Bundesdurchschnitts					
einschl. Hansestädte	74,0	170,2	99,5	57,6	67,7
ohne Hansestädte	75,9	162,3	101,7	59,2	73,1

1) ohne Saarland

Die ungünstige Stellung Schleswig-Holsteins würde noch offensichtlicher, wenn man bundesdurchschnittliche Hebesätze anwendet. In der

Steueranspannung liegt nämlich Schleswig-Holstein bei der Grundsteuer A zusammen mit Hessen mit 189% an dritter Stelle bei einem gewogenen Durchschnittshebesatz für das Bundesgebiet³ von 176%. In der Grundsteuer B liegt Schleswig-Holstein sogar an erster Stelle mit 242% (Bund: 216%) und bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital hinter Baden-Württemberg und Niedersachsen an dritter Stelle mit 279% bei 270% im Bundesdurchschnitt. Einschließlich der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme steht Schleswig-Holstein in der Steueranspannung seiner Gewerbesteuern an der Spitze aller Länder. Durch diese überdurchschnittliche Steueranspannung werden in Schleswig-Holstein seit Jahren mehr Steuern abgeschöpft. Gemessen an den durchschnittlichen Hebesätzen betrug diese Mehrbelastung im Rechnungsjahr 1957

an Grundsteuer A	1,6 Mio DM
Grundsteuer B	5,6 " "
Gewerbesteuer	
nach Ertrag und Kapital	5,6 " "
zusammen	12,8 " "

In den Rechnungsjahren 1954 und 1955 betrug sie je 14,6 Mio DM, im Rechnungsjahr 1956 rund 13,1 Mio DM.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Das Steueraufkommen im Rechnungsjahr 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 171 (Juli)

3) alle Durchschnittshebesätze ohne Berücksichtigung der Hansestädte

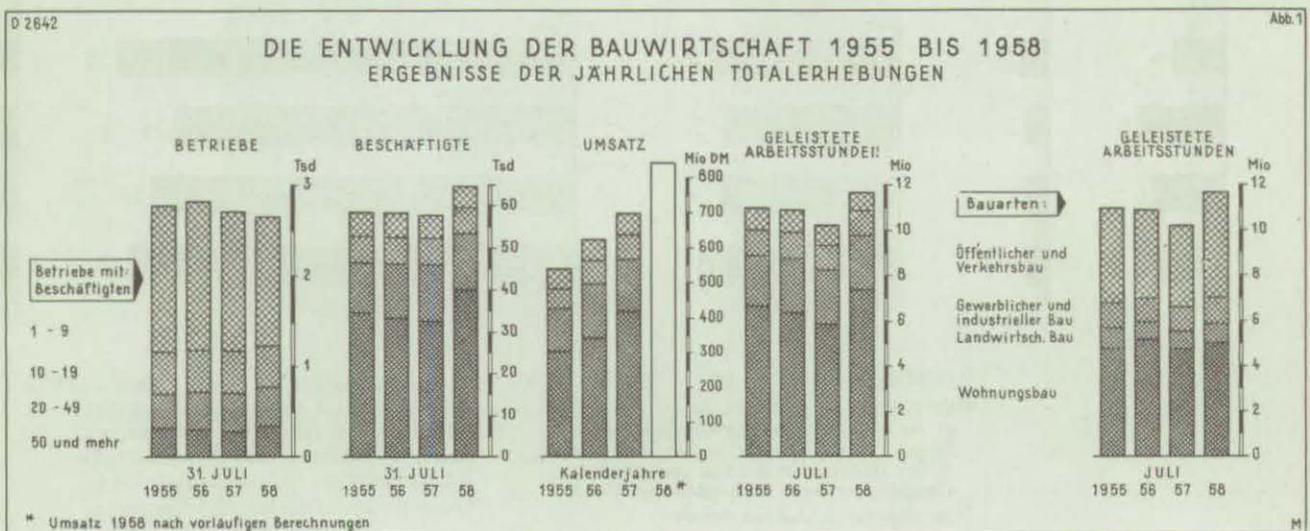
Die Bauwirtschaft im Jahre 1958

- Ergebnisse der Totalerhebung vom 31. 7. 1958 -

Allgemeines

Im Jahre 1958 wurden im Bauhauptgewerbe alle bisher erzielten Ergebnisse übertroffen. Wenn auch die Zahl der Betriebe - ebenso wie in den

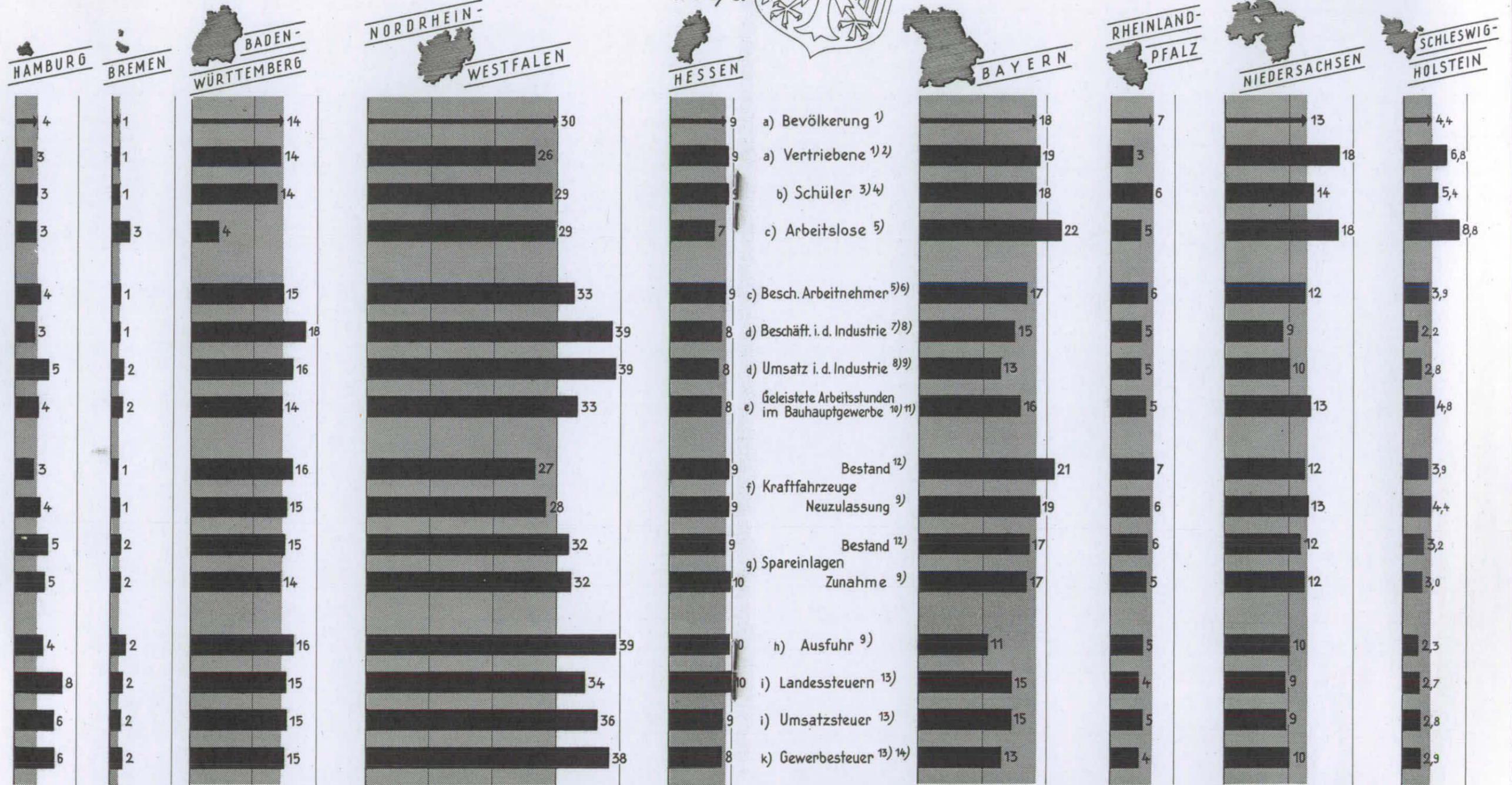
meisten anderen Wirtschaftsbereichen - zurückging, so stiegen doch die Zahl der Beschäftigten, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und der baugewerbliche Umsatz erheblich an. Der



DIE ANTEILE DER LÄNDER AN BEVÖLKERUNG UND WIRTSCHAFT DES BUNDESGBIETES

1958/59

Die Länge der Balken entspricht dem Anteil des betr. Landes an der Bundessumme des betr. Merkmals. Der Bevölkerungsanteil ist zum Vergleich als durchgehendes Band fortgesetzt.



¹⁾ 31. März 1959 ³⁾ Mai 1957 ⁵⁾ 30. Juni 1959
²⁾ Vertriebene sind Deutsche, die am 1. Sept. 1959 in den z. Zt. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Gebietsstand: 31. Dez. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1959 geborenen Kinder.
⁴⁾ an allgemeinbildenden Schulen
⁶⁾ Arbeiter, Angestellte und Beamte ⁷⁾ Jahres-Ø 1958
⁸⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (ohne Bau und Energie.)
⁹⁾ 1958 ¹⁰⁾ Monats-Ø 1958 ¹¹⁾ alle Betriebe
¹²⁾ 1. Januar 1959 ¹³⁾ Rechnungsjahr 1958
¹⁴⁾ nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme

QUELLEN: a) Staba: Statistischer Bericht, Arb.-Nr. VIII/7/82
 b) Staba: Statistischer Bericht, Arb.-Nr. VIII/9/12
 c) Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
 d) Staba: Die Industrie der Bundesrepublik, Reihe 1
 e) Staba: Bauwirtsch., Bautätigkeit, Wohnungen, Reihe 1

f) Stat. Mitteilungen des Kraftfahrtbundesamtes
 g) Staba: Wechselproteste
 h) Staba: Der Außenhandel der Bundesrepublik, Teil 1
 i) Veröffentlichungen des Bundesfinanzministeriums
 k) Staba: Statistischer Bericht, Arb.-Nr. VII/41/33

baugewerbliche Umsatz erreichte 1958 - nach vorläufigen Berechnungen - mit über 840 Mio DM einen neuen Höchstwert.

Betriebe

Bei der Totalerhebung am 31.7.1958 wurden 2 655 Betriebe mit 64 755 Beschäftigten gezählt. Die Zahl der Betriebe hat sich gegenüber 1957 um 51 (- 2%) verringert, während die Zahl der Beschäftigten um 7 003 (+ 12%) zunahm. Vor allem bei den Kleinbetrieben (1 - 9 Beschäftigte) - von denen die Einmannbetriebe um 48 am stärksten abnahmen - ging die Betriebszahl zurück. Dies dürfte sich in der Hauptsache dadurch erklären, daß heute kleine Betriebe, die nicht die Mittel zur Anschaffung moderner Baumaschinen besitzen, nicht mehr rentabel sind. Die Zahl der mittleren Betriebe (10 - 199 Beschäftigte), betrug im Juli 1958 1 190 (+ 40 Betriebe). Die Zahl der Großbetriebe (200 und mehr Beschäftigte) hat um 15 zugenommen und ist damit auf 42 angestiegen. Die Veränderungen in den einzelnen Größenklassen sind jedoch vielfach nur durch Verschiebung von Betrieben aus einer Größenklasse in die andere hervorgerufen worden.

Tab. 1 Betriebe und Beschäftigte nach Größenklassen

Betriebe mit ... Beschäftigten	Betriebe			Beschäftigte		
	am 31. Juli		Veränderung 1958 gegenüber 1957	am 31. Juli		Veränderung 1958 gegenüber 1957
	1957	1958		1957	1958	
1	472	424	- 48	472	424	- 48
2 - 4	552	509	- 43	1 589	1 466	- 123
5 - 9	505	490	- 15	3 399	3 324	- 75
10 - 19	464	456	- 8	6 389	6 112	- 277
20 - 49	419	430	+ 11	13 244	13 399	+ 155
50 - 99	181	209	+ 28	12 469	14 537	+ 2 068
100 - 199	86	95	+ 9	12 171	12 826	+ 655
200 - 499	24	39	+ 15	6 295	10 932	+ 4 637
500 - 999	3	3	-	1 724	1 735	+ 11
1000 und mehr	-	-	-	-	-	-
insgesamt	2 706	2 655	- 51	57 752	64 755	+ 7 003

Ein Vergleich der Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, daß die Tendenz zum größeren Betrieb auch im Bauhauptgewerbe noch eindeutiger geworden ist: 1957 hatte die Betriebszahl in den ersten 3 Größenklassen (Betriebe mit 1 - 9 Beschäftigten) um 112 abgenommen und auch in den Größenklassen 50 - 199 waren 16 Betriebe weniger. 1958 erstreckte sich die Abnahme (- 114 Betriebe) auf die ersten 4 Größenklassen (1 - 19), während alle übrigen (20 und mehr Beschäftigte) um 63 Betriebe zunahmen. Die Beschäftigtenzahl stieg in diesen Größenklassen um 7 526, während sie im Vorjahr um 394 abgenommen hatte.

Beschäftigte

Die Bausaison lief im Jahre 1958 wegen des ständig wechselnden Frost- und Tauwetters nur zögernd an, besonders in der zweiten Februarhälfte zwangen Kälteeinbrüche und Schneefälle vielfach zur völligen Einstellung der Außenarbeiten. Im Zusammenhang damit war die Zahl der Beschäftigten um 25% niedriger als im Februar 1957. Erst im März nahm sie dann um mehr als ein Drittel auf fast 45 000 zu. Obwohl diese Zunahme doppelt so groß war wie im März 1957, blieb die Beschäftigtenzahl dennoch um 12% unter der des Jahres 1957. In den folgenden Monaten setzte sich dann aber die lebhafte Bautätigkeit infolge der guten Auftragslage fort, und zwar in einem solchen Ausmaße, daß nur noch wenige Facharbeiter auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen und im Juli 1958 mit über 64 700 Beschäftigten der Höchststand nicht nur der Bausaison 1958, sondern der Nachkriegszeit überhaupt, erreicht wurde.

Erstmals im August 1958 war die Beschäftigtenzahl etwas niedriger als im Vormonat, lag jedoch noch immer 7% höher als im August 1957. Trotz der Fertigstellung einzelner Bauvorhaben und der Einstellung verschiedener Notstandsmaßnahmen erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten - wenn auch nur ganz unbedeutend - im September nochmals, doch begann die Bausaison im darauf folgenden Monat endgültig auszulaufen. Die Zahl der Beschäftigten nahm im November um 2 100 und im Dezember um weitere 9 100 auf 52 100 ab, obwohl die Witterung in dieser Zeit verhältnismäßig milde war.

Eine Gliederung der Beschäftigten nach ihrer Stellung im Betrieb zeigt, daß sich der Anteil der einzelnen Beschäftigtengruppen gegenüber 1957 nur verhältnismäßig geringfügig verändert hat. Am größten waren die Veränderungen bei den Helfern und Hilfsarbeitern (Zunahme von 35% auf 39%) und bei den gewerblichen Lehrlingen (Rückgang von 11% auf 9%). Der Anteil der kaufmännischen und technischen Angestellten und Lehrlinge betrug - wie auch 1957 - 4% und der der tätigen Inhaber gleichfalls 4% (1957: 5%). Für die Facharbeiter machte der Anteil 44% (1957: 45%) aus.

Tab. 2 Beschäftigte nach Beschäftigtengruppen

Beschäftigtengruppen	Beschäftigte			
	am 31. Juli 1957		am 31. Juli 1958	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Tätige Inhaber und Mitinhaber (auch selbständige Handwerker)	2 949	5	2 879	4
Kaufmännische und technische Angestellte und Lehrlinge	2 277	4	2 570	4
Facharbeiter, Poliere, Schachmeister und Meister	26 094	45	28 382	44
Helfer und Hilfsarbeiter	20 215	35	25 035	39
Gewerbliche Lehrlinge, Umschüler, Aulernlinge und Praktikanten	6 217	11	5 889	9
insgesamt	57 752	100	64 755	100

Arbeitsstunden

Die Zahl der im Juli 1958 geleisteten Arbeitsstunden war bei gleicher Zahl der Arbeitstage mit 11,7 Mio Stunden um 1,4 Mio (+ 14%) höher als im Juli 1957. Dabei stand der Wohnungsbau mit einem Anteil von 43% (5,1 Mio Stunden) an erster Stelle, während der öffentliche und Verkehrsbau nur 40% (4,7 Mio Stunden) erreichte, wobei allerdings bei diesem die Zuwachsrate 27%, beim Wohnungsbau nur 7% ausmachte. Dieses starke Anwachsen des öffentlichen und Verkehrsbaues ist allein auf den Tiefbau (+36%) zurückzuführen, zu dem die Straßen- und Flugplatzbauten sowie Eindeichungsarbeiten gehören. Die Leistungen im Hochbau sind um 4% zurückgegangen.

Tab. 3 Arbeitsstunden nach Bauarten

Bauarten	Geleistete Arbeitsstunden			
	Juli 1957		Juli 1958	
	in 1 000	in %	in 1 000	in %
Wohnungsbau insgesamt	4 733	46	5 060	43
davon				
Neu- und Wiederaufbau	3 559	35	3 958	34
Wiederherstellung, Um-, An- und Erweiterungsbau	561	5	584	5
Reparaturen	613	6	518	4
Landwirtschaftlicher-Bau	773	8	812	7
Gewerblicher und industrieller Bau	1 084	10	1 155	10
Öffentlicher und Verkehrsbau				
insgesamt	3 658	36	4 661	40
davon				
Hochbau	780	8	746	6
Tiefbau	2 878	28	3 915	33
insgesamt	10 248	100	11 688	100

Löhne und Gehälter

Die im Juli 1958 gezahlte Lohnsumme betrug 28,2 Mio DM, das sind 5,4 Mio DM (+ 24%) mehr als im Juli 1957. Diese Steigerung ist nicht allein auf die erhöhte Bauleistung, sondern zu einem Teil auch auf die ab 1. 5. 1958 in Kraft getretenen Lohnerhöhungen zurückzuführen. Seit 1950 ist die Summe der gezahlten Löhne um 184% gestiegen.

An Gehältern wurden 1,5 Mio DM, d. h. 21% mehr gezahlt als im Juli 1957. Die Gehaltssumme hat seit 1950 um 77% zugenommen.

Umsatz

Der für das Kalenderjahr 1957 erfragte baugewerbliche Umsatz betrug 697 Mio DM, das sind um 72 Mio (+ 12%) mehr als der bisherige Höchstwert. Im Jahre 1958 ist nach vorläufiger Berechnung sogar ein Umsatz von über 840 Mio DM erzielt worden, das ist ein neuer Höchstwert, der um 146 Mio (+ 21%) über dem des Jahres 1957 liegt. - Auch die im Juli bzw. im ersten Halbjahr 1958 erzielten Umsätze sind Höchstwerte, wobei der Halbjahresumsatz erstmals die 300 Mio DM-Grenze überschritt. Diese

Ergebnisse sind auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen, die alle in der gleichen Richtung wirkten: So haben die Lohnerhöhungen ab 1. 5. 1958, die gestiegenen Preise für Baumaterialien, aber auch die ungewöhnlich starke Zunahme, besonders der im Straßenbau eingesetzten Geräte und die dadurch erzielten höheren Leistungen zur Umsatzsteigerung beigetragen.

Bei der Gliederung des Umsatzes nach Bauarten zeigen sich gegenüber 1957 einige Veränderungen. So ging der Anteil des Wohnungsbaues im ersten Halbjahr 1958 - verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 1957 - von 45% auf 41% zurück, während der Anteil des öffentlichen und Verkehrsbaues von 38% auf 40% stieg. Der Anteil des landwirtschaftlichen sowie des gewerblichen und industriellen Baues erhöhte sich von 5% auf 6% bzw. von 12% auf 14%.

Tab. 4 Baugewerblicher Umsatz nach Bauarten

Bauarten	Baugewerblicher Umsatz			
	im 1. Halbjahr 1958		im Juli 1958	
	in Mio DM	in %	in Mio DM	in %
Wohnungsbau	126,6	41	34,9	41
Landwirtschaftlicher Bau	17,9	6	5,6	6
Gewerblicher und industrieller Bau	42,2	14	8,7	10
Öffentlicher und Verkehrsbau	123,4	40	36,8	43
insgesamt	310,0	100	86,0	100
darunter für Streitkräfte (einschl. Angaben für die Bundeswehr)	13,2	4	4,6	5

Ausstehende Forderungen

Die am 31. 7. 1958 aus der Zeit vor dem 31. 5. 1958 noch ausstehenden Forderungen beliefen sich auf 54,9 Mio DM, das ist 1% weniger als im Juli 1957. Die gesamten überfälligen Beträge am 31. 12. 1957 waren dagegen um 85,2 Mio DM (+ 13%) größer als zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1957; was mit dem größeren Bauvolumen des Berichtsjahres zusammenhängen dürfte. Die Höhe der am 31. 7. 1958 ausstehenden Forderungen entsprach 64% des Juli-Umsatzes (im Vorjahr 80%); dieser Prozentsatz war in allen Betriebsgrößenklassen niedriger als 1957.

Tab. 5 Ausstehende Forderungen

Betriebe mit Beschäftigten	Ausstehende Forderungen am	
	31. 7. 1957	31. 7. 1958
	in % des jeweiligen Juli-Umsatzes	
1 - 9	106	95
10 - 19	103	98
20 - 49	96	84
50 und mehr	66	50
insgesamt	80	64

Beschäftigte nach Gewerbebezweigen

Bei der Gliederung der Beschäftigten nach Gewerbebezweigen steht der Hoch- und Ingenieurbau

mit einem Anteil von 39% (1957: 41%) der Gesamtbeschäftigten vor dem Hoch-, Tief- und Ingenieurbau mit 23% (1957: 22%) an der Spitze. Tief- und Ingenieurbau (ohne Straßenbau) sind von 14% im Vorjahr auf 17% gestiegen, während die Anteile der übrigen Gewerbebezüge fast unverändert blieben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Betriebe nach ihrer überwiegenden Tätigkeit den einzelnen Gewerbebezügen zugeteilt wurden, da viele von ihnen ihrer Tätigkeit nach mehreren Gewerbebezügen zugehören.

Tab. 6 Beschäftigte nach Gewerbebezügen

Gewerbebezüg	Betriebe	Beschäftigte am 31.7.1958	
		Anzahl	in %
Hoch- und Ingenieurbau	1 175	25 489	39
Tief- und Ingenieurbau (ohne Strassenbau)	192	10 791	17
Strassenbau	109	7 925	12
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	202	14 845	23
Schornstein-, Feuerungs- und Industrie-Ofenbau	13	105	0
Isolierbau	13	240	0
Abbruch	10	56	0
Zimmerei und Ingenieur-Holzbau	575	3 354	5
Dachdeckerei	359	1 886	3
Stukkateur-, Gips-, Verputzer- gewerbe	7	64	0
Insgesamt	2 655	64 755	100

Gerätebestand

Der gesamte Gerätebestand ist im Vergleich zu 1957 - besonders bei den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten - größer geworden. Bei den Betrieben mit 1 - 9 Beschäftigten nahmen jedoch die Bestände der meisten Gerätearten ab. Lediglich die Bauaufzüge, die Lastkraftwagen und die Zugmaschinen bzw. Traktoren waren auch in dieser Größenklasse in größerer Zahl vorhanden als 1957.

Die Zahl der Straßenbaumaschinen für Schwarzdecken nahm beachtlich zu und zeigt die immer weitergehende Mechanisierung im Straßenbau.

Bei manchen größeren Betrieben haben sich diese Bestände mehr als verdoppelt; auch die kleineren Betriebe meldeten bemerkenswerte Zunahmen. Die Betriebe mit 10 - 19 Beschäftigten erhöhten ihren Maschinenbestand von 4 auf 19 Maschinen und die Betriebe mit 20 - 49 Beschäftigten von 37 auf 64.

Die Bestände aller anderen Gerätearten - mit Ausnahme der Turmdrehkräne über 16 m/t und der Schürfwagen - sind gleichfalls mehr oder weniger stark gestiegen, z. B. Lader und Schütter (+ 79%), Stahlrohrgerüste (+ 40%), Verdichtungsmaschinen und Planierdraußen (+ 26% bzw. 24%).

Die wachsende Zahl der Traktoren (+ 10%) und der Lastkraftwagen (+ 7%) läßt darauf schlie-

ßen, daß sich der gleislose Betrieb immer mehr durchsetzt.

Bauindustrie und Bauhandwerk

Von insgesamt 2 655 Betrieben mit 64 755 Beschäftigten gehörten 2 444 Betriebe (92%) mit 43 474 (67%) dem Handwerk und 211 (8%) Betriebe mit 21 281 (33%) der Bauindustrie an. Letztere nahm um 16 Betriebe und 4 151 Beschäftigte zu, während beim Handwerk zwar die Beschäftigtenzahl um 2 852 stieg, die Zahl der Betriebe aber um 67 zurückging.

Tab. 7 Betriebe und Beschäftigte in Bauindustrie und Bauhandwerk

	Am 31. Juli 1957	Am 31. Juli 1958	Veränderung gegenüber 1957	
			absolut	in %
Betriebe insgesamt	2 706	2 655	- 51	- 2
davon				
Industriebetriebe	195	211	+ 16	+ 8
Handwerksbetriebe	2 511	2 444	- 67	- 3
Beschäftigte insgesamt	57 752	64 755	+ 7 003	+ 12
davon in				
Industriebetrieben	17 130	21 281	+ 4 151	+ 24
Handwerksbetrieben	40 622	43 474	+ 2 852	+ 7

Die Entwicklungstendenz der industriellen und handwerklichen Betriebe des Bauhauptgewerbes wird bei einem Vergleich der Anteile der einzelnen Größenklassen für 1958 mit denen des Jahres 1957 deutlich. Danach haben sowohl die Zahl der Betriebe als auch die der Beschäftigten in den Größenklassen 1 - 40 Beschäftigte in Industrie und Handwerk anteilmäßig abgenommen, während der Anteil der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten größer geworden ist.

Tab. 8 Anteil von Industrie und Handwerk an den einzelnen Größenklassen

Betriebe mit ... Beschäftigten	Betriebe			Beschäftigte		
	ins- ges.	und zwar		ins- ges.	und zwar	
		Indu- strie- betriebe	Hand- werks- betriebe		Indu- strie- betriebe	Hand- werks- betriebe
	in %					
1 - 9	54	11	57	8	0	12
10 - 19	17	3	18	9	0	14
20 - 49	16	22	16	21	8	27
50 - 99	8	28	6	22	20	24
100 und mehr	5	36	2	39	72	23
insgesamt	100	100	100	100	100	100

Diese Zuwachsraten sind bei der Bauindustrie größer als beim Handwerk. Gemessen an der Beschäftigtenzahl liegt der Schwerpunkt der Handwerksbetriebe in der Größenklasse 20 bis 49 Beschäftigte, bei der Industrie jedoch in der Größenklasse 100 und mehr Beschäftigte.

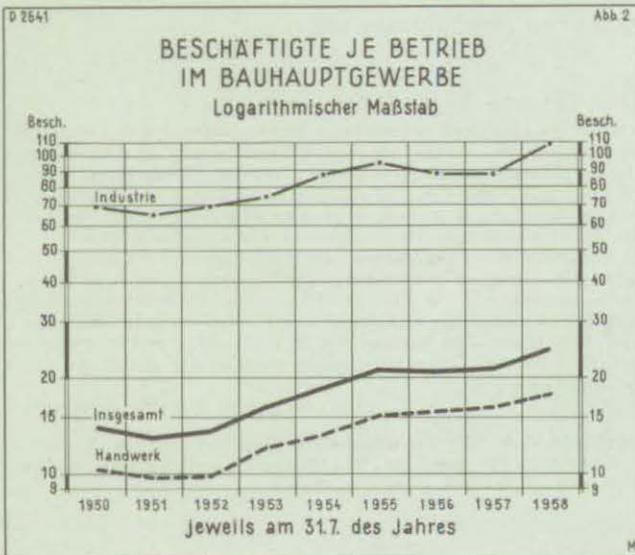
Die durchschnittliche Betriebsgröße (Zahl der Beschäftigten je Betrieb) ist sowohl in der Industrie als auch im Handwerk weiter gestiegen (auf 100,9 bzw. 17,8 Beschäftigte je Betrieb),

wobei die Zunahme bei der Industrie erheblich größer war als beim Handwerk.

Tab. 9 Beschäftigte je Betrieb in Industrie und Handwerk¹

Jahr	Betriebe		Beschäftigte		Beschäftigte je Betrieb	
	Industrie	Handwerk	Industrie	Handwerk	Industrie	Handwerk
1950	201	3 146	13 957	32 868	69	10
1951	194	3 066	12 733	29 660	66	10
1952	191	2 913	13 274	28 477	69	10
1953	194	2 780	14 546	33 259	75	12
1954	199	2 708	17 519	35 875	88	13
1955	204	2 570	19 361	39 186	95	15
1956	201	2 619	17 696	40 726	88	16
1957	195	2 511	17 130	40 622	88	16
1958	211	2 444	21 281	43 474	101	18

1) jeweils am 31. 7.



Weder in der Industrie noch im Handwerk - hier allerdings mit einer Ausnahme - haben sich die Anteile der einzelnen Beschäftigtengruppen an den jeweiligen Gesamtbeschäftigten wesentlich geändert. Nur der Anteil der Helfer und Hilfsarbeiter ist im Handwerk von 26% auf 29% angestiegen.

Absolut haben alle Beschäftigtengruppen - mit Ausnahme der Betriebsinhaber und Lehrlinge -

Tab. 10 Beschäftigte in Bauindustrie und Bauhandwerk nach Beschäftigtengruppen

Beschäftigtengruppen	Beschäftigte am 31.7.1958			
	in Industriebetrieben		in Handwerksbetrieben	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Tätige Inhaber und Mitinhaber (auch selbständige Handwerker)	167	1	2 712	6
Kaufmännische und technische Angestellte und Lehrlinge	1 193	6	1 377	3
Facharbeiter, Poliere, Schachtmeister und Meister	6 918	33	21 464	49
Helfer und Hilfsarbeiter	12 569	59	12 466	29
Gewerbliche Lehrlinge, Umschüler, Anlernlinge u. Praktikanten	434	2	5 455	13
insgesamt	21 281	100	43 474	100

zugenommen. Am stärksten die Gruppe Helfer und Hilfsarbeiter bei der Bauindustrie (+ 2 683 gegenüber + 2 137 beim Handwerk). Besonders auffallend ist die starke Abnahme der Lehrlingszahl (- 321) beim Handwerk (in der Industrie - 7), die u. a. mit dem Hineinwachsen geburtenschwacher Kriegsjahrgänge ins berufsfähige Alter zusammenhängt. Die Zahl der tätigen Inhaber nahm in der Industrie um 4, im Handwerk um 66 ab.

Obwohl in allen Bauarten des Handwerks - mit Ausnahme des gewerblichen und industriellen Baues (- 45 000 Stunden) - die Arbeitsleistung gegenüber 1957 gestiegen ist, liegt der Schwerpunkt des Handwerks mit einem Anteil von 62% der Stunden nach wie vor beim Wohnungsbau. Der Anteil der übrigen Bauarten blieb fast unverändert. Insgesamt wurden im Handwerk 7,5 Mio Stunden geleistet.

Die Bauindustrie leistete 4,1 Mio Stunden, wobei der Schwerpunkt (75%) ihrer Tätigkeit im öffentlichen und Verkehrsbau lag. Auch hier sind die Anteile der einzelnen Bauarten gegenüber dem Vorjahre kaum verändert. Von den 29,6 Mio DM, die im Juli 1958 an Löhnen und Gehältern gezahlt wurden, entfallen 17,9 Mio auf das Bauhandwerk und der Rest auf die Bauindustrie. Die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten betrug im Bauhandwerk 412 DM (1957: 382 DM) und in der Bauindustrie 551 DM (1957: 493 DM). Der Unterschied zwischen beiden ist seit 1957 weiter gewachsen.

Am baugewerblichen Umsatz im Jahre 1957 waren Industrie und Handwerk mit 34% bzw. 66%, im ersten Halbjahr 1958 und im Juli 1958 mit je 39% bzw. 61% beteiligt.

Tab. 11 Anteil am Gesamtumsatz in Bauindustrie und Bauhandwerk

Kalenderjahr	Industrie	Handwerk
	in %	
1951	30	70
1952	32	68
1953	33	67
1954	35	65
1955	35	65
1956	34	66
1957	34	66

Tab. 12 Baugewerblicher Umsatz in Bauindustrie und Bauhandwerk

Zeit	Baugewerblicher Umsatz					
	in der Industrie			im Handwerk		
	ins-ges.	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis		ins-ges.	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis	
	in Mio DM	in %		in Mio DM	in %	
Kalenderjahr 1957	238,8	+ 23,7	+ 11	458,5	+ 48,5	+ 12
1. Halbjahr 1958	121,5	+ 19,5	+ 19	188,6	+ 3,3	- 2
Juli 1958	33,9	+ 8,6	+ 34	52,1	+ 7,9	+ 18

Es fällt jedoch auf, daß im ersten Halbjahr 1958 der baugewerbliche Umsatz der Industrie 19% über, der des Handwerks jedoch 2% unter dem des Jahres 1957 lag. Auch der Umsatzzuwachs im Juli 1958 gegenüber Juli 1957 war im Handwerk niedriger (+ 18%) als in der Bauindustrie (+ 34%). Dies ist im wesentlichen wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die großen Bauvor-

haben überwiegend von Betrieben der Bauindustrie ausgeführt wurden.

Die am 31. Juli 1958 über 8 Wochen ausstehenden Forderungen betragen 54,9 Mio DM. Hiervon entfallen 40,6 Mio DM (74%) auf die handwerklichen Betriebe und 14,2 Mio (26%) auf die industriellen Betriebe. Das bedeutet gegenüber 1957 einen Rückgang der Forderungen beim Bauhandwerk um 3% und eine Zunahme bei der Bauindustrie um 5%.

Tab. 13

Verfügbare Baugeräte in Bauindustrie und Bauhandwerk

Gerätearten	Verfügbare Geräte am 31.7.				Veränderung gegenüber 31.7.1957			
	1957		1958		absolut		in %	
	Indu- strie	Hand- werk	Indu- strie	Hand- werk	Indu- strie	Hand- werk	Indu- strie	Hand- werk
Betonmischer	499	2 423	580	2 630	+ 81	+207	+ 16	+ 9
Turmdrehkräne	33	34	34	41	+ 1	+ 7	+ 3	+ 21
Bauaufzüge	171	1 069	206	1 249	+ 35	+180	+ 20	+ 17
Förderbänder	268	485	282	541	+ 14	+ 56	+ 5	+ 12
Stahlrohrgerüste (in t)	111	127	92	241	- 19	+114	- 17	+ 90
Kompressoren	164	126	170	126	+ 6	-	+ 4	-
Bagger	302	135	339	163	+ 37	+ 28	+ 12	+ 21
Last-(Nutz-) Kraftwagen	397	1 142	413	1 236	+ 16	+ 94	+ 4	+ 8
Zugmaschinen, Traktoren	35	61	36	70	+ 1	+ 9	+ 3	+ 15
Planierdraußen	166	71	197	97	+ 31	+ 26	+ 19	+ 37
Schürfwagen	29	3	19	11	- 10	+ 8	- 34	+267
Lader u. Schüt- ter	30	12	49	26	+ 19	+ 14	+ 63	+117
Strassenbau- maschinen	129	59	241	128	+112	+ 69	+ 87	+117
Strassenwalzen	169	87	167	92	- 2	+ 5	- 1	+ 6
Verdichtungs- maschinen	171	133	229	153	+ 58	+ 20	+ 34	+ 15
Rammen	227	136	218	126	- 9	- 10	- 4	- 7

Sowohl das Handwerk als auch die Industrie haben seit der letzten Totalerhebung ihren Gerätepark vergrößert. Dabei nahmen vor allem die Betonmischer (Industrie: + 81, Handwerk: + 207) zu; aber auch die Straßenbaumaschinen (Industrie: + 112, Handwerk: + 69) hatten einen größeren Bestand als 1957.

Begriffe und Methoden

Bei der im Juli eines jeden Jahres stattfindenden Totalerhebung im Bauhauptgewerbe werden nur die Betriebe des Bauhauptgewerbes (hierzu gehören: Hoch-, Tief- und Ingenieurbau, Zimmerei und Dachdeckerei sowie Brunnen- und Pumpenbau, Schornstein-, Feuerungs-, Industrieofen- und Isolierbau, Abbruchbetriebe und Betriebe des Verputzer-, Stukkateur- und Gipsergewerbes) erfasst, während die Betriebe der Bauinstallation, des Ausbau- und Bauhilfsgewerbes sowie Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros unberücksichtigt bleiben. Insgesamt wurden 2 774 (1957: 2 893) Betriebe zur Berichterstattung aufgefordert, von denen seit der letzten Totalerhebung 113 erloschen sind bzw. ruhten. Die Angaben von 36 (1957: 50) Betrieben mussten geschätzt werden. Diese Schätzungen beeinflussten jedoch das Gesamtergebnis nicht.

Dipl.-Ing. Erich Hirschbrich/Hennig

Vergleiche auch: "Die Bauwirtschaft im Jahre 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 138 (Juni) und "Das Bauhauptgewerbe im Jahr 1958" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 86 (Februar)

Statistik des Lastenausgleichs 1957 und 1958

- Von Ministerialrat Dr. Werner Wragge, Kiel -

Über die Durchführung der Lastenausgleichsgesetze in Schleswig-Holstein ist in den Statistischen Monatsheften bereits im Oktober 1955 (7. Jahrgang Heft 10) und im November 1957 (9. Jahrgang Heft 11) berichtet worden. Der Bericht vom November 1957 schloss ab mit dem Stand der Durchführung der Lastenausgleichsgesetze in Schleswig-Holstein am 31. 3. 1957 - also mit dem Ende des Rechnungsjahres 1956. Der heutige Bericht soll den Bericht vom November 1957 fortsetzen, nachdem die Abschlusszahlen für den 31. 3. 1958 und für den 31. 3. 1959 nunmehr vorliegen.

In den abgelaufenen beiden Jahren ist in zunehmendem Maße eine Änderung bei den Leistungen aus dem Ausgleichsfonds insoweit eingetreten, als die Auszahlung der Hauptentschädigung allmählich einen immer größeren Raum einnimmt. Demgegenüber treten die Bewilligungen für Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft sowie die Ausbildungshilfe, die Heimförderung, die Leistungen aus dem Währungsausgleichsgesetz und dem Altsparengesetz

immer weiter zurück. Die Nachfrage nach Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau ist nach wie vor außerordentlich stark. Die Hausratenschädigung ist in den beiden letzten Jahren in annähernd gleichbleibendem Tempo weiter ausbezahlt worden. Diese Auszahlungen werden auch im Rechnungsjahr 1959 in dem bisherigen Umfang weiterlaufen.

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds ab 1. 4. 1957

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Ausgleichsfonds in Schleswig-Holstein geben die Tab. 1 und 2 wieder.

In Tabelle 2 sind auch die Beträge enthalten, die die Ausgleichsbehörden in Schleswig-Holstein aus dem Härtefonds und auf Grund des Kriegsfangenenentschädigungsgesetzes (KgfEG) und

des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) bewilligt haben. Es handelt sich im einzelnen um folgende Beträge:

in 1 000 DM

a) aus dem Härtefonds	
Beihilfen zum Lebensunterhalt	3 235
Hausratentschädigung	15 441
Ausbildungshilfe	3 437
Darlehen: Gewerbliche Wirtschaft	8 507
Förderung der Landwirtschaft	7 122
Förderung des Wohnungsbaues	13 555
	<u>51 297</u>
b) aus KgfEG-Mitteln	
Beihilfen für Hausrat	4 640
Aufbaudarlehen gewerbliche Wirtschaft	2 114
Aufbaudarlehen Landwirtschaft	1 115
Aufbaudarlehen Wohnungsbau	3 433
	<u>11 302¹</u>
c) aus AKG-Mitteln	
Aufbaudarlehen gewerbliche Wirtschaft	15 ¹

1) Diese Beträge sind nicht aus dem Ausgleichsfonds geleistet worden, sondern aus dem Bundeshaushalt (80 %) und dem Landeshaushalt (20 %).

Zu den einzelnen Positionen der Einnahmen (s. Tab. 1) ist folgendes zu bemerken:

Das Aufkommen aus der Hypothekengewinnabgabe hatte im Rechnungsjahr 1955 den Höchststand von 45,8 Mio DM in Schleswig-Holstein erreicht. Dieses hohe Aufkommen war weitgehend durch den vom Gesetzgeber geschaffenen Bonus für vorzeitige Zahlung der Hypothekengewinnabgabe beeinflusst. Seit dem Rechnungsjahr 1956 ist die Hypothekengewinnabgabe - wie vom Gesetzgeber auch einkalkuliert war - rückläufig. Sie wird auch rückläufig bleiben.

Das Aufkommen aus der Vermögensabgabe stieg bis zum Rechnungsjahr 1955 - ebenfalls durch den Bonus beeinflusst - in Schleswig-Holstein auf 61,5 Mio DM. Es ging dann im Rechnungsjahr 1956 auf 44,5 Mio DM und im Rechnungsjahr 1957 auf 40,9 Mio DM zurück. Das erneute Ansteigen im Rechnungsjahr 1958 auf 42,5 Mio DM ist darauf zurückzuführen, daß früher aufgelaufene Rückstände infolge der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage nunmehr zur Zahlung gekommen sind. Die Vermögensabgabe dürfte in Zukunft keinen wesentlichen Schwankungen unterliegen.

Tab. 1 Die Einnahmen des Soforthilfe- und des Lastenausgleichsfonds in Schleswig-Holstein

Einnahmeart	1.8.1949 bis 31.3.1957	Rechnungsjahr		Stand 31.3.1959
		1957	1958	
in Mio DM				
Hypothekengewinnabgabe	271,4	20,8	19,8	312,0
Vermögensabgabe	447,8	41,0	42,5	531,3
Kreditgewinnabgabe	4,5	2,4	2,4	9,3
Abgeführte Vermögensteuer	47,1	12,0	10,8	69,9
Zuschuss des Landes zur Unterhaltshilfe	31,0	6,5	6,7	44,2
Insgesamt	801,8	82,7	82,2	966,7

Bei der Kreditgewinnabgabe ist das Aufkommen von Jahr zu Jahr gestiegen. Diese ständige Zunahme dürfte darin begründet sein, daß infolge der günstigen Liquiditätsverhältnisse etliche Betriebe die noch ausstehende Kreditgewinnabgabe im voraus abgelöst oder andere schon fällig gewesene Abgaberückstände jetzt abgetragen haben.

Das vom Land abzuführende Vermögensteuer-aufkommen und der Zuschuß des Landes zur Unterhaltshilfe hatte im Rechnungsjahr 1958 mit 18,0 Mio DM bzw. 8,9 Mio DM den höchsten Stand erreicht. Durch das 8. ÄndG LAG ist dann vom Rechnungsjahr 1957 an eine günstigere Lage für die Länder geschaffen worden, die sich auch in Zukunft fortsetzen wird.

Der Landeshaushalt hat zur Finanzierung des Ausgleichsfonds bisher insgesamt 114 Mio DM beigetragen.

Über die in Tabelle 2 aufgeführten Leistungen an die Geschädigten ist folgendes zu berichten:

Mit der Erfüllung der Hauptentschädigung konnte erst nach Inkrafttreten des 8. ÄndG LAG im Sommer 1957 begonnen werden. Die Auszahlungen für die Hauptentschädigung werden in jedem Jahr einen immer größeren Umfang einnehmen. Diese Auszahlungen stellen an die Verwaltung ganz besonders schwere Anforderungen.

Die Auszahlungen der Kriegsschadenrente sind in Schleswig-Holstein von Jahr zu Jahr angestiegen, obwohl ein nicht unerheblicher Teil der Kriegsschadenrentenempfänger inzwischen bereits verstorben ist und nur noch eine verhältnismäßig geringe Anzahl neuer Fälle von Kriegsschadenrente zu erwarten ist. Die Gründe für die Zunahme des ausgezahlten Betrages liegen einmal in der Erhöhung der Sätze für Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente, zum anderen

Tab. 2 Die Leistungen des Soforthilfe- und des Lastenausgleichsfonds in Schleswig-Holstein

Ausgabenart	1.8.1949 bis 31.3.1957	Rechnungsjahr		Stand 31.3.1959
		1957	1958	
in Mio DM				
Hauptentschädigung	-	8,9	18,0	26,9
Kriegsschadenrente	508,0	74,0	88,4	670,4
Hausratentschädigung	318,9	62,6	62,0	443,5
Ausbildungshilfe	58,4	7,3	5,5	71,1
Heimförderung	12,0	0,6	0,5	13,1
Aufbaudarlehen gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe	103,7	7,2	5,9	116,8
Dauerarbeitsplatzdarlehen	23,5	-	-	23,5
Aufbaudarlehen L andwirt- schaft	200,2	26,1	10,0	236,3
Wohnungsbauförderung	493,3	38,7	50,2	582,3
Währungsausgleich für Vertriebene	58,9	0,8	0,8	60,5
Altsparentscheidung	30,0	0,7	0,5	31,3
Insgesamt	1 807,0	226,8	241,7	2 275,7

aber insbesondere in den hohen Nachzahlungsbeträgen für die Geschädigten. Die Zahlungen für die Entschädigungsrente (die ein Teil der Kriegsschadenrente ist) liegen in Schleswig-Holstein, verglichen mit den übrigen Ländern des Bundesgebietes, am höchsten. Die Ursache hierfür ist, daß in Schleswig-Holstein trotz der Umsiedlung in sehr großem Umfange Vertriebene geblieben sind, die Kriegsschadenrente wegen ihres hohen Alters beziehen.

Die Auszahlungen für die Hausratenschädigung haben sich in den einzelnen Jahren ungleichmäßig entwickelt. Sie hatten im Rechnungsjahr 1953 ihren Höchststand mit 79,2 Mio DM erreicht. Im Rechnungsjahr 1956 konnten nur 31,0 Mio DM in Schleswig-Holstein für die Auszahlung der Hausratenschädigung erreicht werden, weil eine rechtzeitige Herabsetzung der aufgerufenen Punktzahl¹ wegen des Arbeitsrückstandes in den anderen Ländern nicht möglich war. In den Rechnungsjahren 1957 und 1958 waren die Auszahlungen mit rund 62 Mio DM fast gleich hoch. Es kann damit gerechnet werden, daß sie auch im Rechnungsjahr 1959 annähernd gleich sein werden. Nach dem Rechnungsjahr 1959 werden die Auszahlungen für die Hausratenschädigung stark absinken, weil dann nur noch verhältnismäßig wenig unerledigte Fälle (4%) vorliegen werden. Eine Arbeitsentlastung bei den Ausgleichsbehörden wird auf dem Gebiete der Hausratenschädigung aber auch nach dem Rechnungsjahr 1959 zunächst nicht eintreten, weil die Bearbeitung der Aufstockungsbeträge, die wegen hoher Einkommens- oder Vermögensverluste gewährt werden, erst zu einem geringen Teil abgewickelt worden sind.

Die Ausbildungshilfe ist seit dem Rechnungsjahr 1953 (11,3 Mio DM) rückläufig. Die Gründe hierfür sind darin zu sehen, daß allmählich eine wirtschaftliche Besserstellung der Geschädigten eingetreten ist, die es ihnen erlaubt, die Ausbildungskosten für ihre Kinder selbst zu tragen. Es kann damit gerechnet werden, daß die Auszahlungen für die Ausbildungshilfe in Zukunft jährlich immer mehr zurückgehen.

Obwohl schon lange die Absicht bestand, keine weiteren Mittel für die Heimförderung (gem. § 302 LAG) aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung zu stellen, hat sich der Kontrollauschuß beim Bundesausgleichsamt in den Rechnungsjahren 1957, 1958 und 1959 immer wieder entschlossen, hierfür weitere Mittel bereitzustellen. Nunmehr dürfte jedoch der dringendste Bedarf gedeckt sein, so daß mit weiteren Mitteln nicht zu rechnen ist.

¹) Mittels eines Punktzahlensystems sind die Antragsteller von Hausratenschädigung nach bestimmten sozialen Tatbeständen gegliedert; zuerst werden diejenigen mit hoher Punktzahl befriedigt

Die Gewährung von Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe hat im Rechnungsjahr 1953 mit 20,1 Mio DM ihren Höchststand erreicht. Obwohl in allen Rechnungsjahren ausreichende Mittel hierfür zur Verfügung standen, sind die Mittel jeweils nicht verbraucht worden. Die Bewilligung von Aufbaudarlehen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe wird künftig weiterhin rückläufig sein, da geeignete Anträge in immer geringerem Maße eingereicht werden. Die Entscheidung über die Anträge ist allmählich leichter geworden, da die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Branchen besser überblickt werden kann.

Zur Förderung der Landwirtschaft sind aus dem Ausgleichsfonds auf Grund des Bundesvertriebenengesetzes bis zum Rechnungsjahr 1957 jährlich 100 Mio DM zur Verfügung gestellt worden. Darüber hinaus standen und stehen auch in Zukunft Mittel für Aufbaudarlehen zur Verfügung. Die Mittel können eingesetzt werden zur Schaffung von Vollbauernstellen, Anbauernstellen und Nebenerwerbsstellen. Da von vornherein zu übersehen war, daß bei weitem nicht allen geschädigten Landwirten Vollbauernstellen zur Verfügung gestellt werden können, sind in Schleswig-Holstein in großem Umfange Nebenerwerbsstellen gefördert worden. Durch den Wegfall der bereits erwähnten 100 Mio DM im Rechnungsjahr 1958 sind die Darlehensgewährungen aus dem Fonds zur Förderung der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein von rund 26 Mio DM im Rechnungsjahr 1957 auf 10 Mio DM im Rechnungsjahr 1958 zurückgegangen. Der Ausfall ist durch Bundes- und Landesmittel ersetzt worden. Mit einem weiteren erheblichen Rückgang der Aufbaudarlehen Landwirtschaft braucht in den nächsten beiden Jahren trotz der im Gesetz vorgesehenen Degression noch nicht gerechnet zu werden.

Die Förderung des Wohnungsbaues mit Mitteln des Soforthilfefonds und des Ausgleichsfonds war in Schleswig-Holstein stets von ganz besonderer Bedeutung. Bis zum Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes am 1.9.1952 hatte Schleswig-Holstein bereits 215 Mio DM für den Wohnungsbau aus dem Soforthilfefonds erhalten. Die Wohnungsbaufinanzierung der Rechnungsjahre 1949 bis 1953 ist in Schleswig-Holstein weitgehend mit Mitteln des Soforthilfefonds durchgeführt worden. Durch diese hohen Zuweisungen aus dem Soforthilfefonds konnte der Wohnungsbau für die Geschädigten im Lande Schleswig-Holstein relativ schnell gefördert werden. Dies hat sich später leider ungünstig bei der weiteren Verteilung der Bundesmittel und Lastenausgleichsmittel an das Land Schleswig-Holstein ausgewirkt. Die Zuweisungen zur

Förderung des Wohnungsbaues aus dem Ausgleichsfonds bewegten sich in den Rechnungsjahren 1953 bis 1956 zwischen 53,4 und 60,7 Mio DM. Es war damals schon vorauszusehen, daß im Rechnungsjahr 1957 wegen der im Gesetz vorgesehenen Degression der Mittel außerordentliche Schwierigkeiten in Schleswig-Holstein auftreten würden. Um diese Schwierigkeiten zu beseitigen, hat das Land Schleswig-Holstein aus dem Landeshaushalt 13 Mio DM als Ersatz für fehlende Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln konnten die im Rechnungsjahr 1957 aufgetretenen Schwierigkeiten überwunden werden. Durch eine Sonderzuteilung im Rechnungsjahr 1959 in Höhe von 10 Mio DM an das Land Schleswig-Holstein ist zur Zeit für das Rechnungsjahr 1959 mit weiteren Schwierigkeiten nicht zu rechnen. Ob nach dem Rechnungsjahr 1959 die infolge der gesetzlichen Degression ständig geringer werdenden Zuteilungen ausreichen werden, wird weitgehend davon abhängen, wie weit es gelingt, die Geschädigten bis zum Ende des Rechnungsjahres 1959 wohnraummäßig wieder einzugliedern. Die Zuteilung der Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues an das Land Schleswig-Holstein wird auch in Zukunft von sehr erheblicher Bedeutung sein.

Für den Währungsausgleich der Vertriebenen und an Altsparerentschädigung sind bisher in Schleswig-Holstein rund 91,7 Mio DM zur Auszahlung gelangt. Hiervon entfallen allein rund 83,8 Mio DM auf die Rechnungsjahre 1952 bis 1954. Danach waren die Auszahlungen nur noch gering. Dies ist darauf zurückzuführen, daß mit dem Ende des Rechnungsjahres 1954 die vorgelegten Anträge in der Hauptmasse erledigt waren. Auf Grund verschiedener Gesetzesänderungen sind zwar im Laufe der letzten Jahre weitere Antragsmöglichkeiten geschaffen worden, die Auswirkungen hiervon sind jedoch finanziell gering.

Stand der Schadensfeststellung

Voraussetzung für die Zuerkennung der Hauptentschädigung, für die Gewährung der Entschädigungsrente und in zahlreichen Fällen der Aufstockung der Hausratentschädigung ist die Schadensfeststellung. Die Ausgleichsbehörden des Landes Schleswig-Holstein haben daher alles versucht, um die Schadensfeststellung soweit als irgend möglich voranzutreiben. Der größte Teil der Schadensfeststellungsanträge konnte mehrere Jahre nicht bearbeitet werden, da die hierfür erforderlichen Rechtsverordnungen nicht vorlagen. Der Gesetzgeber hat inzwischen die meisten Rechtsverordnungen erlassen. Es fehlen noch die Rechtsverordnungen für das gärtnerische Vermögen und das Fischereivermögen. Obwohl die Schadensfest-

stellung für die Vertriebenen im allgemeinen schwieriger ist als die der Kriegssachgeschädigten, weil die Vertriebenen in der Regel über keine oder nur unzureichende Unterlagen verfügen, ist es den Ausgleichsbehörden in Schleswig-Holstein gelungen, die Schadensfeststellung weitgehend voranzutreiben, wie sich aus Tab. 3 ergibt.

Tab. 3
Eingereichte Anträge auf Feststellung von Vermögensschäden

Land	Anträge insgesamt	davon erledigt	
		in 1 000	in %
Baden-Württemberg	593	263	44,3
Bayern	921	375	40,7
Berlin	234	136	58,1
Bremen	80	32	39,7
Hamburg	171	84	49,2
Hessen	469	210	44,7
Niedersachsen	700	386	55,1
Nordrhein-Westfalen	1 150	684	59,5
Rheinland-Pfalz	231	123	53,5
Schleswig-Holstein	305	206	67,5
Insgesamt	4 853	2 498	51,5

Der relativ günstige Stand der Schadensfeststellung im Lande Schleswig-Holstein darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß über die schwierigsten Fälle bisher entweder nur durch Teilbescheid oder überhaupt noch nicht entschieden worden ist. Die zu erwartenden Arbeiten werden also noch einen recht großen Umfang einnehmen.

Die Bearbeitung der Schadensfeststellung für die Vertriebenen ist nur durch den Einsatz der Heimatauskunftstellen möglich. Sie sind in die Schadensfeststellung des landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Vermögens, sowie des Grundvermögens systematisch eingeschaltet worden. Bei Verlusten an Betriebsvermögen werden die Heimatauskunftstellen in vielen Fällen um ein Gutachten seitens der Ausgleichsbehörden gebeten. Vereinzelt geschieht dies auch bei Hausratverlusten und Verlusten des Berufsvermögens.

Die Heimatauskunftstellen in Lübeck, die dem Landesausgleichsamt Kiel unterstellt sind, haben die Arbeiten für das landwirtschaftliche Vermögen im wesentlichen abgeschlossen. Die Arbeiten für das forstwirtschaftliche Vermögen werden bis zum Ende des Rechnungsjahres 1959 annähernd beendet sein. Das Grundvermögen ist jedoch erst in Höhe von 65% der vorliegenden Fälle erledigt. Bis zum 31. 3. 1959 haben die Heimatauskunftstellen in Lübeck 76 484 Gutachten erstattet.

Ausblick

Die Leistungen aus dem Ausgleichsfonds im Lande Schleswig-Holstein haben in den einzelnen

Rechnungsjahren betragen (in Mio DM):

1953:	302,1	1956:	253,2
1954:	291,3	1957:	226,8
1955:	222,0	1958:	241,7

Die Beträge, die aus dem Ausgleichsfonds dem Lande Schleswig-Holstein zugeflossen sind, sind also beachtlich und werden dies auch in Zukunft sein. Je schneller es möglich sein wird, die Hauptentschädigung zu erfüllen, um so größer werden die Mittel sein, die in den nächsten Jahren in das Land Schleswig-Holstein an die

Geschädigten fließen. Stellt man die Leistungen aus dem Ausgleichsfonds an die Geschädigten im Land Schleswig-Holstein in Höhe von 2 276 Mio DM den Leistungen aus dem Lande Schleswig-Holstein an den Ausgleichsfonds in Höhe von 967 Mio DM gegenüber, so ergibt sich, daß 1 309 Mio DM zusätzliche Mittel in das Land Schleswig-Holstein hineingeflossen sind.

Vergleiche auch: "Die Durchführung der Lastenausgleichsgesetze" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 349 (November)

Kurzberichte

Ansteckende Krankheiten (ohne Tuberkulose) in den Jahren 1957 und 1958

Die Gesundheitsämter des Landes Schleswig-Holstein meldeten im Jahre 1958 4 009 anzeigepflichtige Krankheiten (ohne Tuberkulose). Gegenüber dem Jahre 1957 hat sich diese Gesamtzahl trotz zum Teil nennenswerter Unterschiede bei einzelnen Krankheiten so gut wie nicht verändert.

Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten (ohne Tuberkulose) 1957 und 1958

Meldepflichtige Krankheit	Neuerkrankungen			
	1957		1958	
	Anzahl	auf 10 000 der Bevölkerung	Anzahl	auf 10 000 der Bevölkerung
Diphtherie	108	0,5	30	0,1
Scharlach	1 608	7,1	1 350	6,0
Keuchhusten	1 529	6,8	1 994	8,8
Übertragbare Genickstarre	25	0,1	26	0,1
Übertragbare Gehirnentzündung	3	0,0	5	0,0
Kinderlähmung	131	0,6	102	0,4
Unterleibstypus	133	0,6	89	0,4
Paratyphus	187	0,8	162	0,7
Ruhr	89	0,4	61	0,3
Bakterielle Lebensmittelvergiftung	86	0,4	104	0,5
Kindbettfieber	2	0,0	1	0,0
Bang'sche Krankheit	30	0,1	35	0,2
Weil'sche Krankheit	17	0,1	5	0,0
Bissverletzungen durch tollwutverdächtige Tiere	2	0,0	5	0,0
Tularämie	7	0,0	27	0,1
Trachom	4	0,0	1	0,0
Milzbrand	3	0,0	5	0,0
Papageienkrankheit	18	0,1	6	0,0
Liptospirose	-	-	1	0,0

84% - im Vorjahr 81,5% - der gemeldeten Erkrankungen entfielen auf die vorwiegend im Spiel- und Schulalter auftretenden Infektionskrankheiten Diphtherie, Scharlach und Keuchhusten. Bei Diphtherie und Scharlach

hat sich die seit Jahren festgestellte rückläufige Tendenz auch im Jahre 1958 durch einen weiteren Rückgang um 78 Erkrankungen (-72%) bei Diphtherie und 258 (-16%) bei Scharlach fortgesetzt. Dagegen gab es im Jahre 1958 um 465 (+30%) mehr Erkrankungen an Keuchhusten. Die Erkrankungen an Kinderlähmung waren im Jahre 1958 um 29 geringer als 1957.



Der stärkste Rückgang zeigt sich bei der Zahl der Neuerkrankungen an Diphtherie. Dieses ist im wesentlichen auf die in der Nachkriegszeit durchgeführten Diphtherie-Schutzimpfungen zurückzuführen.

Mehr als die Hälfte der im Jahre 1958 gemeldeten Erkrankungen an Keuchhusten traten in den Monaten Oktober bis Dezember auf. Im Oktober allein wurden 441 Erkrankungen

(= 22% aller Fälle im Jahr) gemeldet. Je 10 000 Einwohner gab es 1958 in Schleswig-Holstein 8,8 Erkrankungen. Regional betrachtet entfiel mit zwei Fünfteln aller Erkrankungen an Keuchhusten ein relativ großer Anteil auf die Kreisfreien Städte. Innerhalb dieser Städte hatte Flensburg mit 19,4 die höchste Erkrankungsziffer. Unter den Landkreisen war die Erkrankungsziffer in Segeberg mit 26,5 am höchsten, gefolgt von Eiderstedt mit 23,2, Hzgt. Lauenburg 13,9, Rendsburg 12,4 und Oldenburg 12,2. In allen anderen Landkreisen kamen weniger als 10 Erkrankungen auf 10 000 der Bevölkerung. Bei den Erkrankungen an Diphtherie und Scharlach waren jahreszeitliche Schwankungen nicht festzustellen.

Auch im Jahre 1958 ging die Zahl der Erkrankungen an Kinderlähmung auf 102 weiter zurück (1957: 131). Die Erkrankungen traten vorwiegend vom Monat August an auf, am stärksten in den Monaten September und Oktober, die in der Regel die Monate mit den häufigsten Erkrankungen sind.

Von den weiter gemeldeten Infektionskrankheiten ist noch die Ruhr zu erwähnen, von deren insgesamt 61 Erkrankungen allein 35 auf die Stadt Lübeck entfielen. Paratyphus trat mit 5,1 Fällen je 10 000 Einwohner auffallend stark im Kreis Süderdithmarschen auf (Landesdurchschnitt 0,7).

Im Jahre 1958 wurden 27 Fälle (Vorjahr 7) von Erkrankungen an Tularämie gemeldet. Diese Erkrankung, die in Schleswig-Holstein erstmals im Winter 1950/51 auftrat, wurde im Jahre 1951 mit 107 Fällen gemeldet. In den folgenden Jahren war die Zahl der Erkrankungen ganz gering. Nach einer anlässlich des Wiederauftretens der Tularämie in Eiderstedt durchgeführten Untersuchung handelt es sich bei dieser Erkrankung um eine Seuche, die durch Feldhasen auf den Menschen übertragen wird.

Kli.

Vergleiche auch: "Ansteckende Krankheiten im Jahre 1956 und 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 125 (Mai)

Die Pflanzenbestände in den Baumschulen 1958¹

In den Baumschulen Schleswig-Holsteins gab es im Herbst 1958 mehr verkaufsfertige Baumschulerzeugnisse - ohne Berücksichtigung der verkaufsfertigen Unterlagen - als 2 Jahre zuvor. Während weniger Obstgehölze² zur Verfügung standen, übertraf der verkaufsfertige Ziergehölzbestand denjenigen von 1956 um 60%. Damit nahm die Ziergehölzanzucht noch mehr

zu als schon in den Jahren zuvor. Rosen waren in den Baumschulen 1958 nur wenig mehr verkaufsfertig als 1956.

Die 1958 im Lande Schleswig-Holstein vorhandenen verkaufsfertigen Obstgehölze haben unter Einschluß des Beerenobstes gegenüber 1956 zwar um fast ein Viertel zugenommen; diese Zunahme ist jedoch nur auf die vermehrte Produktion von Beerenobst zurückzuführen. Das Kern-, Stein- und Schalenobst hat, insgesamt gesehen, weiterhin abgenommen. Diese Abnahme ist beim Steinobst schon wesentlich kleiner als die 1956 festgestellte. Beim Kernobst beträgt sie aber immerhin noch 26%.

Aufgeschulte und veredelte (noch nicht verkaufsfertige) Obstgehölze waren 1958 um gut ein Zehntel weniger vorhanden als 1956. Während das Kernobst - mit Ausnahme der Quitten auf Weißdorn - schon wieder eine Zunahme zu verzeichnen hat, ist der Rückgang beim Steinobst - mit Ausnahme der Sauerkirschen - besonders groß. Bei den im Herbst fertigen Unterlagen für den Verkauf oder zur eigenen Anzucht von Kern-, Stein-, Schalen- und Beerenobst tritt die bereits 1956 festgestellte leichte Zunahme 1958 wesentlich stärker in Erscheinung.

Bei den verkaufsfertigen Ziergehölzen hatte sich vor allem die Zahl der Jungbäume erhöht. Doch gab es 1958 auch rund 80% mehr laubabwerfende Ziersträucher als 1956. Außerdem waren bis 1958 wesentlich mehr Schling- und Kletterpflanzen herangezogen worden. Dagegen haben sich die Bestandsgrößen der Rhododendren und Freilandazaleen nur unwesentlich verändert.

Insgesamt waren 1958 auch nur geringfügig mehr Rosen verkaufsfertig als 1956. Während nämlich rund 10% mehr Rosenstämme und Buschrosen herangezogen worden waren, umfaßten die verkaufsfertigen Bestände der Polyanthen 5% und der Kletter- sowie Parkrosen sogar 12% weniger Pflanzen als 1956. Die 1958 aufgeschulten und noch nicht verkaufsfertigen Rosenbestände sind infolge mangelnder Arbeitskräfte sehr stark zurückgegangen. Im Herbst 1958 standen den Baumschulen rund 35,8 Mio Rosenunterlagen zum Verkauf oder zur eigenen Anzucht zur Verfügung.

Die Zahl der Betriebe mit Hochbaumschulerzeugnissen hat weiterhin leicht zugenommen:

1954:	634
1956:	644
1958:	669

Von diesen Betrieben lagen 1958 rund 80% (540) im Kreis Pinneberg. Der Anteil des Kreises Pinneberg an der schleswig-holsteinischen Produktion von Hochbaumschulerzeugnissen insgesamt war jedoch noch größer. Es wurden

1) ohne Forstpflanzen, einschl. Pappeln; Stand: Anfang August

2) ohne Beerenobst

Pflanzenbestände in den Baumschulen 1956 und 1958

Pflanzenart	1956	1958 ¹		1958 ²	
	in 1 000 Stück	Veränderung gegenüber 1956 in %	in 1 000 Stück	Pinneberg in % der Landes-summe	
A. Obstgehölze					
I. Im Herbst verkaufsfertig	2 005	2 456 ^a	+ 23	2 456 ^a	79
davon					
Kernobst	549	406	- 26	406	79
Stein- und Schalenobst	279	256	- 8	256	80
Beerenobst	1 177	1 795 ^a	+ 52	1 795 ^a	79
II. Aufgeschult und veredelt, noch nicht verkaufsfertig	1 128 ^b	1 009	- 11	3 513 ^c	80
davon					
Kernobst	722	695	- 4	1 192	79
Stein- und Schalenobst	406	314	- 23	594	77
Beerenobst	.	.	.	1 727 ^c	83
III. Im Herbst fertige Unterlagen zum Verkauf oder zur eigenen Anzucht	6 011	9 891	+ 65	9 891	97
davon					
Kernobst	3 192	4 696	+ 47	4 696	95
Stein- und Schalenobst	2 562	4 914	+ 92	4 914	99
Beerenobst	257	281	+ 9	281	87
Obstgehölze insgesamt	9 144 ^b	13 356 ^a	+ 46	15 861	90
B. Ziergehölze					
I. Im Herbst verkaufsfertig	15 865	25 401	+ 60	25 401	84
II. Aufgeschult und veredelt, noch nicht verkaufsfertig	.	.	.	5 185	88
Ziergehölze insgesamt	15 865	25 401	+ 60	30 586	85
C. Rosen					
I. Im Herbst verkaufsfertig	10 848	10 944	+ 1	10 944	87
II. Aufgeschult und veredelt, noch nicht verkaufsfertig	23 835	14 516	- 39	14 516	86
III. Im Herbst fertige Unterlagen zum Verkauf oder zur eigenen Anzucht	.	.	.	35 785	96
Rosen insgesamt	34 683	25 460	- 27	61 245	92

1) Nur solche Pflanzenarten und Altersgruppen, die 1956 in die Erhebung einbezogen waren 2) alle Pflanzenarten und Altersgruppen, die 1958 erhoben wurden a) ohne einjährige Johannis- und Stachelbeerpflanzen, die zum geringen Teil schon verkaufsfertig sind b) ohne 250 140 Stück Ribesstämme c) einschl. einjähriger Johannis- und Stachelbeerpflanzen, die zum geringen Teil schon verkaufsfertig sind

dort 90% der Obstgehölze, 85% der Ziergehölze und 92% der Rosen produziert.

lung brachte jedoch einige Schwierigkeiten in der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen früherer Jahre mit sich, auf die in der Tabelle durch Fussnoten hingewiesen wird.

Ba.

Begriffe und Methoden

Bei der Zählung 1958 sollten die in den früheren Jahren festgestellten Schwierigkeiten durch eine Abstimmung der Fragen auf Entwicklungsstadien und Altersstufen der Bestände beseitigt werden. Diese Umstel-

Vergleiche auch: "Die Pflanzenbestände in den Baumschulen 1956" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 191 (Juni) und "Die Pflanzenbestände in Baumschulen" in Wirtschaft und Statistik 1958, S. 661 (Dezember).

Berichtigung

Zu Heft 8/1959, Seite 197

In der Abbildung 4 des Aufsatzes "Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft, Teil 3" ist ein Zeichenfehler unterlaufen. Bei den weiblichen Angestellten läuft die gepunktete Linie (Leistungsgruppe IV) am Ende nicht so weit nach unten, sondern auf den Wert 118 für die 60 - 65-Jährigen.

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Junl	JulI	Aug.	MaI	Junl	JulI	Aug.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 598	2 269	2 269	2 270	2 273	2 284
darunter Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	639	639	640	640	642
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28
Zugewanderte ²⁾										
*Anzahl	1000	134 ^a	143	143	143	144	148
in % der Wohnbevölkerung		5	6	6	6	6	6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*Anzahl		2 078	1 654	1 416	1 844	3 867	2 212	1 572
*auf 1 000 der Bevölk. u.1 Jahr		9,6	8,8	7,6	9,6	20,1	11,4	8,4
Lebendgeborene ⁴⁾										
*Anzahl		3 448	2 867	2 719	2 665	2 747	3 190	3 073
*auf 1 000 der Bevölk. u.1 Jahr		15,9	15,2	14,6	13,8	14,2	16,5	16,4
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
insgesamt		2 059	2 173	2 029	1 926	1 880	2 150	2 093
*Anzahl		2 059	2 173	2 029	1 926	1 880	2 150	2 093
*auf 1 000 der Bevölk. u.1 Jahr		9,5	11,5	10,9	10,0	9,8	11,1	11,1
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	93	99	80	82	119	112
*auf 100 Lebendgeborene		5,0	3,3	3,6	3,0	3,0	3,7	3,6
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben		+ 1 389	+ 694	+ 690	+ 739	+ 867	+ 1 040	+ 980
*auf 1 000 der Bevölk. u.1 Jahr		+ 6,4	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,5	+ 5,4	+ 5,2
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 523	5 969	5 947	7 304	6 769
darunter Vertriebene		2 173	1 823	1 609	1 782	2 001	1 533
Zugewanderte		.	903	660	1 062	1 095	1 185
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 263	5 614	5 312	5 549	5 496
darunter Vertriebene		9 662	1 837	1 808	1 616	1 709	1 641
Zugewanderte		.	657	450	625	681	657
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		- 8 961	+ 260	+ 355	+ 635	+ 1 755	+ 1 273
darunter Vertriebene		- 7 489	- 14	- 199	+ 166	+ 292	- 108
Zugewanderte		.	+ 246	+ 210	+ 437	+ 414	+ 528
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	9 666	7 935	7 715	8 370	10 600
Wanderungsfälle ⁶⁾										
insgesamt		31 221	22 452	19 518	18 974	21 223	22 865
Anzahl auf 1 000 der Bev. u.1 Jahr ⁷⁾		198	170	147	139	154	173
darunter Umsiedler		6 329 ^b	609	373	643	741	575	777	464	489
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	326	265	289	409	330	538	207	244
Baden-Württemberg		2 602	43	14	76	48	37	42	11	28
Rheinland-Pfalz		2 928	10	4	3	4	12	-	4	8
Hessen		238	12	15	13	-	4	18	6	23
Hamburg		41	218	75	262	280	192	179	236	186
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	741 ⁺	770	.	.	.	764	.	.
darunter *Männer	1000	429 ⁺	494 ⁺	516	.	.	.	515	.	.
*Arbeitslose insgesamt										
Anzahl je 100 Arbeitnehmer	1000	210	50	32	27	25	28	23	19	17
darunter *Männer	1000	146 ^c	31	15	14	12	15	12	10	9
Vertriebene	1000	119 ^c	18	11	.	.	.	7	.	.

* Die mit einem vorangestellten Stern (*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder
 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) am 13.9.1950 b) ohne Anrechnungsfälle
 c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Junl	Jul1	Aug.	Ma1	Jun1	Jul1	Aug.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 129 ^d	1 211	.	.	.	1 262	.	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	426 ^d	430	.	.	.	438	.	.
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 279 ^d	1 245	.	.	.	1 208	.	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	126 ^d	136	.	.	.	137	.	.
darunter										
*trüchtig	1000	68 ^d	77 ^d	83	.	.	.	90	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	14	10	12	13	9	11	12	...
*Kälber	1000 St	14	5	4	3	2	5	3	3	...
*Schweine	1000 St	45	81	69	66	64	68	69	65	...
darunter										
*Hausschlachtungen	1000 St	18 ^e	15 ^f	1	1	1	2	1	1	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,3	8,5	8,7	8,5	8,4	8,7	8,4	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,0	2,1	2,6	2,7	2,0	2,3	2,6	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	6,0	5,7	5,5	5,9	6,0	5,5	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	215	213	210	219	217	208	...
*Kälber	kg	26	49	54	60	63	54	57	61	...
*Schweine	kg	98	89	89	88	87	89	88	86	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	142	187	164	139	198	179	157	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	14,5	12,3	10,4	15,0	14,0	11,9	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	87	91	91	90	91	91	90	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	164	165	166	166	161	163	164	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	136	137	138	138	133	134	135	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 439	23 763	23 708	24 428	22 614	23 828	23 785	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	53,1	52,7	55,5	53,9	53,2	55,0	58,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	16,5	16,3	16,2	16,2	16,8	17,2	17,2	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKB ¹³⁾	81	74	69	69	67	57	55	56	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 858	11 803	13 049	12 537	11 011	10 153	10 722	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	31	32	33	33	39	41	37	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	72	71	72	73	71	73	73	...
*Stromerzeugung (netto der indu- striellen Eigenanlagen)	Mio kWh	11	21	20	20	20	18	19	17	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	479	436	487	469	455	585	511	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	65	39	80	64	39	114	72	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung	1950=100	115 ^{g)}	224	234	208	221	r 241	r 239	225	...
Industrie der Steine und Erden		107	592	600	599	592	587	611	597	...
Hochofen- und Stahlwerke		111	193	231	246	244	r 249	265	269	...
Eisen-, Stahl- und Temper- gießereien		106	157	158	155	152	110	117	95	...
Mineralölverarbeitung		99	112	112	77	107	123	124	81	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		117	688	759	650	755	987	901	922	...
SKGwerke und Holzbearbeitung		122	741	715	672	702	890	795	816	...
papierherzeugenden Industrie		94	99	112	109	111	105	101	96	...
Schiffbaues		102	256	287	253	264	283	r 279	241	...
Maschinenbaues		126	311	342	262	282	335	r 365	326	...
elektrotechnischen Industrie		134	272	283	245	230	r 231	r 230	220	...
feinmechanischen und optischen Industrie		144	508	512	454	r 526	r 503	r 475	431	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren- industrie (einschl. Sportwaffen)		159	608	616	497	514	619	603	524	...
lederherzeugenden Industrie		119	166	177	157	168	186	194	173	...
Schuhindustrie		97	115	108	95	104	125	105	108	...
Textilindustrie		102	216	238	134	183	228	r 223	128	...
Bekleidungsindustrie		118	194	198	164	183	159	r 177	149	...
Fleischwarenindustrie		115	127	101	106	130	127	r 115	91	...
fischverarbeitenden Industrie		137	169	159	157	164	187	r 160	162	...
Molkereien und milchverarbeiten- den Industrie		143	189	104	151	232	157	119	193	...
tabakverarbeitenden Industrie		102	121	178	136	111	187	r 158	123	...
Bauproduktion		114	227	254	215	221	277	269	268	...
Bauproduktion		92	189	237	220	r 224	251	247	231	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -bri-ketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950		1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Junj	Julj	Aug.	Mai	Junj	Julj	Aug.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mio kWh	66	110	90	96	108	92	99	101	...
*Stromverbrauch 15)	Mio kWh	70	143	123	131	138	134	136	142	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mio cbm	11	17	15	15	16	16	15	14	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	55 228	63 972	64 755	63 940	p62134	p62465
*Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000	6 800	9 286	11 301	11 688	11 345	p10557	p11162
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 157	4 922	5 060	4 891	p5 170	p5 454
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	22,4	26,9	28,2	27,7	p 27,1	p 28,5
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,5	1,5	1,5	1,5	p 1,6	p 1,7
*Umsatz	Mio DM	24,3	70,3	77,3	86,0	87,2	p 76,1	p 84,9
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	922	844	1 041	1 237	1 344	1 474	663	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	458	445	479	548	537	562	397	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude darunter für Wohngebäude	Mio DM	22,2	60,9	53,7	64,8	80,1	94,1	77,2	43,0	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile) darunter	1000 cbm	757	1 069	1 046	1 185	1 337	1 464	1 287	713	...
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	691	676	781	914	1 006	959	415	...
*Wohnungen 20) darunter		2 306	2 109	1 869	2 410	2 826	3 028	2 854	1 212	...
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 879	1 629	2 184	2 536	2 763	2 579	1 010	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	1 533	924	961	1 338	955	1 125	1 738	...
Wohnräume 22)		4 926	6 064	3 528	3 584	5 249	3 675	4 681	6 434	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1958=100	.	100	95	106	99	103	100	111	...
davon		.	100	96	104	106	104	107	115	...
*Nahrungs- und Genussmittel		.	100	91	103	79	108	88	104	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	89	97	91	95	89	99	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	98	104	99	100	100	105	...
*Sonstige Waren		.	100	98	104	99	100	100	105	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	308	453	290	309	380	571	474	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 211	478	1 393	833	514	1 414	2 810	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	8 126	12 504	8 977	7 014	13 211	11 487	11 955	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	28 087	26 783	24 776	28 141	31 719	27 191	28 339	...
Ausfuhr nach Warengruppen 23)										
*insgesamt	Mio DM	7,2	67,7	44,5	68,4	87,1	66,6	90,1
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	5,1	5,2	5,2	4,3	5,7	5,3
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	62,6	39,3	63,2	82,8	60,9	84,9
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	2,0	2,0	2,1	2,1	2,7	2,8
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,8	5,5	6,4	5,7	8,1	5,9
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	55,8	31,8	54,7	74,9	50,1	76,2
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,8	2,3	2,2	2,8	2,8	3,1
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	53,0	29,5	52,5	72,2	47,3	73,1
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 24)										
Norwegen	Mio DM	0,3	14,2	0,7	16,3	24,7	0,9	32,9
Indien	Mio DM	0,0	0,8	1,2	1,1	0,4	2,5	16,3
Niederlande	Mio DM	0,6	6,1	3,6	3,5	5,5	3,3	5,3
Dänemark	Mio DM	0,8	3,7	3,7	2,7	3,3	15,0	4,9
Großbritannien	Mio DM	0,1	3,2	4,3	2,7	1,6	8,3	3,1
Israel	Mio DM	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	7,0	2,4
Frankreich	Mio DM	0,1	1,3	1,2	4,0	0,9	1,3	2,3
Schweiz	Mio DM	0,3	1,9	1,8	2,2	2,0	2,1	2,3
VERKEHR										
Seeschiffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	371	354	483	538	390	419
Güterversand	1000 t	86	102	92	105	133	92	113
Binnenschiffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	126	109	148	135	116	115	112	...
*Güterversand	1000 t	.	195	210	226	245	214	231	278	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1959 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1958/59 = vorläufige Zahlen

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Jun1	Jul1	Aug.	Mai	Jun1	Jul1	Aug.
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal 25)										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	5 645	6 163	6 584	6 719	6 212	6 514	7 134	...
darunter										
deutsche	%	64,0	65,5	64,5	62,7	66,1	64,6	64,1	66,7	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 795	3 007	3 142	3 156	3 029	3 099	3 252	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	30,3	31,5	31,3	32,9	31,3	31,6	31,4	...
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 840	4 089	4 392	4 557	3 961	4 193	4 407	...
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	35,7	32,5	35,7	33,3	33,9	34,8	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 906	1 919	1 979	2 145	1 999	1 902	2 063	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 935	2 170	2 412	2 411	1 962	2 291	2 345	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
*insgesamt		1 244	3 262	3 559	3 498	3 063	3 941	3 886
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	227	354	352	244	337	282
*Personenkraftwagen		398	2 107	2 264	2 193	1 960	2 659	2 574
*Kombinationskraftwagen		.	175	156	188	131	210	204
*Lastkraftwagen		247	293	319	334	239	325	338
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle insgesamt		826	2 513	2 627	3 154	3 203	p2 698	p2 883	p3 420	...
davon										
*mit Personenschaden		417	918	1 126	1 217	1 239	p1 111	p1 155	p1 322	...
nur mit Sachschaden		409	1 595	1 501	1 937	1 964	p1 587	p1 728	p2 098	...
*Getötete Personen 26)		17	40	37	39	49	p 47	p 47	p 38	...
*Verletzte Personen		493	1 130	1 413	1 555	1 567	p1 419	p1 450	p1 722	...
Fremdenverkehr 27)										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^h	112 ^h	170	289	252	114	186	325	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ^h	15 ^h	23	50	34	14	23	51	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^h	681 ^h	1 101	2 418	2 279	426	1 207	2 909	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ^h	33 ^h	48	134	83	21	48	139	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) 28)										
*Kredite an Nichtbanken	Mio DM	741	3 105	2 896	2 922	2 971	3 316	3 369
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441	939	910	909	920	992	1 026
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428	928	904	904	905	978	1 020
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299	2 165	1 986	2 013	2 051	2 323	2 343
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	263	1 864	1 712	1 735	1 771	1 999	2 018
*Einlagen von Nichtbanken 28)	Mio DM	408	2 067	1 953	1 956	2 002	2 281	2 258
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mio DM	277	1 012	984	974	1 004	1 127	1 091
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231	837	809	804	827	907	893
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131	1 054	969	982	998	1 155	1 168
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	94	706	638	647	658	775	783	792	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	57	47	51	49	53	54
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	41	33	39	33	39	41
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	9	7	13	14	6	8	7	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	2	3	3	1	2	1	2	...
Wechselproteste	Anzahl	682	636	640	675	578	741	694
	Wert	517	465	407	484	340	590	526
STEUERN 29)										
Bundessteuern										
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatz-	1000 DM	14 580	29 801	28 951	28 081	32 238	30 846	30 133	32 413	...
ausgleichsteuer	1000 DM	281	1 034	1 010	1 268	1 198	991	1 120	1 249	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	1 381	7 838	6 835	8 025	6 816	7 668	8 927	8 581	...
*Zölle	1000 DM	27 474	41 359	40 190	43 810	39 178	50 930	51 731	51 973	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM	22 295	32 960	30 934	35 425	31 401	38 590	38 148	39 565	...
darunter										
*Tabaksteuer 30)	1000 DM	951	354	1 237	194	422	451	196	228	...
*Notopfer Berlin	1000 DM									...
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben 31)	1000 DM	5 569	5 396	3 017	2 842	8 980	10 655	2 224	6 447	...

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" verstorbenen Personen

27) ab April 1959 = vorläufige Zahlen

26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen

28) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes

29) Rechnungsjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben h) 1950 (1. Vierteljahr geschätzt): Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr Mts.-Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1957: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden, für das Sommerhalbjahr 1958 Mts.-Ø 168 000 Fremdenmeldungen mit 1 186 000 Übernachtungen

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Jun1	Jul1	Aug.	Mai	Jun1	Jul1	Aug.
noch: STEUERN										
* Landessteuern ³²⁾	1000 DM	14 273	45 375	65 214	34 537	31 785	32 533	77 806	40 999	...
darunter										
* Lohnsteuer	1000 DM	3 467	14 013	16 841	21 582	18 551	13 207	14 547	19 167	...
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	15 925	28 330	4 772	3 797	5 898	37 877	12 117	...
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	428	836	1 185	393	948	638	1 201	...
* Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 322	12 615	606	372	1 648	17 522	989	...
* Vermögensteuer	1000 DM	268	1 463	454	254	2 950	4 194	598	588	...
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	3 596	3 420	3 623	3 238	3 746	3 988	4 120	...
* Biersteuer	1000 DM	248	420	395	473	484	467	445	504	...
Gemeindesteuern										
* Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	56 397 ⁺	47 272 ¹	.	.	.	63 676 ¹
davon										
* Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 706 ⁺	6 252 ¹	.	.	.	6 388 ¹
* Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 565 ⁺	11 569 ⁺	.	.	.	12 684 ¹
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	34 011 ⁺	25 546 ¹	.	.	.	40 507 ¹
* Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 115 ⁺	3 906 ¹	.	.	.	4 097 ¹
* Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 929 ⁺	5 744 ¹	.	.	.	6 136 ¹
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	100	102	101	100	98	96	p 96	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	132	131	131	131	130	p 133	...
Erzeugerpreise										
Industrieller Produkte	1950=100	100 ^j	125 ^k	125	125	125	124	124	124	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51 = 100	100 ^j	p 130 ^k	132	131	127	133	p 134	p 146	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	278	.	.	278
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51 = 100	100 ^j	128 ^k	124	124	124	132	131	p 130	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	104	112	112	111	111	111	113	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1950=100	100	119	119	120	119	119	120	121	121
darunter										
Ernährung	100	100	126	126	126	124	125	126	128	128
Wohnung	100	100	120	120	120	120	122	122	123	123
Heizung und Beleuchtung	100	100	143	142	143	143	143	143	143	144
Bekleidung	100	100	104	105	105	105	104	104	104	104
Hausrat	100	100	112	112	112	112	112	112	112	112
LOHNE UND GEHÄLTER ³⁴⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
* männlich	DM	64,16	116,69	.	.	119,71	122,88
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	124,34	.	.	128,25	130,22
* weiblich	DM	37,09	67,56	.	.	67,43	72,08
Bruttostundenverdienste										
* männlich	Pf	130,4	243,5	.	.	245,8	255,3
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	258,6	.	.	261,8	269,7
* weiblich	Pf	80,8	152,9	.	.	154,3	162,9
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
* männlich	Std	49,2	47,9	.	.	48,7	48,1
* weiblich	Std	45,9	44,2	.	.	43,7	44,3
Geleistete Wochenarbeitszeit										
* männlich	Std	.	44,5	.	.	45,0	41,6
* weiblich	Std	.	41,4	.	.	41,3	37,8
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
* kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	588	.	.	595	612
weiblich	DM	.	382	.	.	385	394
* technische Angestellte										
männlich	DM	.	697	.	.	701	714
weiblich	DM	.	403	.	.	409	403
im Handel ³⁶⁾										
* kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	540	.	.	541	559
weiblich	DM	.	331	.	.	335	335
in Industrie und Handel zusammen										
* kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	554	.	.	558	575
weiblich	DM	.	347	.	.	350	352
* technische Angestellte										
männlich	DM	.	685	.	.	691	708
weiblich	DM	.	391	.	.	396	399

+) = Vierteljahresdurchschnitt

32) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen

34) Effektivverdienste: Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1958 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen

1) 1.4. - 30.6. j) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) k) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni)

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Wohnbevölkerung ²⁾ insgesamt	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269
darunter											
Vertriebene ³⁾	JD	1000	912	839	754	699	653	630	624	637	639
Anzahl			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2
in % der Wohnbevölkerung ²⁾											
Zugewanderte ⁴⁾	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135	139	143
Anzahl			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3
in % der Wohnbevölkerung ²⁾											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵⁾	30.9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772
darunter in den Wirtschaftsbereichen											
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355
Handel und Verkehr	30.9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171
Arbeitslose											
insgesamt											
Anzahl	30.9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4
darunter											
Dauerarbeitslose ⁶⁾	30.9.	1000	58	72	58	44	35 ^{a)}	16 ^{a)}	17 ^{a)}	9 ^{a)}	6 ^{a)}
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR											
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ^{7) 8)}											
Anzahl	1.5.	1000	467	436	407	384	359	346	330	317	308
je 1 000 Einwohner	1.5.		177	172	165	160	154	151	145	141	136
VOLKSEINKOMMEN											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁹⁾											
absolut	JS	Mio DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	p5454	...
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2415	...
INDUSTRIE¹⁰⁾											
Beschäftigte											
Anzahl	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197
Umsatz ¹¹⁾	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744
darunter											
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	p 223
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN											
Baufertigstellungen											
Wohnungen ¹²⁾											
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaus	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5
Wohnräume ¹³⁾											
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0
HANDEL											
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1957=100	100	106
Ausfuhr											
absolut	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	p811,9
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	p 2,2
VERKEHR											
Kraftfahrzeugbestand											
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1000	66 ^{b)}	88 ^{b)}	112	139	167	188	204	225	246
darunter											
Krafträder	1.7.	1000	22 ^{b)}	31 ^{b)}	41	52	63	70	72	73	69
Pkw ¹⁴⁾	1.7.	1000	20 ^{b)}	27 ^{b)}	34	42	54	65	75	92	113
Lkw	1.7.	1000	16 ^{b)}	19 ^{b)}	23	26	28	28	27	28	28
STEUERN											
Bundessteuern											
absolut	Rj. (JS)	Mio DM	536	617	682	647	645	775	864	909	965
je Einwohner		DM	210	248	277	271	277	338	380	403	425
Landessteuern ¹⁵⁾											
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366	347	414	456	544
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182	202	240
Gemeindesteuern											
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	183	192	209	222	249
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	93	98	110

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj. = Rechnungsjahr 2) 1950 bis 1955: berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1956: berechnet auf Grund der ab 25.9.1956 zurückgeschriebenen und ab 26.9.1956 fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1957 und 1958: berechnet auf Grund der fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952: wie Anmerkung 1, Tab. a 4) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) Über 52 Wochen in der Ahihi Unterstützte 7) Stand 1950 - 1952: 15.5., 1958: 2.5. 8) ohne Minderheitenschulen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1958: Normalbau 13) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 14) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 15) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer a) Stand: 31. 8.
b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 31. 5. 1959				Industrie ⁴⁾		
	insgesamt	darunter		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		Be-schäf-tigte am 31. 7. 1959	Umsatz ⁵⁾ in Mio DM im Juli 1959
		Vertriebene ²⁾		1939 ³⁾	1950 ³⁾		
		Anzahl	in %				
Flensburg	95 990	23 496	24	+ 35	- 7	7 345	30,2
Kiel	268 043	58 361	22	- 3	+ 4	33 300	40,4
Lübeck	231 243	74 823	32	+ 49	- 3	34 014	87,5
Neumünster	72 926	20 731	28	+ 35	- 1	11 733	21,0
Eckernförde	65 306	20 440	31	+ 55	- 23	1 449	3,4
Eiderstedt	19 165	3 629	19	+ 27	- 27	390	1,9
Eutin	89 262	31 203	35	+ 73	- 17	3 668	13,0
Flensburg-Land	63 162	14 099	22	+ 41	- 20	640	1,6
Hzgt. Lauenburg	129 858	45 869	35	+ 78	- 14	8 908	18,0
Husum	62 349	11 432	18	+ 31	- 21	863	2,0
Norderdithmarschen	57 951	14 622	25	+ 31	- 25	895	2,2
Oldenburg (Holstein)	78 209	23 263	30	+ 48	- 21	1 023	5,6
Pinneberg	206 086	64 790	31	+ 85	+ 3	18 313	59,6
Plön	107 716	29 938	28	+ 60	- 13	1 799	6,7
Rendsburg	155 107	43 086	28	+ 58	- 16	9 543	32,9
Schleswig	98 234	22 223	23	+ 27	- 23	3 668	22,8
Segeberg	91 959	28 828	31	+ 71	- 17	4 177	10,7
Steinburg	122 804	36 226	29	+ 43	- 21	9 034	30,5
Stormarn	136 888	45 833	33	+ 102	- 7	7 183	82,7
Süderdithmarschen	72 391	17 425	24	+ 34	- 26	4 635	34,8
Südtondern	59 733	11 251	19	+ 29	- 17	1 248	3,6
Schleswig-Holstein	2 284 382	641 568	28	+ 44	- 12	163 828	510,9

Kreisfreie Städte und Landkreise	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1959			Einnahmen aus Gemeindesteuern im 1. Rechnungsvierteljahr 1959			
	Kraft-räder	Pkw ⁶⁾	Lkw	ins-gesamt in 1 000 DM	darunter		
					Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
					in 1 000 DM	je Einwohner	
	in DM	Veränderung in % gegenüber 1958					
Flensburg	1 688	5 792	1 263	2 878	1 983	21	+ 36
Kiel	4 458	16 592	3 461	11 694	8 556	32	+ 37
Lübeck	4 240	13 203	3 113	11 860	8 799	38	+ 70
Neumünster	1 374	4 654	1 043	3 050	2 077	29	+ 19
Eckernförde	2 106	3 777	641	1 143	527	8	+ 46
Eiderstedt	839	1 263	233	1 459	121	6	+ 20
Eutin	3 070	5 132	1 101	2 059	997	11	+ 27
Flensburg-Land	2 165	4 676	602	916	336	5	+ 30
Hzgt. Lauenburg	4 623	7 557	1 207	3 202	1 899	15	+ 41
Husum	2 151	3 724	732	1 351	644	10	+ 73
Norderdithmarschen	1 606	3 916	800	1 216	536	9	+ 31
Oldenburg (Holstein)	2 712	4 640	816	1 755	687	9	+ 44
Pinneberg	5 714	12 720	2 948	6 158	4 163	20	+ 21
Plön	3 456	6 050	1 120	1 925	802	7	+ 26
Rendsburg	4 723	9 436	1 974	3 791	2 290	15	+ 59
Schleswig	2 886	6 574	1 137	1 994	1 063	11	+ 79
Segeberg	3 706	6 591	1 334	1 865	801	9	- 1
Steinburg	3 882	6 692	1 612	3 449	2 226	18	+ 63 ^{a)}
Stormarn	4 105	8 477	1 544	5 924	4 501	33	+ 25 ^{a)}
Süderdithmarschen	2 296	4 440	699	1 641	807	11	+ 41
Südtondern	2 012	3 991	825	1 482	792	14	- 3
Schleswig-Holstein	63 812	139 897	28 205	69 812	44 605	20	+ 51

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben 2) Ver-
triebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen
Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach
dem Gebietsstand vom 31.5.1959 4) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allge-
meinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 5) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Mon-
tagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 6) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 7) einschl.
der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen a) veranlaßt durch eine einmalige außer-
gewöhnliche hohe Einnahme einer Stadt

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*

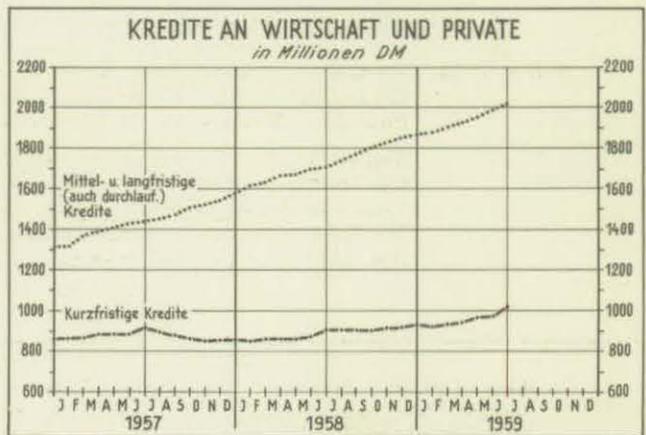
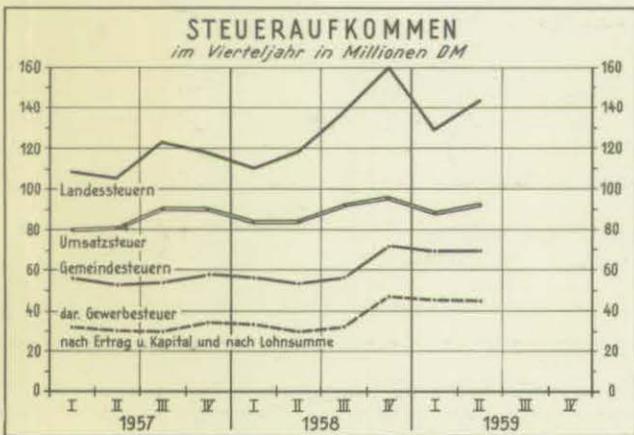
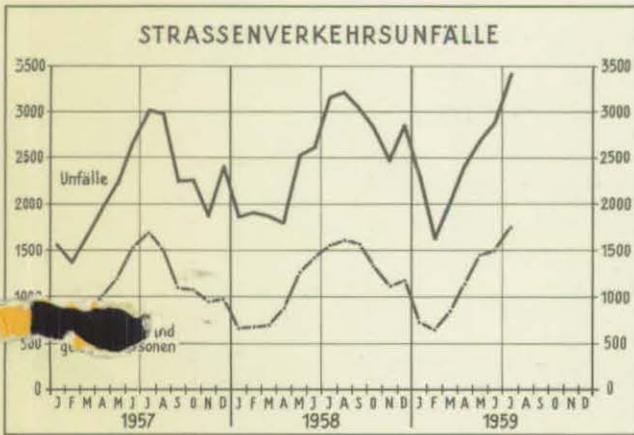
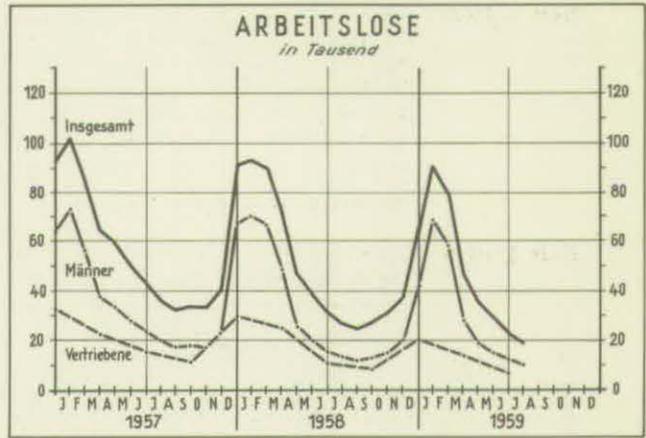
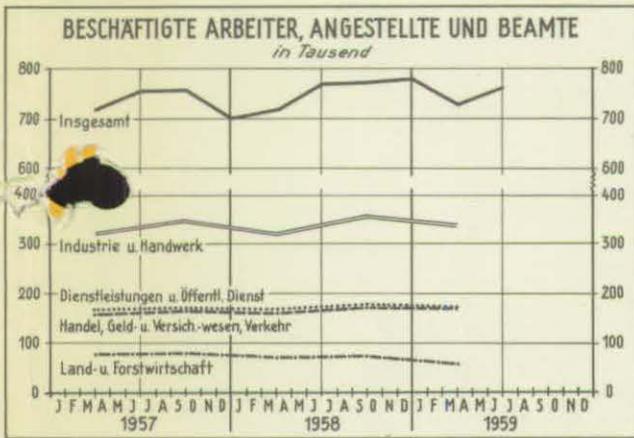
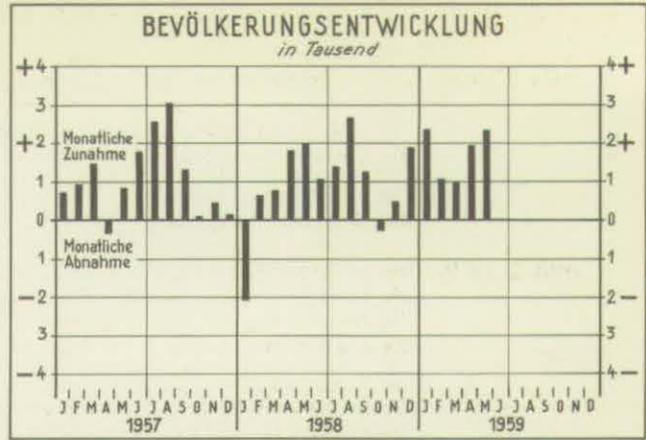
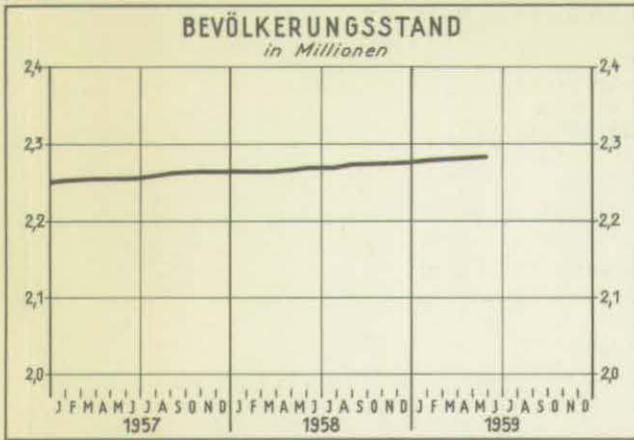
Bezeichnung	Zeitstand	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Würtbg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹											
in 1900	31.3.1959	51 591	2 280	1 810	6 521	680	15 515	4 662	3 363	7 462	9 299
darunter											
Vertriebene ²											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	18	28	14	26	15	16	19	9	18	19
Zugewanderte ³											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	6	6	9	7	8	7	7	5	6	4
Veränderung in %											
31.3.1959 gegenüber VZ 1939	"	+ 31	+ 43	+ 6	+ 44	+ 21	+ 30	+ 34	+ 14	+ 36	+ 31
31.3.1959 " VZ 1950 ⁴	"	+ 10	- 12	+ 15	- 3	+ 24	+ 19	+ 10	+ 14	+ 18	- 2
Bevölkerungsdichte ⁵											
Einwohner je qkm	"	210	145	2 423	138	1 584	457	221	170	209	132
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶											
in 1000	30.6.1959	19 590	764	792	2 400	281	6 380	1 701	1 094	2 884	3 294
Arbeitslose											
in 1000	31.7.1959	212	19	7	36	6	65	15	9	9	48
je 100 Arbeitnehmer ⁷	31.7.1959	1,1	2,4	0,8	1,5	2,0	1,0	0,9	0,8	0,3	1,4
Arbeitslose Vertriebene											
in % aller Arbeitslosen d. betr. Landes	30.5.1959	18,1	29,8	7,6	24,8	9,1	9,7	20,2	10,6	20,7	22,4
Volkseinkommen⁸											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten											
in Mio DM	1957	161 335	5 454	9 022	17 740	2 929	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017
	1958 ⁹	169 300	5 743	9 531	18 691	3 021	57 511	14 796	8 542	25 171	26 294
in DM je Einwohner	1957	3 197	2 415	5 089	2 735	4 472	3 698	3 041	2 498	3 239	2 732
	1958 ⁹	3 311	2 531	5 304	2 874	4 504	3 753	3 199	2 552	3 416	2 848
Landwirtschaft											
Erzeugung von Kuhmilch											
in 1000 t	Juni 1959	1 792	179	3	398	3	310	118	78	219	485
in kg je Kuh und Tag	"	10,7	14,0	12,3	13,6	13,7	13,2	9,9	7,9	8,5	9,1
Industrie											
Beschäftigte ¹⁰											
in 1000	31.5.1959	7 270	161	227	656	103	2 767	605	340	1 325	1 086
je 1000 Einwohner	"	141	71	125	101	152	178	130	101	178	117
Umsatz ¹⁰											
insgesamt in Mio DM	Mai 1959	16 958	455	1 014	1 717	340	6 470	1 325	768	2 748	2 119
darunter											
Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 532	39	117	273	65	960	256	125	415	282
Produktionsindex ¹¹ (arbeitsgl.; 1950=100)	"	p 227	241	227	235	252	.	.	.	246	232
Bauwirtschaft^{8 12} und Wohnungswesen											
Beschäftigte											
in 1000	31.5.1959	1 357	62	47	183	21	410	113	79	203	239
je 1000 Einwohner	"	26,3	27,3	26,2	28,1	31,4	26,4	24,3	23,5	27,2	25,7
Geleistete Arbeitsstunden											
insgesamt in Mio	Mai 1959	224	11	8	31	3	66	18	13	34	40
je Einwohner	"	4,3	4,6	4,4	4,7	5,1	4,3	3,9	3,9	4,6	4,3
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹³											
Anzahl	Juni 1959	56 415	2 854	1 146	6 168	1 286	15 227	5 023	3 679	9 841	11 191
je 10 000 Einwohner	"	10,9	12,5	6,3	9,5	18,9	9,8	10,8	10,9	13,2	12,0
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)											
Anzahl	"	35 443	1 125	1 545	3 138	419	11 446	7 432	1 346	5 114	3 878
je 10 000 Einwohner	"	6,9	4,9	8,5	4,8	6,2	7,4	15,9	4,0	6,9	4,2
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM ⁸	Mai 1959	3 386 ^a	67	139	371	79	1 212	307	157	548	364
Verkehr											
Straßenverkehrsunfälle ⁸											
insgesamt	1.Vj.1959	153 737	5 980	9 183	16 681	2 544	48 750	15 690	9 274	21 479	24 156
je 10 000 Einwohner	"	30	26	51	26	37	31	34	28	29	26
Getötete Personen											
Anzahl	"	2 214	79	38	322	15	690	168	192	303	407
je 1000 Unfälle	"	14	13	4	19	6	14	11	21	14	17
Steuern											
Steueraufkommen in DM je Einwohner											
Landesteuern ¹⁴	4.RvJ.1958	102	57	255	68	143	116	113	70	109	81
Bundessteuern ¹⁵	"	112	104	438	81	265	127	77	86	95	77
Gemeindesteuern	"	38	30	65	30	52	43	37	31	40	31
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen											
in DM je Einwohner	30.6.1959	705	512	1 018	658	826	748	692	613	724	668

*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) berechnet auf die rückwirkend berichtigte Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 5) Gebietsstand: 31.12.1958 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte 7) Beschäftigte und Arbeitslose 8) vorläufige Zahlen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt 10) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 11) Gesamtindex (ohne Bau) 12) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 13) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 14) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (35 % im Rechnungsjahr 1958) 15) einschl. Notopfer Berlin a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nächstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-2665



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Index der industriellen Produktion; Industriebeschäftigte; Industrieumsatz, dar. Auslandsumsatz; Arbeitsverdienste; Beschäftigtenzahl und Produktionsindex für Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

- Heft 1/1959: Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein
Die Familien in den Haushalten Schleswig-Holsteins
Die Vieh- und Fleischwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1957/58
Die Gasversorgung Schleswig-Holsteins 1955 - 1957
Die Getreideernte 1958
Rundfunk und Fernsehen
- Heft 2/1959: Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein (Teil 2)
Die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen
Die Entwicklung der Nutztviehhaltung (Teil 3)
Die Krankenanstalten in Schleswig-Holstein 1954/1957
Die Verdienste der kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet
Die Filmtheater im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein
Die Fürsorge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1957
- Heft 3/1959: Die Sozialbezüge in Schleswig-Holstein 1953 - 1957
Das Bauergebnis des Jahres 1957
Das Auftreten von Tierseuchen in den Jahren 1950 - 1957
Die Ursachen der Todesfälle in Schleswig-Holstein
Die kommunale und staatliche Verschuldung
Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1957
Kraftfahrzeuge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet
Die Ausländer in Schleswig-Holstein - Stand: 31. 12. 1958 -
- Heft 4/1959: Die Kriminalität in Schleswig-Holstein
Der Fremdenverkehr im Jahre 1957/58
Güterverkehr Schleswig-Holsteins auf dem Wasserwege 1956
Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund im 1. Halbjahr 1958
- Heft 5/1959: Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1958
Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre Bruttolöhne im Jahre 1955
Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1958
Der Baumbestand und die Ernte des Obstes 1958
10 Jahre Beschäftigtenentwicklung in Industrie und Landwirtschaft
Mehr Arbeitnehmer in höheren Bruttolohngruppen
Die Pädagogischen Hochschulen
Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1958
Die Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1958
- Heft 6/1959: Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 1)
Der soziale Wohnungsbau 1957
Die soziale Situation der Flüchtlinge 1954/55
Die soziale Rentenversicherung in Schleswig-Holstein
Die Umsätze im Jahre 1957 und ihre Entwicklung
Die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1958
- Heft 7/1959: Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 2)
See- und Binnenschiffe in Schleswig-Holstein am 31. Dezember 1957
Gemeindestrassen nach dem Stand vom 31. März 1956
Die Leistungen der Bundespost im Jahre 1958
Der Schlepperbestand in der Landwirtschaft
Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Bund 1948 - 1958
- Heft 8/1959: Vorausberechnungen wirtschaftlich relevanter Grössen (Teil II)
Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 3)
Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten im Jahre 1958
Weitere Zunahme der Baugenehmigungen
Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund 1958
Feuerwehr und Brandschäden 1958
Die Belieferung der Landwirtschaft mit Handelsdünger 1957/58
Das Handwerk Schleswig-Holsteins im Jahre 1958

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602,
Hausapp. 85. Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM,
Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen